



# Monatsbericht des BMF

## Juni 2009





Monatsbericht des BMF  
**Juni 2009**

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

 Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>2</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>5</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	6
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2009 .....	13
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	16
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	21
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2009 .....	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	33
Termine, Publikationen .....	36
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>38</b>
Modernisierung der Vermögensrechnung des Bundes.....	39
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2008.....	43
Handlungsfähigkeit und Nachhaltigkeit: Gestaltende Finanzpolitik in Krisenzeiten.....	48
Bundespolitik und Kommunalfinanzen.....	55
Mittelstand in Deutschland .....	71
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen .....	79
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>87</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	88
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	118
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	125

 Editorial

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

gute Politik braucht qualifizierte Beratung. Die Beantwortung der zentralen finanzpolitischen Zukunftsfragen bedarf dabei auch einer soliden wirtschaftswissenschaftlichen Fundierung. Mit dem Wissenschaftlichen Beirat verfügt das Bundesministerium der Finanzen über ein bewährtes Beratergremium, das der Finanzpolitik seit nun 60 Jahren immer wieder Denkanstöße vermittelt und Handlungsoptionen aufzeigt. In seiner Suche nach rationalen Lösungen versteht sich der Beirat – nicht zuletzt dank seiner satzungsgemäß verbrieften Unabhängigkeit – als „wissenschaftliches Gewissen“ der Finanzpolitik.

Das Spektrum der Gutachten, die vom Wissenschaftlichen Beirat erarbeitet werden, spiegelt die Breite der finanzpolitischen Herausforderungen wider. Die Wiedervereinigung, der europäische Integrationsprozess, Steuerreformen und Perspektiven der Haushaltskonsolidierung sind nur einige Beispiele. Dabei hat der Beirat insbesondere wichtige Beiträge zu einer effektiveren Ausgestaltung von Regeln zur Begrenzung der Staatsverschuldung geleistet. Vor diesem Hintergrund begrüßte der Vorsitzende des Beirats, Prof. Dr. Clemens Fuest, in seiner Festrede zum 60-jährigen Bestehen des Gremiums den Beschluss der Föderalismuskommission, die reformierte Regel zur Schuldenbegrenzung im Grundgesetz zu verankern. Finanzminister Peer Steinbrück dankte dem Wissenschaftlichen Beirat insbesondere auch für seine langfristige Grundausrichtung, welche die Finanzpolitik nachhaltig beeinflusst.



Um den Weg zu tragfähigen öffentlichen Finanzen zu ebnen, ist eine Modernisierung der Vermögensrechnung des Bundes unumgänglich. Insbesondere die Abschätzung der langfristigen Entwicklung der Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Das BMF hat daher versicherungsmathematische Bewertungen der Versorgungs- sowie Beihilfeverpflichtungen des Bundes – als Elemente der Vermögensrechnung – durchgeführt. Ziel ist es, die Ergebnisse dieser Bewertungen in der Vermögensrechnung 2009 zugrunde zu legen. Zur Einschätzung der tatsächlichen Vermögens- und Schuldensituation des Bundes sind jedoch weitere Schritte unabdingbar. Die Vermögensrechnung des Bundes soll daher in den kommenden Jahren überarbeitet werden, um ein genaueres Bild der tatsächlichen Vermögenslage des Bundes zu vermitteln.

Obwohl keine direkten Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und der kommunalen Ebene bestehen, haben bundespolitische Beschlüsse oft eine große Wirkung auf die Finanzsituation der Kommunen. Ein Rückblick auf die 16. Legislaturperiode zeigt: Die kommunale Finanzsituation insgesamt hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt, gipfelnd in dem Rekordüberschuss des Jahres 2007. In dieser Legislaturperiode hat

## Editorial

die Bundesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt, die im Interesse der Kommunen liegen und von denen diese finanziell profitieren. Im steuerlichen Bereich sei beispielhaft die Unternebensteuerreform 2008 genannt: Mit der Reform der Gewerbesteuer bleibt die Struktur dieser für die Kommunen so wichtigen Steuer erhalten. Bei der Förderung von Familien beteiligt sich der Bund langfristig am bedarfsgerechten Ausbau und Betrieb der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren. Im Rahmen der Hartz-IV-Reformen entlastet der Bund die Kommunen dauerhaft bei den Kosten der Unterkunft. Im laufenden Jahr werden die Kommunen insgesamt zwar als Folge der konjunkturellen Entwicklung wohl erstmals seit 2005 wieder ein Finanzierungsdefizit zu verzeichnen haben. Abgemildert wird dies allerdings dadurch, dass die Maßnahmen des Bundes zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise auch den Kommunen zugute kommen. So enthält das Konjunkturpaket I eine Fortführung und Aufstockung bestehender Infrastrukturprogramme. Das Konjunkturpaket II legt einen Schwerpunkt auf zusätzliche Investitionen der Kommunen in Höhe von 9,3 Mrd. € vor allem im Bereich der Bildungsinfrastruktur.

In den vergangenen Jahren wurde versucht, die amtlichen Daten aus dem Besteuerungsverfahren einer stärkeren Nutzung sowohl seitens der Wissenschaft als auch für Zwecke der Quantifizierung von Steuerrechtsänderungen durch die obersten Finanzbehörden von Bund und Ländern zugänglich zu machen. Grundlage dafür war ein Ausbau der Steuerstatistiken in Verbindung mit erweiterten Nutzungsmöglichkeiten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen. Wissenschaft und Verwaltung stehen damit heute für alle wichtigen Steuerarten, beispielsweise für die Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer, jährliche Statistiken zur Verfügung. Daten aus dem Besteuerungsverfahren lassen sich auch für Zwecke der wirtschaftspolitischen Analyse

nutzen. Dafür spricht neben dem Umfang und der Qualität der zur Verfügung stehenden Daten - allein die amtliche Einkommensteuerstatistik bietet mit ihren etwa 28 Millionen Einkommensteuerveranlagungen äußerst umfangreiches Datenmaterial – insbesondere auch der Umstand, dass hiermit keine zusätzlichen Belastungen für die Auskunftspflichtigen verbunden sind.

Eine Analyse auf der Basis von Daten der Einkommensteuerstatistik 2004 ermöglicht eine nähere Betrachtung des Phänomens „Mittelstand“. Steuerstatistische Daten bieten hier interessante Einblicke, da gerade die Einkommensteuerstatistik auch umfassende Informationen zur Einkommensverteilung enthält.

Der Bericht über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2008 gibt ein Bild von der Arbeit der 13 337 Prüferinnen und Prüfer. Von rund 8,4 Millionen in der Betriebskartei erfassten Betrieben wurden 210 636 (2,5 %) geprüft; hierbei wurde ein Mehrergebnis von 17,8 Mrd. € erzielt.

Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, der vom 12. bis 14. Mai 2009 tagte, werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden für den Prognosezeitraum 2009 bis 2013 deutlich unter den bisherigen Schätzungen liegen. Auch die Steuerquote sinkt in diesem und im folgenden Jahr. Dabei wurden sowohl die gegenwärtig besonders schwierigen wirtschaftlichen Umstände als auch die gegensteuernden Maßnahmen der Bundesregierung berücksichtigt. Die Struktur des Gesamtaufkommens aus Steuern und Sozialabgaben zeigt, dass der Anteil der indirekten Steuern wieder leicht über dem Anteil der direkten Steuern liegt und dass die Sozialabgabenquote seit 2004 sinkt. Deutschland hat im internationalen Vergleich – sowohl nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD als auch nach denen von EUROSTAT – nicht nur eine der niedrigsten Steuerquoten,

Editorial

sondern liegt zudem mit seiner unterdurchschnittlichen Abgabenquote im Mittelfeld.



Jörg Asmussen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

► Übersichten und Termine

## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	6
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2009 .....	13
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes.....	16
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	21
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2009 .....	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	33
Termine, Publikationen .....	36

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Finanzwirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage bleibt weltweit ernst.  
Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen

Wirtschafts- und Finanzkrise und die Auswirkungen der automatischen Stabilisatoren machen eine vorübergehende

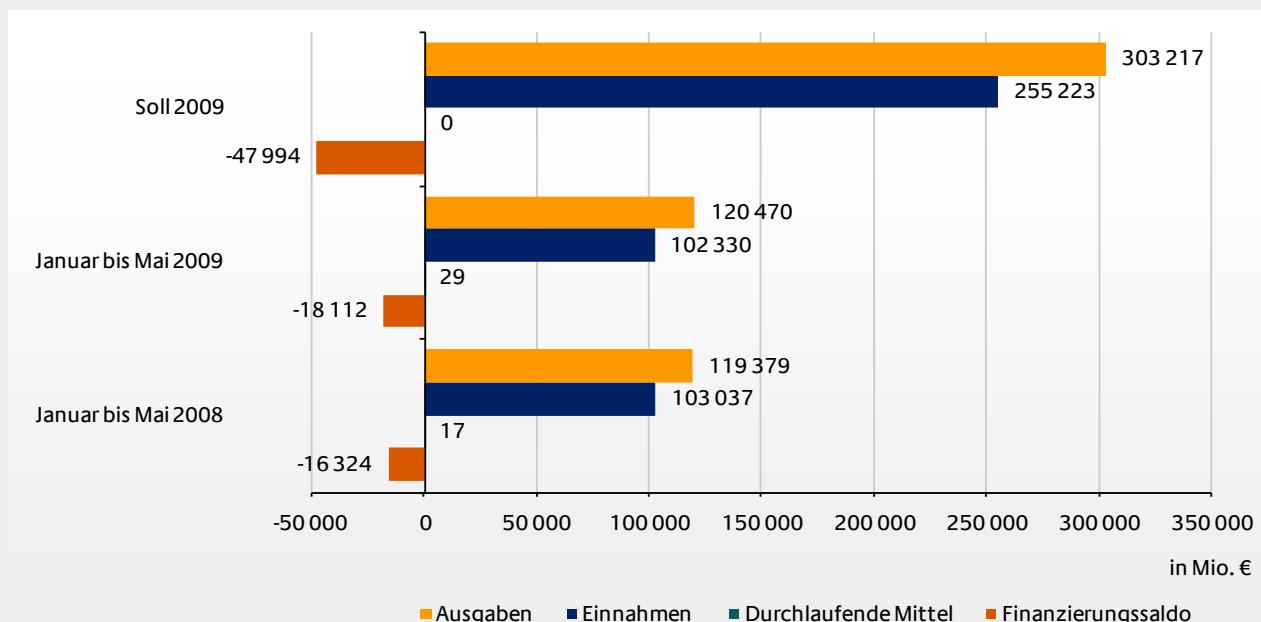
### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist - Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis Mai 2009
<b>Ausgaben (Mrd. €)</b>	<b>303,2</b>	<b>120,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,4	0,9
<b>Einnahmen (Mrd. €)</b>	<b>255,2</b>	<b>102,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-5,6	-0,7
<b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>	<b>225,5</b>	<b>86,0</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-5,8	-2,9
<b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>	<b>-48,0</b>	<b>-18,1</b>
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-8,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
<b>Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)</b>	<b>-47,6</b>	<b>-10,0</b>

<sup>1</sup>Stand: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup>Buchungsergebnisse.

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Stand Soll: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

und deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung unumgänglich.

Daher wird eine Anpassung des Bundeshaushalts 2009 durch einen zweiten

## Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis Mai 2009 in Mio. € Anteil in %		Ist - Entwicklung Januar bis Mai 2008 in Mio. € Anteil in %		Veränderung ggü. Vorjahr in %
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>50 394</b>	<b>53 595</b>	<b>21 906</b>	<b>21,5</b>	<b>20 166</b>	<b>20,3</b>	<b>8,6</b>
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 993	5 717	2 802	2,8	2 473	2,5	13,3
Verteidigung	29 999	31 019	12 675	12,5	11 883	11,9	6,7
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6 357	2 753	2,7	2 523	2,5	9,1
Finanzverwaltung	3 307	3 783	1 363	1,3	1 179	1,2	15,6
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>13 437</b>	<b>14 602</b>	<b>4 944</b>	<b>4,9</b>	<b>4 631</b>	<b>4,7</b>	<b>6,8</b>
BAföG	1 193	1 433	657	0,6	590	0,6	11,4
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	2 349	2,3	2 146	2,2	9,5
<b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolge-aufgaben, Wiedergutmachungen</b>	<b>140 439</b>	<b>152 691</b>	<b>63 692</b>	<b>62,6</b>	<b>64 370</b>	<b>64,7</b>	<b>-1,1</b>
Sozialversicherung	75 539	76 302	37 154	36,5	36 814	37,0	0,9
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	0	0,0	3 160	3,2	-100,0
Grundsicherung für Arbeitssuchende darunter:	34 776	37 810	14 716	14,5	14 205	14,3	3,6
Arbeitslosengeld II	21 624	23 500	9 317	9,2	9 346	9,4	-0,3
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 700	1 438	1,4	1 638	1,6	-12,2
Wohngeld	772	591	278	0,3	161	0,2	72,7
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 769	4 424	1 919	1,9	2 135	2,1	-10,1
Kriegsopfersorgung und -fürsorge	2 269	2 083	970	1,0	1 058	1,1	-8,3
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>1 058</b>	<b>1 208</b>	<b>365</b>	<b>0,4</b>	<b>314</b>	<b>0,3</b>	<b>16,2</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 607</b>	<b>1 857</b>	<b>520</b>	<b>0,5</b>	<b>513</b>	<b>0,5</b>	<b>1,4</b>
Wohnungswesen	1 062	1 210	446	0,4	411	0,4	8,5
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserrwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 778</b>	<b>7 386</b>	<b>2 479</b>	<b>2,4</b>	<b>2 832</b>	<b>2,8</b>	<b>-12,5</b>
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	239	0,2	280	0,3	-14,6
Kohlenbergbau	1 816	1 465	1 375	1,4	1 817	1,8	-24,3
Gewährleistungen	698	2 400	137	0,1	167	0,2	-18,0
<b>Verkehrs und Nachrichtenwesen</b>	<b>11 231</b>	<b>12 894</b>	<b>3 715</b>	<b>3,7</b>	<b>3 653</b>	<b>3,7</b>	<b>1,7</b>
Straßen (ohne GVFG)	6 045	6 787	1 546	1,5	1 543	1,6	0,2
<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>	<b>16 991</b>	<b>15 965</b>	<b>5 565</b>	<b>5,5</b>	<b>3 861</b>	<b>3,9</b>	<b>44,1</b>
Bundeseisenbahnvermögen	4 326	5 506	1 971	1,9	891	0,9	121,2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 864	4 074	1 299	1,3	850	0,9	52,8
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>41 374</b>	<b>43 020</b>	<b>17 284</b>	<b>17,0</b>	<b>19 038</b>	<b>19,1</b>	<b>-9,2</b>
Zinsausgaben	40 171	41 431	16 718	16,4	18 359	18,5	-8,9
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>282 308</b>	<b>303 217</b>	<b>120 470</b>	<b>100,0</b>	<b>119 379</b>	<b>100,0</b>	<b>0,9</b>

<sup>1</sup>Stand: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Nachtragshaushalt notwendig, der sich zurzeit im parlamentarischen Beratungsverfahren befindet. In den Tabellen und Grafiken zum Bundeshaushalt ist das Soll durchgängig mit dem Stand des Regierungsentwurfs dargestellt.

Nach dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung ist infolge der Rezession für das laufende Jahr mit deutlichen Steuermindereinnahmen in Höhe von knapp 8 Mrd. € gegenüber dem noch im ersten Nachtragshaushalt veranschlagten

Steueraufkommen zu rechnen. Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende zeichnen sich Mehrbelastungen für das Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung von insgesamt 1,6 Mrd. € ab. Darüber hinaus muss davon ausgegangen werden, dass der Bund dem Gesundheitsfonds im laufenden Jahr ein Darlehen in Höhe von bis zu 4 Mrd. € zur Verfügung stellen muss. Aufgrund dieser Änderungen erhöht sich die im

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis Mai 2009 in Mio. € Anteil in %		Ist - Entwicklung Januar bis Mai 2008 in Mio. € Anteil in %		Veränderung ggü. Vorjahr in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>257 992</b>	<b>270 533</b>	<b>111 730</b>	<b>92,7</b>	<b>111 467</b>	<b>93,4</b>	<b>0,2</b>
<b>Personal Ausgaben</b>	<b>27 012</b>	<b>27 791</b>	<b>12 150</b>	<b>10,1</b>	<b>11 212</b>	<b>9,4</b>	<b>8,4</b>
Aktivbezüge	20 298	20 959	9 021	7,5	8 302	7,0	8,7
Versorgung	6 714	6 832	3 129	2,6	2 910	2,4	7,5
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>19 742</b>	<b>21 129</b>	<b>7 435</b>	<b>6,2</b>	<b>7 024</b>	<b>5,9</b>	<b>5,9</b>
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	510	0,4	465	0,4	9,7
Militärische Beschaffungen	9 622	10 360	3 659	3,0	3 474	2,9	5,3
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 318	3 266	2,7	3 086	2,6	5,8
<b>Zinsausgaben</b>	<b>40 171</b>	<b>41 431</b>	<b>16 718</b>	<b>13,9</b>	<b>18 359</b>	<b>15,4</b>	<b>-8,9</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>168 424</b>	<b>179 765</b>	<b>75 250</b>	<b>62,5</b>	<b>74 718</b>	<b>62,6</b>	<b>0,7</b>
an Verwaltungen	12 930	15 055	5 495	4,6	4 399	3,7	24,9
an andere Bereiche	155 494	164 710	69 903	58,0	70 387	59,0	-0,7
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 890	8 982	7,5	8 608	7,2	4,3
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	30 815	12 559	10,4	12 759	10,7	-1,6
Sozialversicherungen	99 123	104 653	46 432	38,5	47 169	39,5	-1,6
<b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>2 642</b>	<b>417</b>	<b>176</b>	<b>0,1</b>	<b>154</b>	<b>0,1</b>	<b>14,3</b>
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>24 316</b>	<b>32 798</b>	<b>8 741</b>	<b>7,3</b>	<b>7 911</b>	<b>6,6</b>	<b>10,5</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>17 117</b>	<b>24 149</b>	<b>6 846</b>	<b>5,7</b>	<b>6 050</b>	<b>5,1</b>	<b>13,2</b>
Zuweisungen und Zuschüsse	14 018	14 957	5 183	4,3	4 536	3,8	14,3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	8 257	874	0,7	914	0,8	-4,4
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	789	0,7	600	0,5	31,5
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 199</b>	<b>8 649</b>	<b>1 895</b>	<b>1,6</b>	<b>1 861</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>
Baumaßnahmen	5 777	7 061	1 415	1,2	1 465	1,2	-3,4
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	306	0,3	264	0,2	15,9
Grunderwerb	504	533	174	0,1	133	0,1	30,8
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>- 114</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>282 308</b>	<b>303 217</b>	<b>120 470</b>	<b>100,0</b>	<b>119 379</b>	<b>100,0</b>	<b>0,9</b>

<sup>1</sup>Stand: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Regierungsentwurf des zweiten Nachtragshaushalts vorgesehene Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt von bisher 36,9 Mrd. € auf 47,6 Mrd. €.

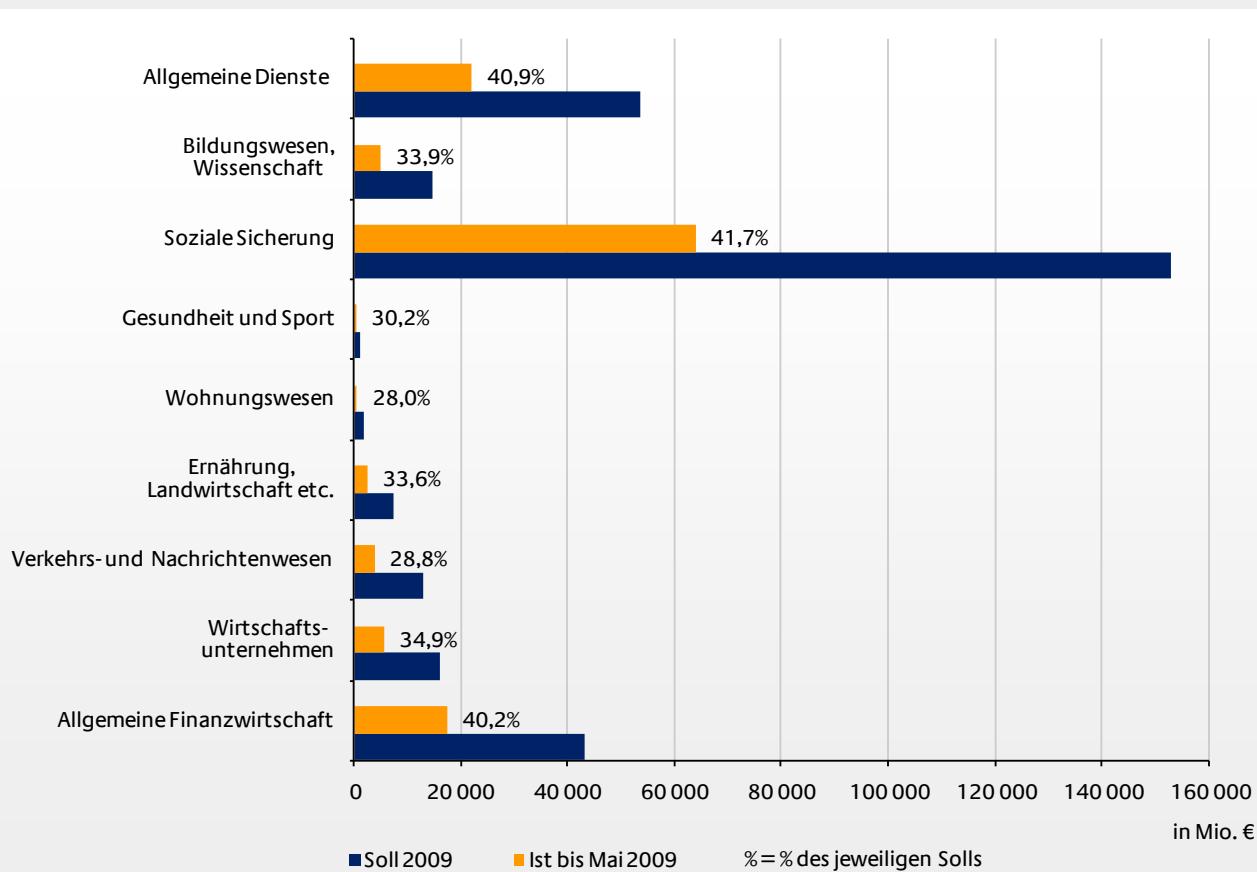
Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Mai mit 120,5 Mrd. € um 1,1 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 0,9 %). Bereinigt um die ab 2009 geänderte Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung, lag die Steigerung sogar bei +3,6 %. Die Einnahmen des Bundes lagen mit 102,3 Mrd. € um 0,7 Mrd. € unter dem Ergebnis vom Mai 2008. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um – 2,9 % auf 86,0 Mrd. € zurück, die Verwaltungseinnahmen stiegen

um + 12,7 %.

Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von – 18,1 Mrd. € ableiten.

Mit dem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ (ITF), das mit einer eigenen Kreditermächtigung ausgestattet ist, finanziert der Bund außerhalb des Bundeshaushalts zusätzliche Maßnahmen zur schnellen Konjunkturbelebung. Einschließlich der vom Deutschen Bundestag am 28. Mai 2009 beschlossenen Aufstockung des Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage stehen Fördermittel mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 20,4 Mrd. € zur Verfügung. Bis Ende

### Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereiche/Hauptfunktionen Januar bis Mai 2009



Stand Soll: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

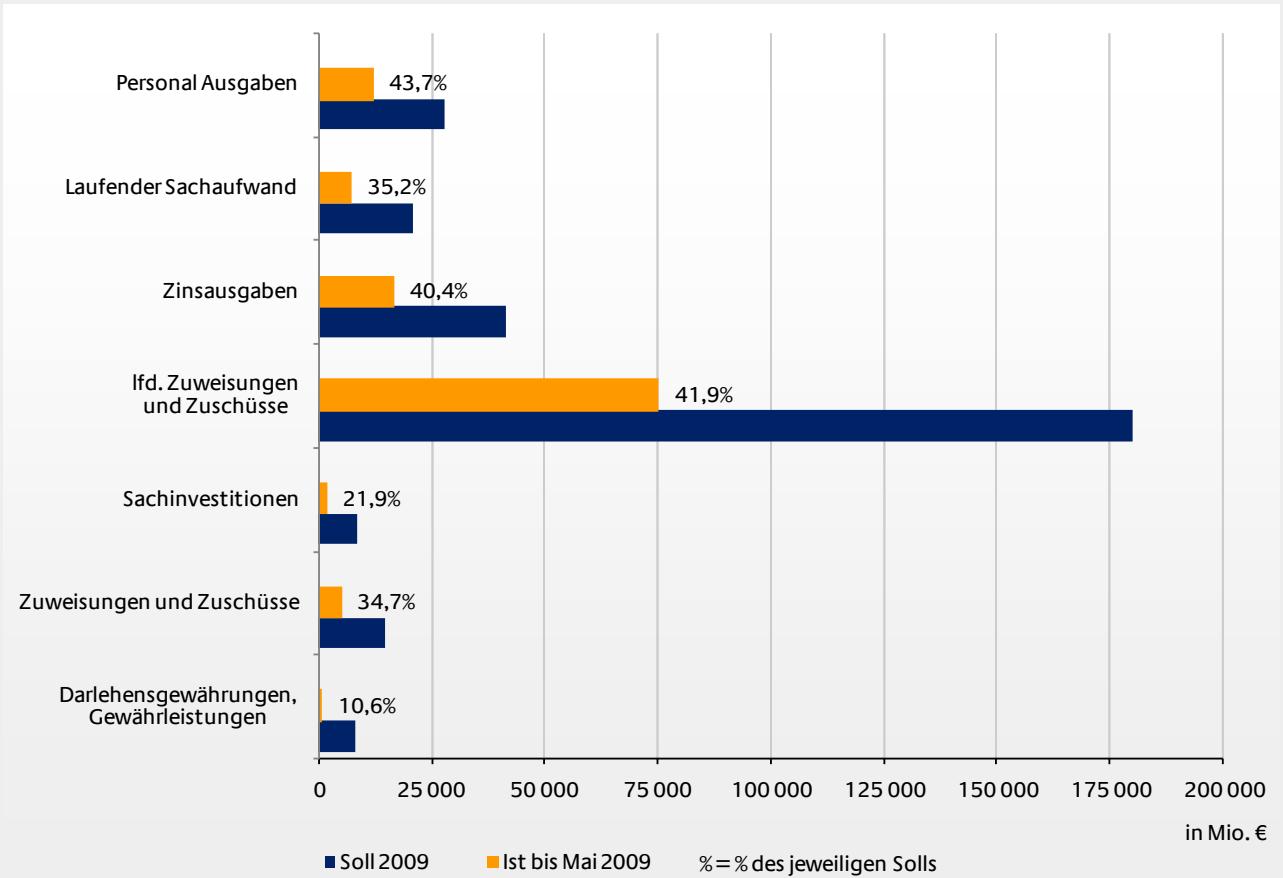
## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Mai waren insgesamt 637,4 Mio. € abgeflossen, davon allein 620,3 Mio. € beim Programm zur

Stärkung der Pkw-Nachfrage.

### Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Mai 2009



Stand Soll: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

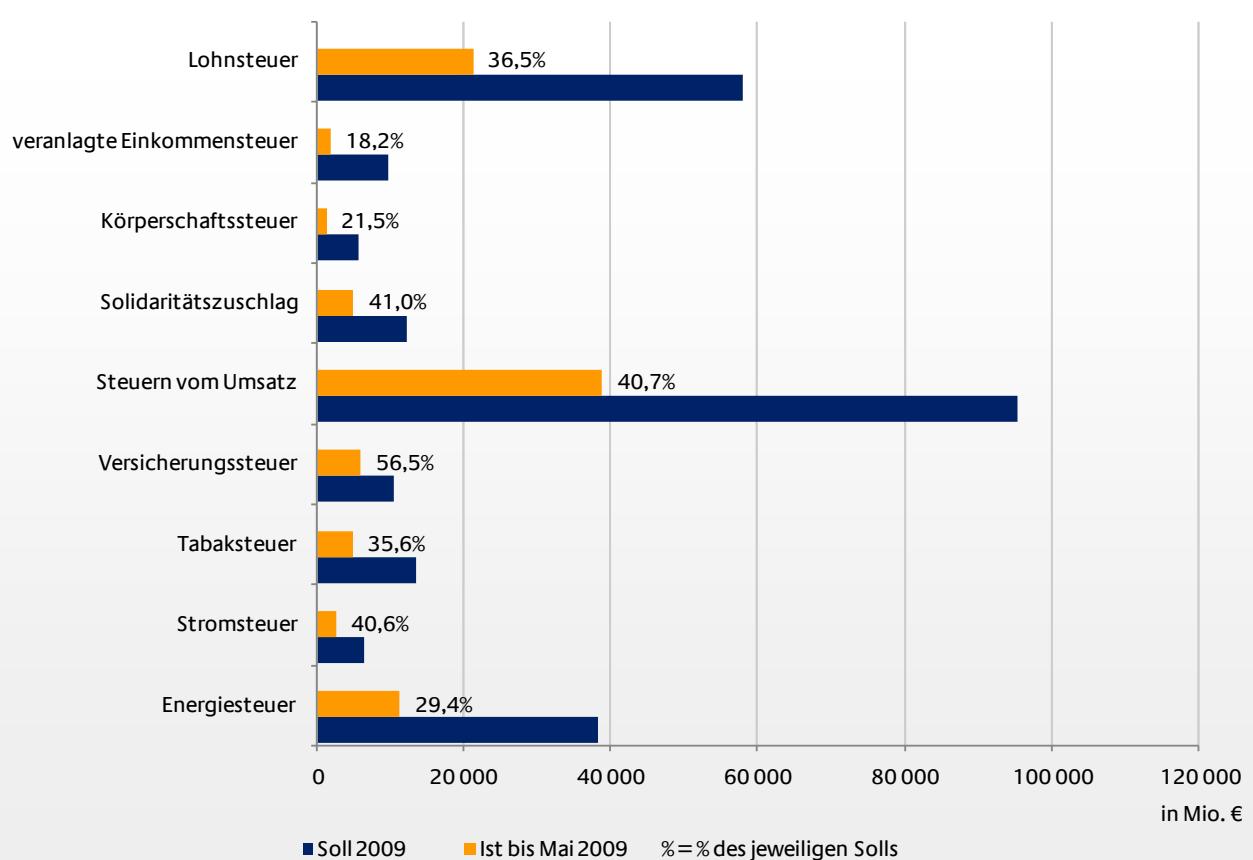
	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis Mai 2009 in Mio. € Anteil in %		Ist - Entwicklung Januar bis Mai 2008 in Mio. € Anteil in %		Veränderung ggü. Vorjahr in %
<b>I. Steuern</b>	<b>239 231</b>	<b>225 463</b>	<b>85 959</b>	<b>84,0</b>	<b>88 518</b>	<b>85,9</b>	<b>-2,9</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	181 902	70 499	68,9	73 841	71,7	-4,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Zinsabschlag)	96 379	85 573	31 472	30,8	34 490	33,5	-8,8
davon:							
Lohnsteuer	60 310	57 800	21 109	20,6	22 211	21,6	-5,0
veranlagte Einkommensteuer	13 899	9 711	1 763	1,7	2 324	2,3	-24,1
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	7 270	4 286	4,2	4 588	4,5	-6,6
Zinsabschlag	5 922	5 337	3 141	3,1	3 177	3,1	-1,1
Körperschaftssteuer	7 943	5 455	1 173	1,1	2 189	2,1	-46,4
Steuern vom Umsatz	95 806	95 165	38 710	37,8	38 971	37,8	-0,7
Gewerbesteuerumlage	1 348	1 164	317	0,3	381	0,4	-16,8
Energiesteuer	39 248	38 100	11 194	10,9	10 877	10,6	2,9
Tabaksteuer	13 574	13 380	4 759	4,7	4 790	4,6	-0,6
Solidaritätszuschlag	13 146	12 000	4 914	4,8	5 098	4,9	-3,6
Versicherungsteuer	10 478	10 450	5 907	5,8	5 895	5,7	0,2
Stromsteuer	6 261	6 200	2 519	2,5	2 509	2,4	0,4
Branntweinabgaben	2 129	2 133	910	0,9	937	0,9	-2,9
Kaffeesteuер	1 008	1 000	410	0,4	406	0,4	1,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14 850	-13 784	-3 445	-3,4	-3 613	-3,5	-4,6
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-16 470	-6 905	-6,7	-7 589	-7,4	-9,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	-2 260	-2 190	-2,1	-2 083	-2,0	5,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-2 823	-2,8	-2 781	-2,7	1,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>31 246</b>	<b>29 760</b>	<b>16 370</b>	<b>16,0</b>	<b>14 519</b>	<b>14,1</b>	<b>12,7</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 568	4 339	3 819	3,7	4 072	4,0	-6,2
Zinseinnahmen	737	911	298	0,3	241	0,2	23,7
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4 004	2 221	2,2	2 266	2,2	-2,0
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>270 476</b>	<b>255 223</b>	<b>102 330</b>	<b>100,0</b>	<b>103 037</b>	<b>100,0</b>	<b>-0,7</b>

<sup>1</sup> Stand: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Mai 2009



Stand Soll: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM MAI 2009

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2009

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Mai 2009 im Vorjahresvergleich um - 7,1% und damit in einer ähnlichen Größenordnung wie im Monat zuvor zurückgegangen. Dämpfende Einflüsse gehen dabei weiter nicht nur von der Konjunktur, sondern auch von Effekten bewusst eingesetzter politischer Maßnahmen aus, die das Aufkommen zusätzlich mindern. Sie haben vor allem im Falle der Lohnsteuer (über erhöhte Kindergeldzahlungen und eine deutliche Zunahme der ausgezahlten Zulagen im Rahmen der Riester-Rente) die kassenmäßigen Einnahmen erheblich verringert.

Hierdurch wurde das Ergebnis bei den gemeinschaftlichen Steuern in diesem Monat (- 8,9%) neben den Auswirkungen der Krise erneut maßgeblich geprägt. Bei den Bundessteuern wurde das Vorjahresniveau mit + 3,1% leicht überschritten. Im Falle der Ländersteuern war im Mai ein zweistelliger Rückgang (- 13,3%) hinzunehmen.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) blieben insgesamt um - 5,1% hinter dem Ergebnis des Vorjahrs zurück. Wiederum etwas stärker fiel der Rückgang mit - 8,3% bei den Ländern aus. Die kumulierte Veränderungsrate für die ersten fünf Monate des Jahres beläuft sich insgesamt auf - 4,0% und für den Bund auf - 2,5%.

Im Mai 2009 sind die kassenmäßigen Einnahmen aus der Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahresmonat um - 14,3% zurückgefallen. Allerdings hat dieser Rückgang nicht allein konjunkturelle Ursachen. Eine wichtige Rolle spielten

vielmehr Sonderentwicklungen bei den Abzugsbeträgen: Aufkommensmindernd wirkte sich vor allem ein starker Anstieg bei den Altersvorsorgezulagen aus, für die der Mai Hauptauszahlungsmonat ist. Hier kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer annähernden Verdoppelung der Abflüsse (von rund 850 Mio. € auf jetzt rund 1,6 Mrd. €), worin sich neben einem weiter wachsenden Bestand an Riester-Verträgen auch die letzte Stufe der Anhebung der Zulagen niederschlägt. Darüber hinaus führte die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Anhebung beim Kindergeld in Kombination mit der Auszahlung des letzten Teilbetrags des Kinderbonus von 100 € je Kind auch in diesem Monat zu hohen Mehrausgaben (+ 13,7%). Rund zwei Drittel der Einbußen bei der Lohnsteuer lassen sich durch diese beiden Sondereffekte erklären.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer fiel um rund 700 Mio. € niedriger aus als im Mai 2008. Der Zuwachs bei den Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer von rund 350 Mio. €, der vor allem auf die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale zurückzuführen sein dürfte, erklärt die Minderung des Einkommensteueraufkommens zur Hälfte.

Bei der Körperschaftsteuer hat sich das Minus in der Kasse gegenüber 2008 um rund 650 Mio. € vergrößert. Der Mai ist allerdings grundsätzlich ein Monat, in dem Nachzahlungen beziehungsweise Erstattungen für vergangene Perioden das Aufkommen dominieren, und daher zur Ableitung von Erkenntnissen über zeitnahe konjunkturelle Einflüsse wenig geeignet. Ein Aufschluss darüber dürfte sich wieder im Vorauszahlungsmonat Juni gewinnen lassen.

## Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM MAI 2009

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2009	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2009	Veränderung ggü. Vorjahr
					in Mio € <sup>5</sup>	
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	9 781	-14,3	53 096	-4,3	136 000	-4,2
veranlagte Einkommensteuer	47	-93,9	4 148	-23,9	22 850	-30,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3 177	-6,0	8 573	-6,2	14 540	-12,3
Zinsabschlag	841	-3,8	7 138	-1,2	12 129	-9,9
Körperschaftsteuer	-870	X	2 345	-46,2	10 910	-31,2
Steuern vom Umsatz	15 253	3,1	72 014	0,1	176 550	0,3
Gewerbesteuerumlage	269	-5,4	781	-18,5	2 866	-14,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	219	-7,5	673	-29,9	2 605	-23,9
<b>gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>28 716</b>	<b>-8,9</b>	<b>148 766</b>	<b>-4,3</b>	<b>378 450</b>	<b>-6,2</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 346	7,6	11 194	2,9	38 100	-2,9
Tabaksteuer	1 196	5,6	4 759	-0,7	13 380	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	176	1,6	909	-2,8	2 130	0,2
Versicherungsteuer	777	3,9	5 907	0,2	10 450	-0,3
Stromsteuer	451	-9,0	2 519	0,4	6 200	-1,0
Solidaritätszuschlag	902	-7,6	4 914	-3,6	12 000	-8,7
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) <sup>3</sup>	0	0,0	0	0,0	3 719	X
übrige Bundessteuern	126	-3,6	622	-2,3	1 442	-1,9
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 975</b>	<b>3,1</b>	<b>30 823</b>	<b>0,3</b>	<b>87 421</b>	<b>1,3</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	397	-5,7	2 069	7,7	4 475	-6,2
Grunderwerbsteuer	376	-23,2	1 909	-29,6	4 485	-21,7
Kraftfahrzeugsteuer	666	-14,0	3 710	-11,4	4 581	-48,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	116	-10,1	680	-2,3	1 515	-1,4
Biersteuer	72	9,4	287	-0,2	725	-2,0
Sonstige Ländersteuern	22	-5,4	197	-0,8	329	2,6
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 649</b>	<b>-13,3</b>	<b>8 853</b>	<b>-11,5</b>	<b>16 110</b>	<b>-26,6</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	289	-8,7	1 546	-3,4	3 590	-10,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	199	5,2	2 190	5,2	2 260	-39,5
BSP-Eigenmittel	754	-7,4	6 905	-9,0	16 470	7,4
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 242</b>	<b>-5,9</b>	<b>10 642</b>	<b>-5,6</b>	<b>22 320</b>	<b>-3,3</b>
<b>Bund<sup>4</sup></b>	<b>18 357</b>	<b>-5,1</b>	<b>85 214</b>	<b>-2,5</b>	<b>225 463</b>	<b>-5,7</b>
<b>Länder<sup>4</sup></b>	<b>16 152</b>	<b>-8,3</b>	<b>83 252</b>	<b>-5,1</b>	<b>208 981</b>	<b>-5,8</b>
<b>EU</b>	<b>1 242</b>	<b>-5,9</b>	<b>10 642</b>	<b>-5,6</b>	<b>22 320</b>	<b>-3,3</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 880</b>	<b>-15,6</b>	<b>10 880</b>	<b>-4,9</b>	<b>28 807</b>	<b>-8,0</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>37 630</b>	<b>-7,1</b>	<b>189 989</b>	<b>-4,0</b>	<b>485 571</b>	<b>-5,8</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

<sup>4</sup> Nach Ergänzungzuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>5</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2009.

## Übersichten und Termine

### STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM MAI 2009

Die Einnahmen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag lagen ungeachtet der hier wirksamen Erhöhung des Steuersatzes (von 20 % auf 25 %) um - 6,0 % unter dem Vorjahresniveau. Das ist eine Rate, die bei allen Schwankungen in einzelnen Monaten etwa dem von Januar bis Mai kumulierten Ergebnis entspricht. Die Ausschüttungen von Dividenden haben das Volumen des Vorjahrs demnach bei weitem nicht erreicht.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wies mit - 3,8 % einen deutlich geringeren Ausschlag nach unten auf, als allein aufgrund des in diesem Fall von 30 % auf 25 % reduzierten Steuersatzes zu erwarten gewesen wäre.

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz stiegen im Berichtsmonat um + 3,1 %. Dabei war der Aufkommensrückgang bei der Einfuhrumsatzsteuer mit - 28,1 % erneut sehr ausgeprägt, während die Umsatzsteuer mit + 14,5 % recht deutlich über dem Vorjahresniveau lag. Bei der Interpretation dieses Anstiegs ist allerdings der steuertechnische Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der von der Verringerung der Drittlandseinfuhren getriebene Rückgang der Einfuhrumsatzsteuer entsprechend niedrigere Vorsteuerabzüge im Inland zur Folge hat, was das Aufkommen der Binnenumumsatzsteuer erhöht. Bei kumulierter Betrachtung ergibt sich für die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz in den Monaten Januar bis Mai 2009 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs nach wie vor ein Bild der Stagnation (+ 0,1 %). Das ist gemessen an der Entwicklung der anderen

Gemeinschaftssteuern, bei denen sich inzwischen durchweg negative Raten ergeben, noch ein vergleichsweise günstiges Ergebnis.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern nahm gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um + 3,1 % zu. Anders als bei der Stromsteuer, die um - 9,0 % hinter dem Stand des Vorjahrs zurückblieb, und dem Solidaritätszuschlag, der mit einem Rückgang um - 7,6 % der Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen folgte, ergab sich bei den übrigen Steuern ein Plus (Tabaksteuer + 5,6 %, Versicherungsteuer + 3,9 %, Branntweinsteuern + 1,6 %). Am stärksten fiel der Zuwachs mit + 7,6 % bei der Energiesteuer aus. Darin macht sich allerdings auch ein Basiseffekt bemerkbar: Im Jahr zuvor war es wegen preisinduzierter Verbrauchsrückgänge zu einer Minderung der Energiesteuereinnahmen gekommen. Etwa die Hälfte der Mehreinnahmen im Vorjahresvergleich resultiert allein aus der Energiesteuer auf Heizöl.

Die reinen Ländersteuern unterschritten im Mai 2009 ihr Aufkommensvolumen aus dem Vorjahresmonat um - 13,3 %. Am stärksten ist der Abfall mit - 23,2 % erneut bei der Grunderwerbsteuer gewesen. Ebenfalls zweistellig, wenn auch weniger stark, ist der prozentuale Rückgang im Falle der Kraftfahrzeugsteuer (- 14,0 %) sowie bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (- 10,1 %) ausgefallen. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer waren mit - 5,7 % ebenfalls rückläufig, die Biersteuer (+ 9,4 %) legte im Vergleich zum Mai 2008 zu.

## Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen stiegen im Mai gegenüber April. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende April bei 3,22 % lag, notierte Ende Mai bei 3,60 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich - gemessen am EURIBOR – verringerten sich von 1,37 % Ende April auf 1,27 % Ende Mai. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 7. Mai 2009 folgende Zinsänderungen beschlossen: Mit Wirkung vom 13. Mai wurde der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 1,00 % gesenkt, der Zinssatz für die Einlagefazilität wurde bei 0,25 % belassen, und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde um 50 Basispunkte auf 1,75 % gesenkt.

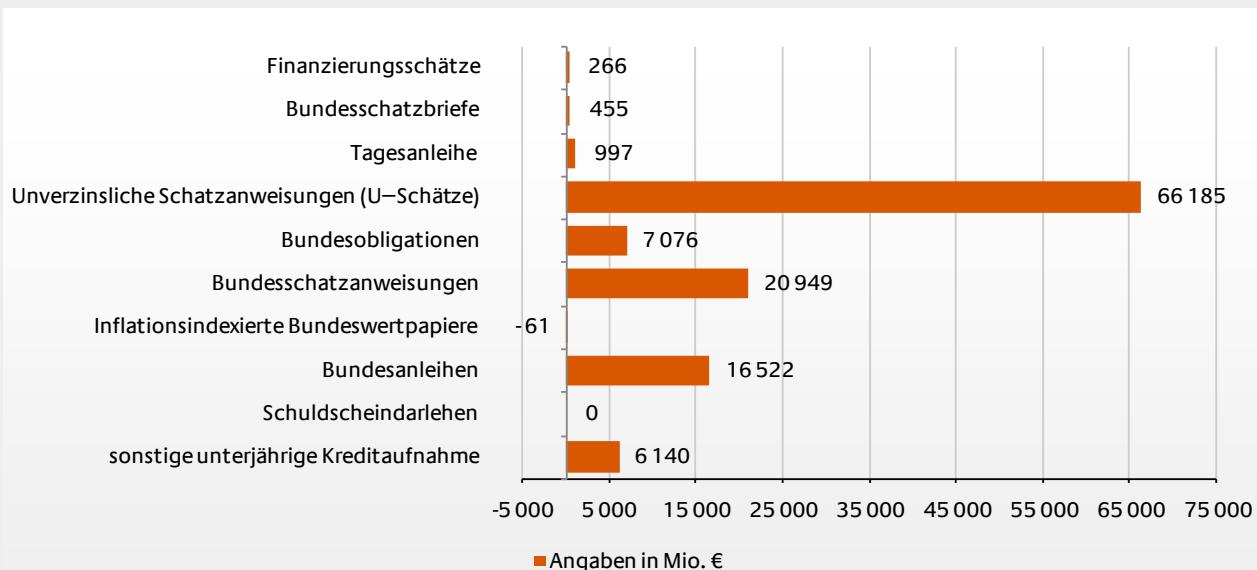
Die europäischen Aktienmärkte stiegen im Mai weiter an; der Deutsche Aktienindex stieg Ende Mai auf 4 941 Punkte gegenüber 4 769 Punkten Ende April. Der 50 Spaltenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 stieg im gleichen Zeitraum von 2 375 Punkten auf 2 451 Punkte.

## Monetäre Entwicklung

Die Dynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums hat sich im Zuge der Finanzkrise und des konjunkturellen Abschwungs insgesamt weiter abgeschwächt.

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet sank im April auf 4,9 % (nach 5,0 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum Februar 2009 bis April 2009

## Kreditaufnahme des Bundes inkl. Sondervermögen bis April 2009 in Mio. €<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.  
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 2 859 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

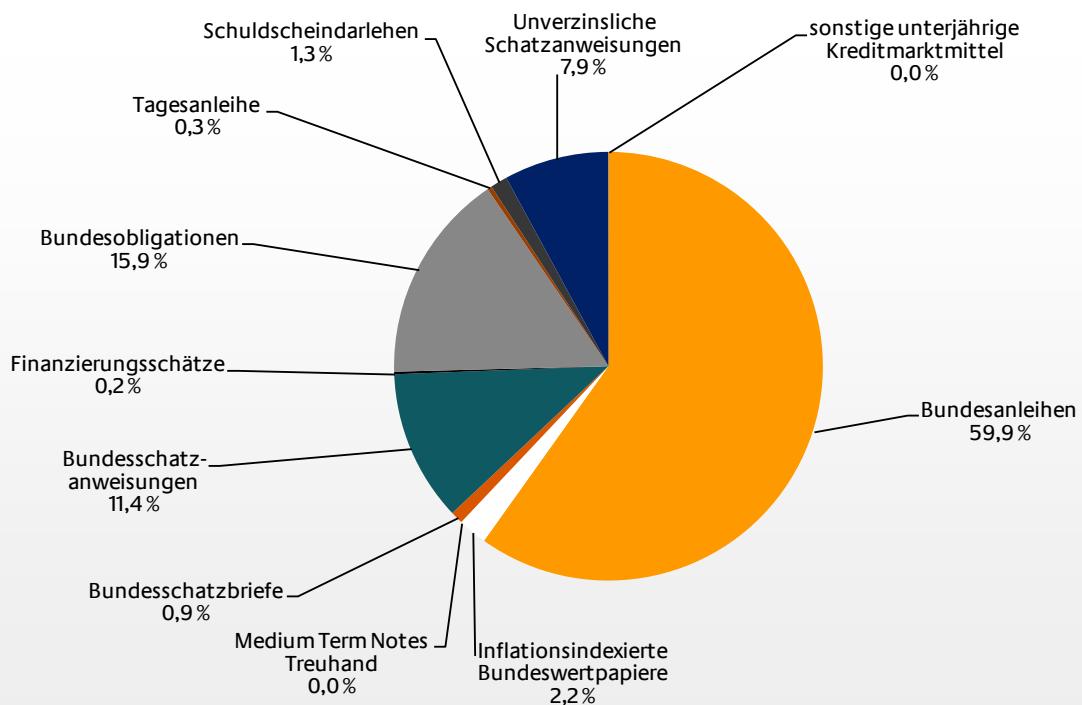
betrug 5,2%, verglichen mit 5,6% des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5%).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum sank im April 2009 auf 3,7% (nach 4,7% im Vormonat). In Deutschland ging diese Kreditwachstumsrate von 4,9% im März 2009 auf 3,9% im April 2009 zurück.

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug bis einschließlich April 2009 insgesamt 118,53 Mrd. €. Davon wurden 114 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 2,86 Mrd. €).

### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 30. April 2009



Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 1 007,8 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 42,8 Mrd. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Anleihen	14,3	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	14,3
Bundesobligationen	-	-	-	18,0	.	.	.	.	.	.	.	.	18,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	.	.	.	.	.	.	.	.	15,0
U-Schätzte des Bundes	6,8	6,8	6,9	5,9	.	.	.	.	.	.	.	.	26,5
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	0,0	.	.	.	.	.	.	.	.	0,6
Finanzierungsschätzte	0,2	0,2	0,1	0,1	.	.	.	.	.	.	.	.	0,7
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	0,1	.	.	.	.	.	.	.	.	0,8
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	-
Schuldscheinendarlehen	0,0	0,2	0,0	0,2	.	.	.	.	.	.	.	.	0,4
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	.	.	.	.	.	.	.	.	14,2
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	.	.	.	.	.	.	.	.	0,0
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen</b>	<b>32,1</b>	<b>9,4</b>	<b>24,5</b>	<b>24,4</b>	.	.	.	.	.	.	.	.	<b>90,4</b>

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	1,2	3,6	.	.	.	.	.	.	.	.	18,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die im April 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2009“.

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich April 2009 die Tilgungen auf rund 90,40 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 18,73 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe

von 73,72 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 44,54 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 0,27 Mrd. € eingesetzt. Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 58,52 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 29,97 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 0,05 Mrd. € eingesetzt.

 Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2009

## Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137255 WKN 113725	Aufstockung	16. April 2009	2 Jahre fälltig 11. März 2011 Zinslaufbeginn 11. März 2009 erster Zinstermin 11. März 2010	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141547 WKN 114154	Aufstockung	6. Mai 2009	5 Jahre fälltig 11. April 2014 Zinslaufbeginn 27. März 2009 erster Zinstermin 11. April 2010	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Neumission	20. Mai 2009	10 Jahre fälltig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137263 WKN 113726	Neuemission	27. Mai 2009	2 Jahre fälltig 10. Juni 2011 Zinslaufbeginn 29. Mai 2009 erster Zinstermin 10. Juni 2010	ca. 8 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	3. Juni 2009	30 Jahre fälltig 4. Juli 2040 Zinslaufbeginn 4. Juli 2008 erster Zinstermin 4. Juli 2009	ca. 4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141547 WKN 114154	Aufstockung	10. Juni 2009	5 Jahre fälltig 11. April 2014 Zinslaufbeginn 27. März 2009 erster Zinstermin 11. April 2010	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137263 WKN 113726	Aufstockung	17. Juni 2009	2 Jahre fälltig 10. Juni 2011 Zinslaufbeginn 29. Mai 2009 erster Zinstermin 10. Juni 2010	ca. 7 Mrd. €
<b>2. Quartal 2009 insgesamt</b>				<b>ca. 45 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2009

#### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115335 WKN 111 533	Neuemission	6. April 2009	3 Monate fälltig 29. Juli 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115343 WKN 111 534	Neuemission	20. April 2009	6 Monate fälltig 14. Oktober 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115350 WKN 111 535	Neuemission	27. April 2009	12 Monate fälltig 28. April 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115368 WKN 111 536	Neuemission	11. Mai 2009	6 Monate fälltig 18. November 2009	ca. 7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115376 WKN 111 537	Neuemission	18. Mai 2009	3 Monate fälltig 26. August 2009	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115384 WKN 111 538	Neuemission	25. Mai 2009	12 Monate fälltig 19. Mai 2010	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115392 WKN 111 539	Neuemission	15. Juni 2009	6 Monate fälltig 9. Dezember 2009	ca. 7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115400 WKN 111 540	Neuemission	22. Juni 2009	3 Monate fälltig 30. September 2009	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115418 WKN 111 541	Neuemission	29. Juni 2009	12 Monate fälltig 30. Juni 2010	ca. 5 Mrd. €
<b>2. Quartal 2009 insgesamt</b>				<b>ca. 51 Mrd. €</b>

<sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die gesamtwirtschaftliche Schwäche phase in Deutschland hält an.
- Die Industrieproduktion ist abwärtsgerichtet, der Auftragseingang stabilisierte sich zuletzt.
- Die Auswirkungen der Rezession auf den Arbeitsmarkt sind noch moderat.
- Die Preisentwicklung stützt die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Die gesamtwirtschaftliche Schwäche phase in Deutschland hält an. Die jüngste Entwicklung der Konjunkturindikatoren deutet darauf hin, dass sich die Abwärtstendenz der gesamtwirtschaftlichen Aktivität auch zu Beginn des 2. Quartals fortgesetzt hat, wenn auch mit verminderem Tempo.

Im 1. Vierteljahr war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,8 % gegenüber dem Schlussquartal 2008 gesunken. Wie aus den detaillierten Ergebnissen zu einzelnen Verwendungs- und Wertschöpfungskomponenten des BIP hervorgeht, wirkte sich der Außenbeitrag am stärksten dämpfend auf die Wirtschaftsaktivität im 1. Quartal aus. Dies ist vor allem auf den gegenüber dem Vorquartal nochmals beschleunigten Rückgang des Exportvolumens um 9,7 % (preis-, kalender- und saisonbereinigt) zurückzuführen. Bei weniger stark rückläufigen Importen fiel der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte gegenüber dem Schlussquartal 2008 damit erneut deutlich negativ aus (- 2,2 Prozentpunkte). Aufgrund der sinkenden Auslandsnachfrage nahm auch die Investitionstätigkeit stark ab. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen brachen gegenüber dem Vorquartal regelrecht ein (real - 16,2 %). Zudem nahm auch das Volumen der Bauinvestitionen – teilweise witterungsbedingt – gegenüber dem Vorquartal ab, sodass die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt mit 1,5 Prozentpunkten zum BIP-Rückgang im 1. Quartal 2009 beitrugen. Lediglich die

Konsumnachfrage des Staates und der privaten Haushalte wirkte im 1. Vierteljahr 2009 stützend. Dabei dürfte der private Verbrauch von den kurzfristigen Kaufanreizen im Zusammenhang mit der Umweltprämie profitiert haben. Der private Konsum milderte die Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität gegenüber dem Schlussquartal 2008 um 0,3 Prozentpunkte ab und wirkte damit konjunkturell stützend.

Auf dem Arbeitsmarkt sind zwar die Folgen der Wirtschaftsschwäche bereits deutlich erkennbar. Angesichts der Schärfe des konjunkturellen Einbruchs sind der Beschäftigungsrückgang sowie die Zunahme der Arbeitslosigkeit jedoch als moderat zu beurteilen. Dabei wirkt der arbeitsmarktpolitische Instrumenteneinsatz entlastend. Insgesamt dürfte die staatliche Förderung von Kurzarbeit die Unternehmen weiterhin in ihrer Absicht unterstützen, die Stammbelegschaft über die konjunkturelle Schwäche phase hinweg zu halten. Im Jahresverlauf ist dennoch bei nur allmählicher Stabilisierung der Wirtschaftsleistung mit einer fortschreitenden Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Die im Vergleich zum Vorjahr erheblich gedämpfte Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter (+ 0,4 % im 1. Quartal 2009) hat sich im bisherigen Jahresverlauf 2009 bereits spürbar in der Entwicklung der Steuereinnahmen niedergeschlagen. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sanken im Zeitraum Januar bis Mai

## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

um gut 4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Ein erheblicher Teil des Rückgangs ist allerdings auf steuerrechtlich bedingte Sonderentwicklungen zurückzuführen (Anhebung des Kindergeldes, Auszahlung des Kinderbonus, rückwirkende Senkung des Einkommensteuertarifs, Anstieg der Altersversorgungszulagen). Dagegen blieben die Steuern vom Umsatz im gleichen Zeitraum gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert. Darin spiegelt sich die im bisherigen Jahresverlauf stabile Konsumnachfrage wider.

Die aktuellen Konjunkturdaten deuten insgesamt darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Lage vor allem im industriellen Bereich zu Beginn des 2. Quartals weiter verschlechtert hat, wenn auch mit deutlich verminderter Abwärtsdynamik. Die jüngsten Umfrageergebnisse signalisieren, dass sowohl Unternehmen als auch private Haushalte die wirtschaftlichen Perspektiven zunehmend weniger pessimistisch beurteilen. Dies könnte ein Hinweis auf eine konjunkturelle Bodenbildung im Verlauf dieses Jahres sein. Eine wichtige Voraussetzung für eine breitangelegte und durchgreifende konjunkturelle Verbesserung wären jedoch neue Impulse von der außenwirtschaftlichen Seite, die allerdings nicht vor 2010 zu erwarten sind.

Ungeachtet einer leichten Erholung im Vormonat hielt die Abwärtstendenz der Warenexporte im April an. Die Ausfuhraktivität ist gegenüber dem Vormonat nominal (in saisonbereinigter Betrachtung) spürbar gesunken. Auch im Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar 2009) lagen die Warenausfuhren deutlich unter dem Niveau des Vorzeitraums. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Ausfuhrergebnis (nach Ursprungswerten) erheblich unterschritten. In den ersten vier Monaten dieses Jahres verringerten sich die Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 23,0 %. Überdurchschnittlich rückläufig waren dabei Ausfuhren in den

Nichteuroraum der Europäischen Union (- 27,5 %). Aber auch Ausfuhren in den Euroraum (- 22,2 %) und in Drittländer (- 21,4 %) gaben spürbar nach. Die jüngsten Umfragedaten deuten lediglich auf eine leichte Erholung der Exportentwicklung in den nächsten Monaten hin. So signalisiert der OECD Composite Leading Indicator, dass sich der Rückgang der weltwirtschaftlichen Aktivität allmählich abschwächen könnte. Auch die Exporterwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich laut ifo-Konjunkturtest seit dem Tiefstand von Dezember 2008 spürbar verbessert. Der Saldo positiver und negativer Meldungen liegt aber weiterhin im negativen Bereich und zugleich deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt.

Die nominalen Warenimporte waren im April ebenfalls klar rückläufig. Nach Ursprungswerten blieben die nominalen Importe erheblich hinter dem Einfuhrergebnis des Vorjahrs zurück. Der kräftige Rückgang der Importe dürfte – neben den rückläufigen Exporten – auch die Schwäche der Inlandsnachfrage widerspiegeln. Zudem könnte die Abschwächung der Einfuhraktivität auf einen weiteren Lagerabbau durch die Unternehmen hindeuten.

Die aktuellen Industrieindikatoren liefern für den Monat April ein uneinheitliches Bild. Während die Auftragseingänge nach einem kräftigen Anstieg im Vormonat stagnierten, war die Industrieproduktion rückläufig. Auch die industriellen Umsätze fielen gegenüber März niedriger aus, wobei vor allem die Auslandsumsätze hinter dem Ergebnis des Vormonats zurückblieben.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2008		Veränderung in % gegenüber					
	in Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3.Q.08	4.Q.08	1.Q.09	3.Q.08	4.Q.08	1.Q.09
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,1	+1,3	-0,5	-2,2	-3,8	+1,4	-1,7	-6,7
jeweilige Preise	2 491	+2,8	-0,3	-1,3	-3,8	+2,8	+0,5	-5,1
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 885	+3,1	-0,0	-2,2	-5,5	+2,9	+0,1	-7,4
Arbeitnehmerentgelte	1 225	+3,5	+0,8	+0,3	-1,1	+3,9	+3,2	+0,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	660	+2,6	-1,4	-6,7	-14,4	+1,4	-6,4	-20,9
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 554	+2,6	+0,6	-0,5	-0,9	+3,2	+1,2	+0,0
Bruttolöhne u. -gehälter	994	+3,8	+0,6	+0,2	-1,4	+4,3	+3,2	+0,4
Sparen der privaten Haushalte	181	+8,2	+2,0	+3,4	-1,5	+9,6	+8,3	+2,7
<b>Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge</b>	2008		Veränderung in % gegenüber					
	in Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Mrz 09	Apr 09	Zweimonats-durchschnitt	Mrz 09	Apr 09	Zweimonats-durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
<b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd.€)</b>	86	+6,1	-0,3	.	+7,6	-1,2	.	-10,8
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	993	+2,8	+0,3	-4,8	-2,7	-16,2	-28,7	-22,6
Waren-Importe	814	+5,7	+0,2	-5,8	-5,1	-12,0	-22,9	-17,6
in konstanten Preisen von 2005								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)<sup>1</sup></b>	111,5	-0,0	+0,3	-1,9	-2,3	-20,0	-21,6	-20,8
Industrie <sup>2</sup>	113,4	+0,3	+0,6	-2,9	-2,6	-22,0	-24,1	-23,1
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,6	+6,0	+0,5	+7,3	+3,4	+6,6	+5,0
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>1</sup></b>								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	112,7	-0,3	+1,8	-1,9	-1,3	-22,4	-23,5	-22,9
Inland	108,8	+0,1	+2,1	-0,2	-0,3	-18,3	-17,7	-18,0
Ausland	117,3	-0,7	+1,4	-3,8	-2,5	-26,7	-29,7	-28,2
<b>Auftragseingang (Index 2005 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>2</sup>	111,3	-7,0	+3,7	+0,0	+2,1	-32,8	-33,2	-33,0
Inland	108,3	-5,7	+1,9	+0,6	-0,7	-28,9	-29,2	-29,0
Ausland	113,9	-8,2	+5,6	-0,5	+4,8	-36,0	-36,4	-36,2
Bauhauptgewerbe	102,7	-4,3	+2,6	.	-2,7	-14,4	.	-14,8
<b>Umsätze im Handel (Index 2005=100)</b>								
Einzelhandel								
(ohne Kfz. und mit Tankstellen)	96,6	-0,6	+0,2	+0,5	+0,4	-0,3	-0,3	-0,3
Handel mit Kfz	91,3	-4,9	+0,6	-4,2	+6,8	+17,6	-3,0	+6,7

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2008		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen in Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode (saisonber.)			Vorjahr		
			Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09
Arbeitslose								
(nationale Abgrenzung nach BA)	3,27	-13,5	+69	+57	+1	+78	+171	+175
Erwerbstätige, Inland	40,35	+1,5	-49	-60	.	-50	-150	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,46	+2,2	-21	.	.	+119	.	.
Preisindizes	2008		Veränderung in % gegenüber					
2005=100	Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
Importpreise	109,9	+4,5	-0,4	-0,8	.	-7,1	-8,6	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	112,7	+5,5	-0,7	-1,4	.	-0,5	-2,7	.
Verbraucherpreise	106,6	+2,6	-0,1	+0,0	-0,1	+0,5	+0,7	+0,0
ifo-Geschäftsclima	saisonbereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Okt 08	Nov 08	Dez 08	Jan 08	Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09
Klima	-20,6	-28,9	-35,2	-34,4	-35,4	-36,2	-33,1	-32,1
Geschäftslage	-4,6	-14,2	-25,8	-29,8	-34,6	-37,7	-36,1	-38,0
Geschäftserwartungen	-35,2	-42,4	-44,2	-39,0	-36,1	-34,7	-30,1	-26,0

<sup>1</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>2</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Der Rückgang der Industrieproduktion im April stützt die bisherige Einschätzung, dass die Schwächephase in der Industrie im 2. Quartal noch anhalten dürfte. Nach Güterarten betrachtet, kam es vor allem im Bereich der Investitionsgüterproduktion im April zu einer deutlichen Gegenbewegung, nachdem im März noch ein kräftiger Anstieg verzeichnet worden war. Bei den Konsumgütern konnte ein leichtes Plus verbucht werden. Der durch die Umweltprämie ausgelöste Nachfrageschub bei

Kraftfahrzeugen hat die Kfz-Produktion im April nicht weiter gesteigert. Sie wurde vielmehr (in saisonbereinigter Betrachtung) gegenüber dem Vormonat deutlich gedrosselt. Im Durchschnitt der Monate März/April war der Anstieg gegenüber den beiden Vormonaten aber noch erheblich (+ 4,8 %). Im Zweimonatsvergleich ist die industrielle Erzeugung weiterhin abwärtsgerichtet. Allerdings hat sich der Produktionsrückgang zuletzt erheblich abgeschwächt.

## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

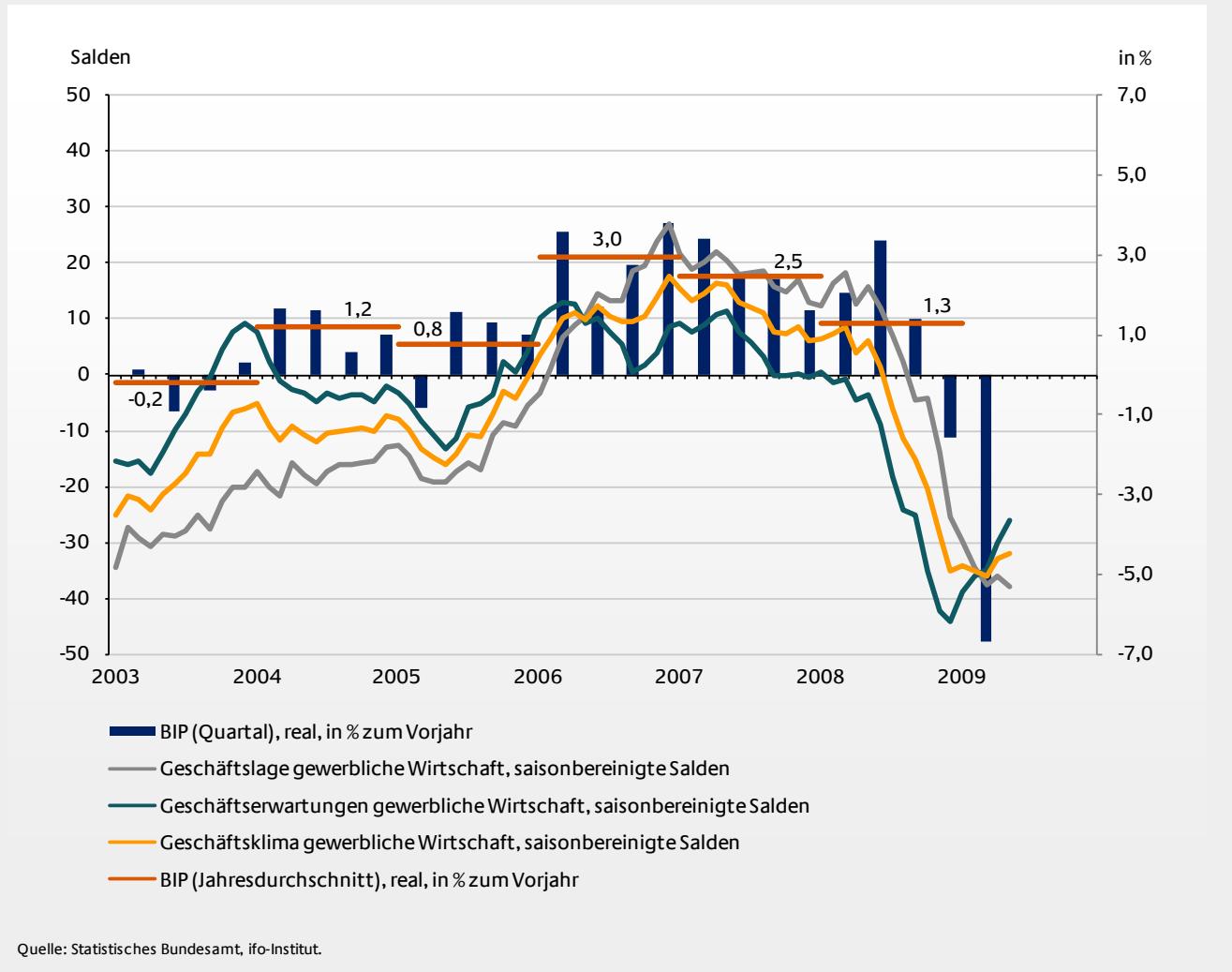
Die Entwicklung der Produktion, betrachtet nach Güterarten, spiegelt sich weitgehend auch in den industriellen Umsatzzahlen wider. Während die Umsätze bei Investitionsgütern gegenüber dem Vormonat nachgaben, konnte bei Konsumgütern ein Plus verzeichnet werden. Insgesamt waren die Auslandsumsätze rückläufig, während die Inlandsumsätze nahezu stagnierten. Lediglich bei Vorleistungsgütern kam es im Ausland im Gegensatz zum Inland gegenüber dem Vormonat zu Umsatzsteigerungen.

Dass das Volumen industrieller Neuaufräge gegenüber dem Vormonat (in saisonbereinigter Betrachtung) gehalten

werden konnte, ist bemerkenswert, da das März-Ergebnis durch ein überdurchschnittlich hohes Volumen an Großaufträgen begünstigt worden war. Während die Bestellaktivität bei Investitionsgütern sowohl im In- als auch im Ausland sank, nahm sie bei Vorleistungsgütern deutlich zu. Im Kfz-Bereich war das Volumen der Neuaufträge im April rückläufig; die Nachfrage ist hier jedoch tendenziell weiter aufwärtsgerichtet. Die Aufträge aus dem Inland in dieser Branche lagen im Zweimonatsdurchschnitt um 7,2 % über dem Ergebnis des Vorzeitraums.

Das Gesamtbild der Industrieindikatoren im April bestätigt die jüngsten Signale der

### BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsclima



## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Umfrageindikatoren. Während sich die aktuelle Lage im Verarbeitenden Gewerbe offenbar bis in das 2. Quartal hinein verschlechtert hat, deuten die vorlaufenden Indikatoren auf eine Stabilisierung der industriellen Aktivität im Jahresverlauf hin. So war das Bestellvolumen in der Industrie in der Grundtendenz zuletzt wieder leicht aufwärtsgerichtet, was vor allem auf einen Nachfrageanstieg aus dem Ausland zurückzuführen ist. Auch mit Blick auf die Struktur der Auftragseingänge könnte die verstärkte Nachfrage nach Vorleistungsgütern auf eine Ausweitung der Produktionspläne durch die Unternehmen hindeuten. Ferner beurteilten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes laut ifo-Umfrage im Mai die Geschäftsaussichten für das nächste halbe Jahr das fünfte Mal in Folge weniger pessimistisch, während die aktuelle Geschäftslage gegenüber dem Vormonat nochmals schlechter bewertet wurde.

Dem deutlichen Rückgang der Industrieproduktion stand im April ein leichtes Plus der Produktion im Bauhauptgewerbe gegenüber. Damit konnte das Niveau der Bauproduktion nach dem sprunghaften Anstieg im Vormonat klar gehalten werden. Hier spiegelt sich möglicherweise noch eine Gegenbewegung zu den witterungsbedingten Produktionsausfällen im Winter wider. Die Entwicklung im Bausektor könnte sich somit zunehmend als konjunkturell stützend erweisen.

Ebenfalls stabilisierend könnte weiterhin der private Konsum auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts wirken. Darauf deuten die Umsätze im Einzelhandel hin: Der erneute leichte Anstieg der realen, saisonbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im April hat den Abwärtstrend im Einzelhandel vorerst gestoppt. Das Vorjahresergebnis wurde wiederum nur leicht unterschritten. Der Umsatz mit Kfz verringerte sich im April zwar gegenüber dem Vormonat deutlich. Er liegt jedoch aufgrund seines sprunghaften Anstiegs im Februar auf einem hohen Niveau. Eine

Stabilisierung der Konsumnachfrage hatte sich bereits mit Blick auf die jüngsten Umfrageergebnisse (ifo-Geschäftsclima im Einzelhandel, GfK-Konsumclima) abgezeichnet. Die Geschäftslage wurde von den Einzelhändlern zuletzt wieder weniger pessimistisch beurteilt (ifo), und auch die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte (GfK) hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Allerdings ist die Aussagekraft der Anschaffungsneigung aufgrund der kurzfristigen Kaufanreize im Zusammenhang mit der Umweltprämie derzeit möglicherweise eingeschränkt. So war das hohe Niveau der Anschaffungsneigung an der rückläufigen Entwicklung der Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im 1. Quartal nicht ablesbar. Die aktuelle Abnahme der Umsätze im Kfz-Handel bei gleichzeitig leichtem Anstieg der übrigen Umsätze könnte andeuten, dass die Umsatztätigkeit allmählich wieder stärker von der Entwicklung des Einzelhandels ohne Kfz geprägt wird. Eine Entlastung der Kaufkraft durch die im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Preisniveaus für Nahrungsmittel und Energiegüter könnte dies unterstützen. Allerdings wird die private Konsumbereitschaft überschattet von der anhaltenden Unsicherheit über die persönliche Einkommensentwicklung – vor dem Hintergrund einer wahrscheinlichen Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Am Arbeitsmarkt ist die Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität deutlich zu spüren, wenngleich die nahezu stabile (saisonbereinigte) Zahl der Arbeitslosen im Mai überraschte. Der geringe Anstieg der arbeitslosen Personen (saisonbereinigt + 1 000 gegenüber dem Vormonat) hängt auch mit einem Sondereffekt zusammen. So wurden neue Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung geschaffen, die u. a. dazu führen, dass Personen, die an Eignungs- und Trainingsmaßnahmen durch „Dritte“ teilnehmen, aus statistischer Sicht nicht mehr als arbeitslos gelten. Ohne diesen Sondereffekt hätte die Zahl der Arbeitslosen laut

## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Bundesagentur für Arbeit (BA) um 15 000 bis 20 000 Personen höher gelegen. Auch im Vorjahresvergleich wurde die registrierte Arbeitslosigkeit in etwa der gleichen Größenordnung durch die statistische Neuregelung nach unten verzerrt. So stieg die Arbeitslosenzahl im Mai im Vergleich zum Vorjahr um 175 000 auf 3,46 Mio. Personen an. Die Arbeitslosenquote betrug 8,2 % (West: 6,9 %, Ost: 13,3 %) und war damit 0,4 Prozentpunkte höher als im Mai 2008.

Der Beschäftigungsabbau setzte sich auch im April fort. Die Zahl der Erwerbstägigen (Inlandskonzept) ging saisonbereinigt um 60 000 Personen gegenüber dem Vormonat zurück. Im Vorjahresvergleich (Ursprungswerte) hat sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit erheblich beschleunigt. Der Vorjahresstand wurde mit 39,96 Mio. um 150 000 Personen deutlich unterschritten. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde im März im Vergleich zum Vormonat ebenfalls abgebaut (saisonbereinigt – 21 000 Personen). Nach Ursprungswerten stieg sie zwar noch an (+ 119 000), aber der Vorjahresabstand ist spürbar kleiner geworden. Nach Branchen verlief die Entwicklung unterschiedlich: In primär konsumorientierten Dienstleistungsbereichen (z. B. Erziehung und Unterricht) wurde im Vergleich zum Vorjahr weiter Beschäftigung aufgebaut. Bei Arbeitnehmerüberlassungen (wirtschaftliche Dienstleistungen) ging die Beschäftigung dagegen erheblich zurück. Darüber hinaus verzeichneten u. a. das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft leichte Beschäftigungsverluste. Die verstärkte Inanspruchnahme der Kurzarbeit hat die Folgen des konjunkturellen Einbruchs in Deutschland bisher deutlich abgemildert. Den potentiellen Entlastungseffekt bei der konjunkturell bedingten Kurzarbeit schätzt die BA im Vergleich zum Vorjahr auf rund 362 000 Personen (Vollzeitäquivalente). Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war im Mai auch ohne den statistischen Effekt günstiger als erwartet. Mit einer Trendwende zum Besseren ist jedoch nicht zu rechnen. Da der

Arbeitsmarkt erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung auf eine Veränderung der wirtschaftlichen Situation reagiert, ist – angesichts des erheblichen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im vergangenen halben Jahr – im weiteren Jahresverlauf mit einer erheblichen Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Darauf deuten auch Unternehmensbefragungen und der Stellenindex BA-X der BA hin.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schwäche der Weltwirtschaft hat sich die moderate Preisentwicklung im April und Mai fortgesetzt. Der Verbraucherpreisindex ging im Mai auf das Niveau des Vorjahres zurück. Im Vormonatsvergleich verringerte sich das Niveau um 0,1 %. Der jüngste Rückgang der Inflationsrate ist vor allem auf das hohe Preisniveau des Vorjahres – verursacht durch einen erheblichen Anstieg der Preise für Energie und Nahrungsmittel – zurückzuführen (Basiseffekt). Die Preise dieser Güter sind inzwischen wieder gesunken und bestimmen mit ihren deutlich negativen Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr maßgeblich die derzeitige Inflationsrate. So war Energie um 8 % billiger als vor einem Jahr. Spürbare Preisrückgänge gab es bei leichtem Heizöl (- 42,4 %) und Kraftstoffen (- 16,9 %). Preise für Haushaltsenergie zogen dagegen deutlich an (Gas: + 3,6 %, Strom: + 6,9 %, Zentralheizung, Fernwärme: + 10,5 %). Die Preise für Nahrungsmittel lagen 1,2 % unter ihrem Vorjahresniveau. Ohne Berücksichtigung von Energieprodukten und Nahrungsmitteln, die etwa 20 % der Ausgaben privater Haushalte ausmachen, hätte die Inflationsrate im Mai 1,4 % betragen.

Der Rückgang der Importpreise hat sich im April nochmals beschleunigt (- 8,6 % gegenüber dem Vorjahr). Dafür verantwortlich waren vor allem gesunkene Preise für Rohöl und Mineralölprodukte (- 33,6 % beziehungsweise - 44,8 %). Ohne diese Güter lag der Einfuhrpreisindex um 3,4 % unter seinem Vorjahresstand. Preise für Erdgas lagen

## ► Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

erstmals seit Dezember 2007 wieder unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats. Auch nichtenergetische Produkte und Nahrungsmittel waren deutlich billiger als vor einem Jahr.

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte waren im April 2,7 % niedriger als im Vorjahr. Die Veränderungsrate wurde vor allem von

den Preisen für Vorleistungsgüter geprägt (- 5,3 % gegenüber dem Vorjahr). Erstmals seit Oktober 2007 lagen die Erzeugerpreise für Energie wieder unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats (- 4,4 %). Die Preise für Verbrauchsgüter sanken um durchschnittlich 1,1 % (Nahrungsmittel: - 3,1 %). Investitionsgüter waren 1,4 % teurer als vor einem Jahr.

## Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS APRIL 2009

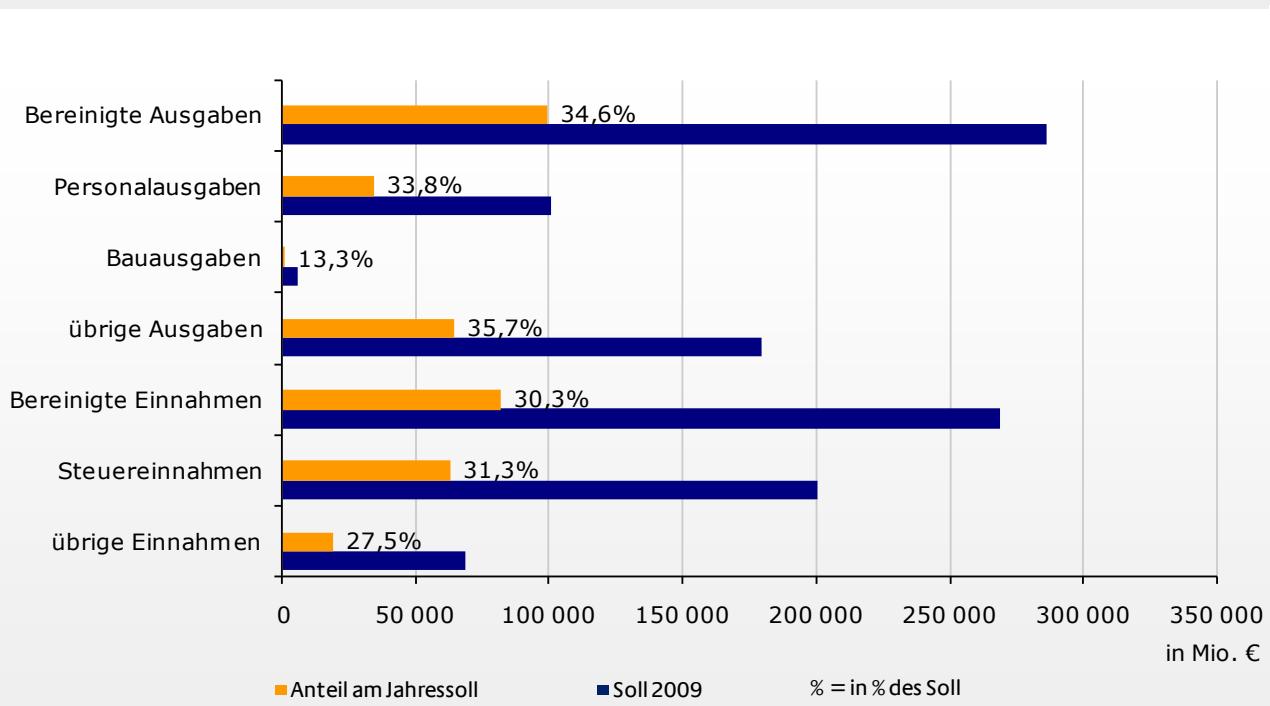
# Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2009

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich April 2009 vor.

Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich Ende April erneut deutlich ungünstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen der Ländergesamtheit verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um - 5,0 %, während die Ausgaben um + 9,0 % anstiegen. Die Steuereinnahmen der

Ländergesamtheit sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um - 2,6 % rückläufig. Während bei den Stadtstaaten ein Rückgang von - 7,8 % und bei den ostdeutschen Flächenländern von - 4,1 % zu verzeichnen ist, verringerten sich die Steuereinnahmen bei den westdeutschen Flächenländern nur um - 1,7 %. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug am Ende des Berichtszeitraums knapp - 17,5 Mrd. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahreswert um rund 12,5 Mrd. €.

## Länder insgesamt

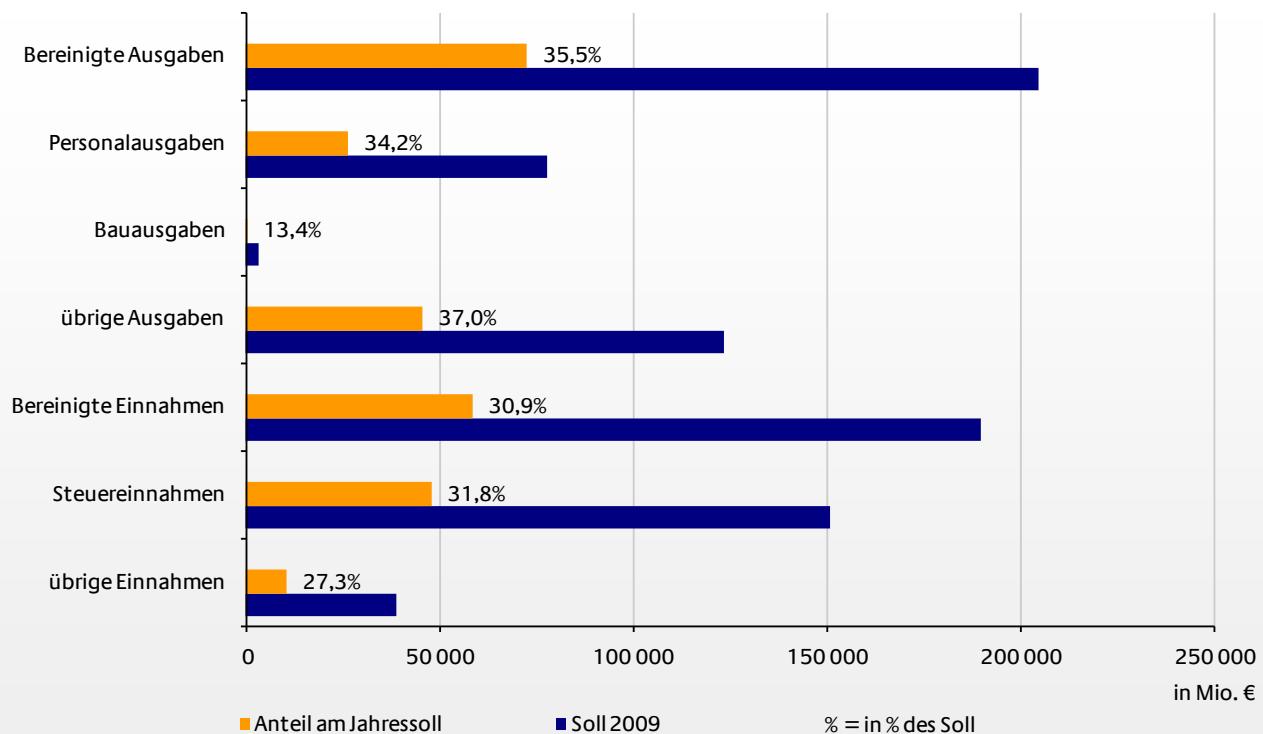


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS APRIL 2009

### Flächenländer West

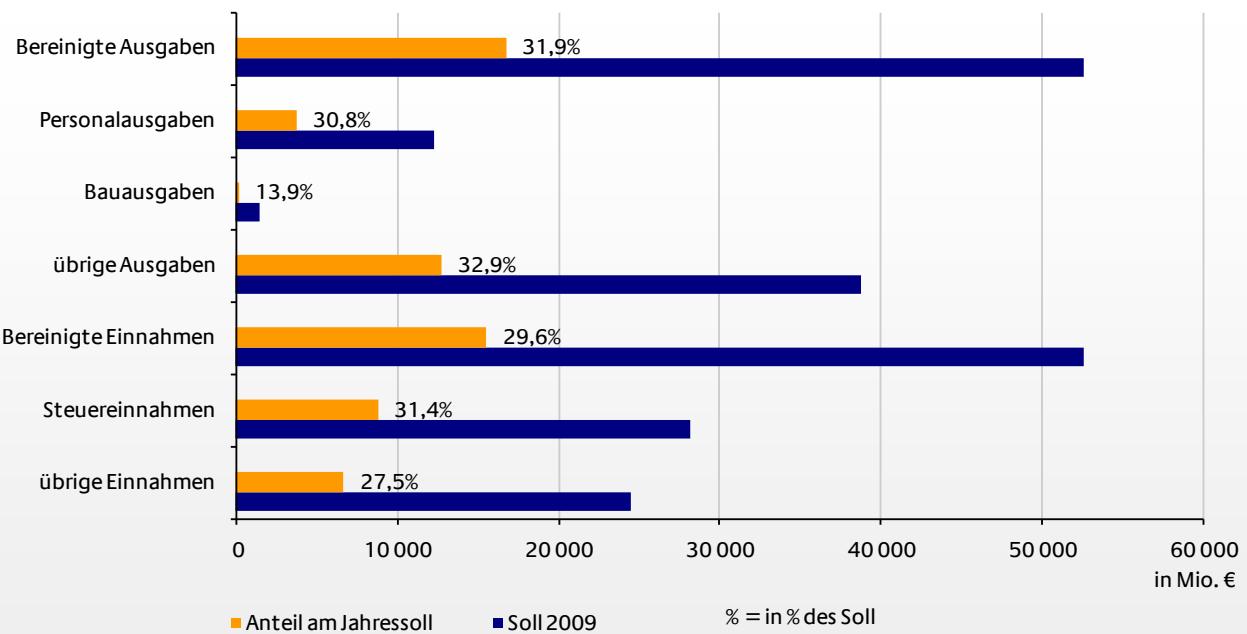


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS APRIL 2009

### Flächenländer Ost

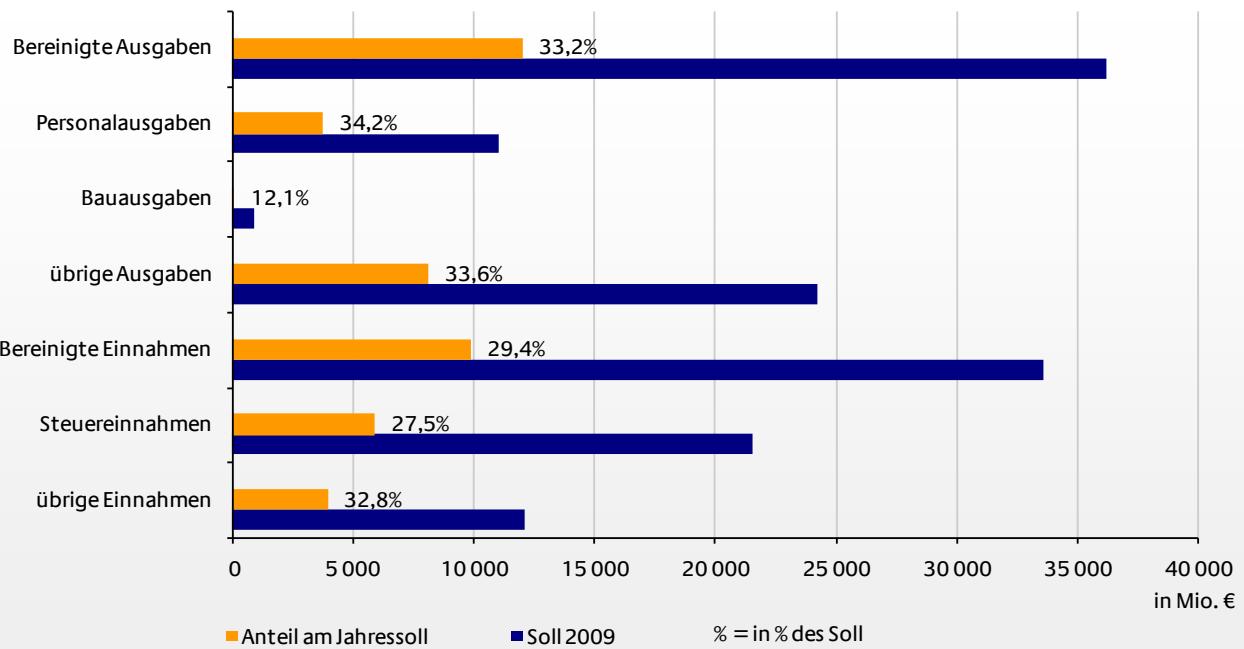


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS APRIL 2009

### Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 9. Juni 2009 in Luxemburg

### Entwicklung bei Wirtschaft und Finanzen

#### a) Aktuelle Informationen zur derzeitigen Lage

Die Kommission und die Europäische Zentralbank berichteten kurz über die Wirtschaftslage. Kommissar Joaquín Almunia sah einige Anzeichen, die vorsichtigen Optimismus erlaubten (Verbesserung der Finanzmärkte, Stabilisierung des Welthandels); diese Anzeichen seien jedoch noch sehr fragil und signalisierten eine allenfalls langsame wirtschaftliche Erholung. Er kündigte zudem für Juni die Einleitung von Defizitverfahren gegen Malta, Polen, Rumänien, Lettland und Litauen an. Die Kommission werde den ECOFIN im November mit der Einleitung von neun weiteren Defizitverfahren für Mitgliedstaaten befassen, die im Jahr 2009 die 3 %-Defizitgrenze überschreiten (darunter auch Deutschland). EZB-Präsident Jean-Claude Trichet führte aus, dass die Geldmarkt-Spreads, in denen sich Kredit- und Liquiditätsrisiken widerspiegeln, mittlerweile wieder auf das Niveau vor der Pleite von Lehman Brothers gesunken seien. Dennoch sei das Niveau noch höher als normal, und die Situation sei weiterhin angespannt.

#### b) Internationale Rechnungslegungsstandards

Zu den internationalen Rechnungslegungsstandards fand ein Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des Boards für Internationale Rechnungslegungsstandards (IASB), David Tweedie, und dem Vorsitzenden der IASB-Trustees, Gerrit Zalm, statt. In der Diskussion ging es insbesondere um die Frage, ob die Rechtsänderungen in den USA die Wettbewerbsbedingungen zu Lasten Europas

verschoben hätten. Die Vertreter des IASB wurden erneut gebeten, alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und insbesondere den IAS-39-Standard so zügig zu überarbeiten, dass die neue Fassung bereits für den Jahresabschluss 2009 verwendet werden kann. Finanzminister Peer Steinbrück forderte zudem den IASB auf, zusammen mit dem Baseler Ausschuss Vorschläge zu entwickeln, um die prozyklischen Auswirkungen von Rechnungslegungsstandards und Eigenkapitalanforderungen zu vermeiden. Weiter appellierte er an die Kommission, das „Memorandum of Understanding“ alsbald zu unterschreiben, um aktiv EU-Positionen im Aufsichtsgremium des IASB vertreten zu können. Tweedie und Zalm sagten zu, die Reformen möglichst bald durchzuführen. Es sei aber auch auf einheitliche und qualitativ hochwertige Rechnungslegungsstandards zu achten. Sie sprachen sich zudem für eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem IASB und der EU aus.

### Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (18./19. Juni 2009)

#### a) Europäischer Aufsichtsrahmen

Die Kommission hat am 27. Mai 2009 ihre Überlegungen zur Weiterentwicklung der Finanzmarktaufsicht vorgestellt. Unter anderem wird die Errichtung eines „European Systemic Risk Board“ (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken) empfohlen, der die makroökonomische Stabilität des Finanzmarktes analysieren soll. Auch zu den sogenannten mikroprudentiellen Aspekten (u. a. Schaffung eines Aufsichtsnetzwerkes) hat die Kommission Vorschläge unterbreitet.

Der ECOFIN-Rat hat nach schwierigen Verhandlungen Schlussfolgerungen verabschiedet. Darin wird die Einrichtung

## Übersichten und Termine

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

eines "European Systemic Risk Board (ESRB)" ohne Rechtspersönlichkeit vereinbart. Der ESRB kann Risikowarnungen aussprechen, Empfehlungen zur Beseitigung der Risiken geben und deren Umsetzung überwachen. Den Vorsitz soll der Präsident der Europäischen Zentralbank oder alternativ ein Gouverneur, der von den Mitgliedern des ESRB gewählt wird, innehaben. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten befürwortete die erste Variante. Darüber hinaus haben die Minister vereinbart, ein „European System of Financial Supervisors (ESFS)“, ein „Europäisches System der Finanzaufseher“ einzurichten. Die drei auf EU-Ebene bestehenden Aufsichtsausschüsse (CEBS, CEIOPS und CESR) sollen umgewandelt werden in Europäische Aufsichtsbehörden ("European Supervisory Authorities", ESAs) mit Rechtspersönlichkeit.

Drei Punkte blieben im ECOFIN-Rat weiter ohne Einvernehmen: Erstens die Frage, ob es im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Aufsehern zu einer bindenden Entscheidung durch die EU-Aufsichtsbehörde kommen soll. Zweitens die Frage, ob den EU-Aufsichtsbehörden direkte Aufsichtsverantwortung für spezielle Einheiten mit paneuropäischer Reichweite, z. B. Ratingagenturen und Clearing Houses (Zentrale Gegenpartei), eingeräumt werden soll. Drittens die Frage, ob die Kommission untersuchen soll, ob den EU-Aufsichtsbehörden die Möglichkeit gegeben werden sollte, in Krisensituationen spezielle Notmaßnahmen zu treffen, z. B. ein Verbot für Leerverkäufe. Zwar war jeweils die große Mehrheit der Mitgliedstaaten dafür, andere Mitgliedstaaten sprachen sich jedoch jeweils mit Verweis auf die nationale Budgethöheit dagegen aus. Die Kommission wurde aufgefordert, bei der Vorlage der Rechtstexte beziehungsweise bei ihrer Untersuchung darauf zu achten, dass nicht in die Budgethöheit der Mitgliedstaaten eingegriffen wird.

### b) Durchführung des Europäischen Konjunkturprogramms

Der Europäische Rat ersuchte im März 2009 die Kommission und den Rat, die im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms (European Economic Recovery Plan - EERP) ergriffenen Maßnahmen auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene zu bewerten und zu beobachten und im Juni 2009 Bericht zu erstatten. Der Bericht wurde vom ECOFIN-Rat angenommen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass sich der gesamte öffentliche Beitrag zur Bekämpfung der Krise (diskretionäre Maßnahmen und automatische Stabilisatoren) auf rund 5 % des EU-BIP in den Jahren 2009 und 2010 beläuft. Allein die diskretionären Maßnahmen sollen sich für 2009 und 2010 auf insgesamt 1,8 % des EU-BIP belaufen, sodass die Mitgliedstaaten voll dem EERP entsprochen haben. Darin hatten sich die Mitgliedstaaten für einen Impuls in Höhe von rund 1,5 % des EU-BIP, davon 0,3 % auf Gemeinschaftsebene und 1,2 % auf nationaler Ebene, ausgesprochen. Ein weiterer budgetärer Stimulus sei nicht notwendig. Gleichzeitig wird an die Notwendigkeit zur Rückkehr zu tragfähigen öffentlichen Finanzen („Exit-Strategie“) erinnert.

### c) Bankenunterstützungsregelungen

Am 19./20. März 2009 beauftragte der Europäische Rat die EU-Finanzminister, über die Lage auf den Finanzmärkten Bericht zu erstatten. Für das Juni-Treffen des Europäischen Rates wurde dazu von einer Expertengruppe des Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA) Folgendes überprüft: Nationale Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors, deren Nutzung, ihre Wirksamkeit bei der Stärkung der Stabilität des Finanzsystems sowie die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und die Kreditvergabe an die Wirtschaft. Die EZB kündigte an, den Wunsch einiger Mitgliedstaaten nach Änderungen der Garantiebepreisung zu prüfen und die entsprechenden Empfehlungen gegebenenfalls zu ändern. Der vorliegende

## Übersichten und Termine

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Bericht wurde vom ECOFIN-Rat einvernehmlich angenommen und der WFA gebeten, sich weiter mit dem Thema zu befassen.

#### **d) Internationale finanzielle Aspekte der Bekämpfung des Klimawandels**

Im März 2009 bestätigte der Europäische Rat, dass die Europäische Union eine führende Rolle übernehmen werde, um im Dezember 2009 in Kopenhagen ein globales und umfassendes Klimaschutzübereinkommen zu vereinbaren. Vor diesem Hintergrund wurde der ECOFIN-Rat beauftragt, für den Europäischen Rat im Juni die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen aufzuarbeiten. Grundsätzlich soll der individuelle Beitrag zur Klimaschutzfinanzierung auf Basis der Kriterien „Leistungsfähigkeit“ und „Verantwortung“ erfolgen. In der kontroversen Diskussion im ECOFIN-Rat stand die Frage der Verteilung der finanziellen Lasten innerhalb der EU im Vordergrund. Nach zähen Verhandlungen konnten sich die Finanzminister auf einen Text verständigen. Dieser fordert zwar die Kriterien „Leistungsfähigkeit“ und „Verantwortung“ für eine internationale Lastenteilung, in einer Fußnote ist jedoch festgehalten, dass dies die EU-interne Lastenteilung nicht präjudiziert.

## Steuern

Ursprünglich betraf das Dossier „Good Governance“ Steuerklauseln in Doppelbesteuerungsabkommen der EU, um bei Partnerschaftsabkommen mehr Transparenz, Informationsaustausch und fairen Steuerwettbewerb zu realisieren. Die am 29. April 2009 vorgelegte Mitteilung wurde von Kommissar László Kovács beim ECOFIN-Rat am 5. Mai 2009 vorgestellt. Er wies auf die Notwendigkeit einer schnellen Verabschiedung der Richtlinien-Vorschläge zur Überarbeitung der Zins- und Amtshilfe-Richtlinien sowie auf die Fortführung der Arbeiten der hochrangigen Gruppe Verhaltenskodex hin. In den vom ECOFIN-Rat nun verabschiedeten Schlussfolgerungen begrüßt der Rat die Absicht der Kommission, die Arbeiten in diesen Bereichen zu beschleunigen. Hinsichtlich der Revision der Zinsrichtlinie wurden gemeinsame Ziele festgelegt, z. B. soll der sachliche Anwendungsbereich ausgedehnt werden. In der Amtshilfe- und Beitreibungsrichtlinie soll der OECD-Standard zum steuerlichen Informationsaustausch verankert werden.

 Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

23. Juni 2009	Internationale Konferenz zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung in Berlin
6./7. Juli 2009	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010

12. bis 14. Mai 2009	Steuerschätzung
bis 12. Juni 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
22. Juni 2009	Zuleitung an Kabinett
24. Juni 2009	Kabinettsbeschluss
8. Juli 2009	Finanzplanungsrat
7. August 2009	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

### Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juli 2009	Juni 2009	20. Juli 2009
August 2009	Juli 2009	20. August 2009
September 2009	August 2009	21. September 2009
Oktober 2009	September 2009	22. Oktober 2009
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009

## ► Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Publikationen des BMF

**Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:**

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

**Zentraler Bestellservice:**

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup>

Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

**Internet:**

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

<http://www.bmf.bund.de>

Analysen und Berichte

## Analysen und Berichte

Modernisierung der Vermögensrechnung des Bundes .....	39
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2008.....	43
Handlungsfähigkeit und Nachhaltigkeit: Gestaltende Finanzpolitik in Krisenzeiten.....	48
Bundespolitik und Kommunalfinanzen.....	55
Mittelstand in Deutschland .....	71
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen .....	79

## Analysen und Berichte

MODERNISIERUNG DER VERMÖGENSRECHNUNG DES BUNDES

# Modernisierung der Vermögensrechnung des Bundes

## Erweiterung der Vermögensrechnung des Bundes um Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen

1	Ausgangslage und Zielsetzung .....	39
2	Aufnahme der Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen des Bundes in die Vermögensrechnung 2008 .....	39
2.1	Versorgungsverpflichtungen des Bundes - Berechnungsmodell und Ergebnisse .....	40
2.2	Beihilfeverpflichtungen des Bundes - Berechnungsmodell und Ergebnisse .....	41
3	Ausblick .....	42

- Die Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen des Bundes stellen eine wesentliche Einflussgröße bei der Bewertung der Schuldensituation des Bundes dar.
- Die Verpflichtungen wurden erstmals im Jahr 2008 berechnet und werden zukünftig jährlich in der Vermögensrechnung des Bundes ausgewiesen.
- Um die Vermögens- und Schuldensituation des Bundes in der Vermögensrechnung darzustellen, sind weitere Überarbeitungen der Vermögensrechnung notwendig.

## 1 Ausgangslage und Zielsetzung

Auf der Grundlage von Art. 114 Abs. 1 Grundgesetz (GG) und § 114 Abs. 1 Bundeshaushaltssordnung (BHO) wird jährlich zum Stichtag 31. Dezember die Vermögensrechnung des Bundes erstellt und zusammen mit der Haushaltsrechnung des Bundes dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in Form der Jahresrechnung des Bundes zur Entlastung der Bundesregierung zugeleitet. Die Jahresrechnungen des Bundes sind öffentlich zugänglich u. a. auf den Internetseiten des Bundesministeriums der Finanzen (BMF).

Der noch heute gültige „Entwurf der Buchführungs- und Rechnungslegungsordnung für das Vermögen des Bundes“ (VBRO) vom 16. März 1953 regelt die Bewertung des Vermögens und der Schulden des Bundes. Ferner wurden darin

Festlegungen zur Buchführung sowie Rechnungslegung über das Vermögen und die Schulden des Bundes getroffen.

Die VBRO enthält keine Regelungen zu Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen des Bundes, die jedoch bei der Betrachtung der Verschuldung des Bundes zu berücksichtigen sind (s. a. Monatsbericht des BMF - Oktober 2008). Das BMF hat im Jahr 2008 entsprechende Maßnahmen ergriffen, um diese Lücke in der Vermögensrechnung zu füllen.

## 2 Aufnahme der Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen des Bundes in die Vermögensrechnung 2008

Das BMF hat im Jahr 2008 gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt ein Modell erarbeitet, um die Versorgungsverpflichtungen des Bundes zu ermitteln. Das Statistische

## Analysen und Berichte

### MODERNISIERUNG DER VERMÖGENSRECHNUNG DES BUNDES

Bundesamt hat die Berechnung erstmals auf Basis des Stichtages 31.12.2003 durchgeführt. Mit dem Statistischen Bundesamt konnte zwischenzeitlich ein Verfahren vereinbart werden, bei dem dieses jährlich die Versorgungsverpflichtungen des Bundes ermittelt und der Berechnungsstichtag sich zukünftig dem jeweiligen Stichtag der Vermögensrechnung des Bundes angleichen wird.

Um auch die Beihilfeverpflichtungen des Bundes in der Vermögensrechnung ausweisen zu können, hat das BMF im Sommer vergangenen Jahres ein gemeinsames Forschungsprojekt mit der Firma Prognos zur Erarbeitung eines Berechnungsmodells durchgeführt. Gegenstand des Vorhabens war darüber hinaus die exemplarische Berechnung der Beihilfeverpflichtungen zum Stichtag 31.12.2007. Zukünftig wird das BMF diese Berechnung durchführen. Es ist geplant, in der Vermögensrechnung 2009 die Beihilfeverpflichtungen zum Stichtag 31.12.2009 auszuweisen.

Die nachfolgend näher erläuterten Ergebnisse der Berechnungen sind Bestandteil der Vermögensrechnung 2008, die Anfang April 2009 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorgelegt wurde.

#### 2.1 Versorgungsverpflichtungen des Bundes - Berechnungsmodell und Ergebnisse

Zum Stichtag (hier: 31.12.2003) wurde eine versicherungsmathematische Bewertung durchgeführt. Die Annahmen zur zukünftigen Lohnentwicklung wurden den jeweiligen Rentenversicherungsberichten der Bundesregierung entnommen. Die Annahmen zur Lebenserwartung entsprechen dem Versorgungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2003. Die Berechnungen wurden getrennt für Frauen und Männer durchgeführt und umfassen sowohl die Versorgungsverpflichtungen gegenüber den

aktiven Beamten<sup>1</sup> als auch gegenüber jenen im Ruhestand. Neueinstellungen nach dem Stichtag der Berechnung wurden nicht einbezogen. Bestehende besondere Altergrenzen (z. B. bei Soldaten) wurden berücksichtigt. Zur Anwendung kam der jeweils gültige Rechtsstand.

Die Versorgungsverpflichtungen wurden durch Summation und Abzinsung der ermittelten zukünftigen Versorgungsbezüge berechnet. Der angewandte Abzinsungsfaktor von 4,86 % entspricht der Rendite von Staatsschuldverschreibungen mit einer 15-jährigen Restlaufzeit zum Jahresende 2003. Entsprechend dem Rentenversorgungsbericht 2003 wurde ein Gehalts- und Pensionstrend von 2,8 % zugrunde gelegt.

Die Berechnung ergab folgende Versorgungsverpflichtungen zum 31.12.2003:

Versorgungsverpflichtungen des Bundes insgesamt: 303,77 Mrd. €

davon Beamte, Richter und Soldaten (Kernverwaltung) 114,37 Mrd. €

davon Beamte der Deutschen Bahn AG 70,69 Mrd. €

davon Beamte der Postnachfolgeunternehmen 118,71 Mrd. €

Der Personenkreis am 31.12.2003, auf dessen Basis die Berechnung durchgeführt wurde, ist der Tabelle 1 zu entnehmen.

---

<sup>1</sup> Gemeint sind Männer und Frauen; Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen, Soldaten und Soldatinnen, Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen.

## Analysen und Berichte

### MODERNISIERUNG DER VERMÖGENSRECHNUNG DES BUNDES

**Tabelle 1: Personenkreis am 31.12.2003**

	Beamte, Richter und Soldaten (Kernverwaltung)	Beamte der Deutschen Bahn AG	Beamte der Postnachfolgeunternehmen	Bund gesamt <sup>1</sup>
Aktive Beamtinnen/Beamte	194 000	56 000	160 000	410 000
Anteil an Versorgungsverpflichtungen	43,1 %	20,5 %	26,5 %	31,4 %
Versorgungsempfängerinnen/ Versorgungsempfänger <sup>2</sup>	157 000	224 000	268 000	650 000
Anteil an Versorgungsverpflichtungen	56,9 %	79,5 %	73,5 %	68,6 %

<sup>1</sup> Abweichungen in der Summenbildung auf Grund von Rundungen.

<sup>2</sup> Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger umfassen die Beamtinnen/Beamten im Ruhestand sowie die Hinterbliebenen (Witwen/Witwer).

Betrachtet man die Anwartschaften nach Anteilen der aktiven Beamten und der Versorgungsempfänger, so zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Beamten, Richtern, Soldaten des Bundes sowie den Beamten der Postnachfolgeunternehmen und der Deutschen Bahn AG. Während im ersten Fall die Anteile annähernd gleich verteilt sind, ist bei den Bahn- und Postbeamten, bedingt durch die abnehmenden Aktivenbestände, der Anteil der Anwartschaften der Versorgungsempfänger an den gesamten Anwartschaften mit rund 80 % beziehungsweise 74 % deutlich höher.

Die ungleichmäßige Verteilung der Verpflichtungen auf Aktive und Versorgungsempfänger wird durch die stärkere Abzinsung der Versorgungsansprüche der aktiven Beamten - die Auszahlung ihrer Versorgungsbezüge liegt weiter in der Zukunft - verstärkt.

## 2.2 Beihilfeverpflichtungen des Bundes - Berechnungsmodell und Ergebnisse

Zur Ermittlung der Beihilfeverpflichtungen des Bundes wurde ebenfalls eine versicherungsmathematische Bewertung (hier: zum Stichtag 31.12.2007) durchgeführt. Die Ermittlung der Lebenserwartung der Beamten entspricht dem Versorgungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2003. Die Berechnungen wurden ebenfalls getrennt für Frauen und Männer vorgenommen.

Neueinstellungen nach dem Stichtag der Berechnung wurden nicht einbezogen. Beihilfeberechtigte Ehegatten sowie Witwen/Witwer wurden berücksichtigt. Zur Anwendung kam der jeweils gültige Rechtsstand.

Bei der Berechnung der Beihilfeverpflichtungen ist zu beachten, dass laufende Beihilfezahlungen an aktive Beamte nicht berücksichtigt werden, da es sich hierbei um laufende Personalkosten handelt.

Die Beihilfeverpflichtungen werden durch Summation und Abzinsung der zukünftigen Beihilfezahlungen an den zum Stichtag vorhandenen Bestand an Versorgungsempfängern sowie aktiver Beamter ab dem Zeitpunkt ihres Eintritts in den Ruhestand ermittelt. Der zugrunde gelegte Abzinsungsfaktor entspricht der Systematik des Abzinsungsfaktors für die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen, d. h. er basiert auf der Rendite von Staatsschuldverschreibungen mit einer 15-jährigen Restlaufzeit zum Berechnungsstichtag. Zum Jahresende 2007 betrug diese Rendite 4,65 %. Für die jährliche Steigerung der Gesundheitskosten wurde, entsprechend dem Finanzbericht des Bundes 2009 sowie dem Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung, eine Quote von 3 % zugrunde gelegt.

Die Berechnung ergab folgende Beihilfeverpflichtungen zum 31.12.2007:

## Analysen und Berichte

### MODERNISIERUNG DER VERMÖGENSRECHNUNG DES BUNDES

Beihilfeverpflichtungen des Bundes insgesamt:  
89,76 Mrd. €

davon Beamte, Richter und Soldaten  
(Kernverwaltung) 30,92 Mrd. €

davon Beamte der Deutschen Bahn AG  
21,07 Mrd. €

davon Beamte der Postnachfolgeunternehmen  
37,77 Mrd. €

Der Personenkreis am 31.12.2007, auf dessen Basis die Berechnung durchgeführt wurde, ist der Tabelle 2 zu entnehmen.

Betrachtet man die Beihilfeverpflichtungen nach Anteilen der aktiven Beamten und der Versorgungsempfänger, so zeigt sich genau wie bei den Versorgungsverpflichtungen ein deutlicher Unterschied zwischen den Beamten, Richtern, Soldaten des Bundes sowie den Beamten der Postnachfolgeunternehmen und der Deutschen Bahn AG. Während im ersten Fall die Anteile annähernd gleich verteilt sind, ist bei den Bahn- und Postbeamten, bedingt durch die abnehmenden Aktivenbestände, der Anteil der Verpflichtungen der gegenwärtigen Versorgungsempfänger an den gesamten

Verpflichtungen mit rund 78 % beziehungsweise rund 66 % deutlich höher.

## 3 Ausblick

Durch die Aufnahme von Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen des Bundes in die Vermögensrechnung konnte ein wesentlicher Beitrag geleistet werden, die Transparenz bei den Verpflichtungen des Bundes zu erhöhen.

Zur Einschätzung der tatsächlichen Vermögens- und Schuldensituation des Bundes auf Basis der Vermögensrechnung sind jedoch weitere Schritte des BMF unabdingbar. Das BMF beabsichtigt daher, die Vermögensrechnung des Bundes in den kommenden Jahren umfangreich zu überarbeiten, um ein genaueres Bild der tatsächlichen Vermögenslage des Bundes darlegen zu können. Ziel ist es, die Vermögensrechnung zu einem informationshaltigen Steuerungsinstrument für finanz- und haushaltspolitische Entscheidungen der Bundesregierung und des Parlaments auszubauen.

Tabelle 2: Personenkreis am 31.12.2007

	Beamte, Richter und Soldaten (Kernverwaltung)	Beamte der Deutschen Bahn AG	Beamte der Postnachfolgeunternehmen	Bund gesamt <sup>1</sup>
Aktive Beamtinnen/Beamte	192 000	51 000	145 000	389 000
Anteil an Beihilfeverpflichtungen	50,1 %	21,9 %	34,5 %	36,9 %
Versorgungsempfängerinnen/ Versorgungsempfänger <sup>2</sup>	166 000	202 000	268 000	637 000
Anteil an Beihilfeverpflichtungen	49,9 %	78,1 %	65,5 %	63,1 %

<sup>1</sup> Abweichungen in der Summenbildung auf Grund von Rundungen.

<sup>2</sup> Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger umfassen die Beamtinnen/Beamten im Ruhestand sowie die Hinterbliebenen (Witwen/Witwer).

## Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2008

# Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2008

## Auswertung der Ländermeldungen zu den verwalteten Besitz-, Verkehr- und Gewerbesteuern

1	Betriebsprüfung.....	43
2	Anzahl der Betriebe und geprüften Betriebe.....	44
3	Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte .....	44
4	Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Außenprüfung.....	45

- Die Außenprüfungen führten zu einem Mehrergebnis von 17,8 Mrd. €.
- Im Jahr 2008 waren 13 337 Prüfer im Einsatz. Im Durchschnitt wurden je Prüfer 1,3 Mio. € Mehrergebnis erzielt.
- Von den 8 390 722 in der Betriebskartei der Finanzämter erfassten Betrieben wurden 210 636 Betriebe geprüft; das entspricht 2,5 %.

## 1 Betriebsprüfung

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Statistik umfasst ausschließlich die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern und die Gewerbesteuer. Nicht berücksichtigt werden somit die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern außer der Gewerbesteuer.

Die Betriebsprüfung (Außenprüfung) ist ein wichtiges Instrument der Finanzverwaltung zur Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und zur Durchsetzung des Besteuerungsanspruchs des Staates. Rechtsgrundlage hierfür ist § 193 der Abgabenordnung (AO), wonach Außenprüfungen bei Steuerpflichtigen zulässig sind, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten oder die freiberuflich tätig sind

(§ 193 Abs. 1 AO). Bei den übrigen Steuerpflichtigen sind Außenprüfungen insbesondere dann zulässig, wenn für die Besteuerung erhebliche Verhältnisse der Aufklärung bedürfen und eine Prüfung im Finanzamt nach Art und Umfang des zu prüfenden Sachverhalts nicht zweckmäßig ist (§ 193 Abs. 2 Nr. 2 AO).

Für Zwecke der Betriebsprüfung werden die Steuerpflichtigen in die Größenklassen

- Großbetriebe (G),
- Mittelbetriebe (M),
- Kleinbetriebe (K) und
- Kleinstbetriebe (Kst)

eingeteilt (§ 3 Betriebsprüfungsordnung - BpO), wobei die Zuordnung zu den Größenklassen vom Umsatz und Gewinn der Steuerpflichtigen abhängig gemacht wird. Die im Jahr 2008 geltenden Abgrenzungsmerkmale für die Größenklassen sind aus der Tabelle 5 ersichtlich. Die Einordnung in eine Größenklasse hat für den

## Analysen und Berichte

### ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2008

einzelnen Betrieb Auswirkungen auf die Häufigkeit der Außenprüfungen.

## 2 Anzahl der Betriebe und geprüften Betriebe

Im Jahr 2008 waren in der Betriebskartei der Finanzämter 8 390 722 Betriebe erfasst, von denen 210 636 Betriebe geprüft wurden (2,5 %). Weiterhin waren 26 297 sonstige Fälle (Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG), Bauherengemeinschaften (BHG) und Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften (bE)) erfasst, von denen 3 386 Fälle geprüft wurden (vgl. Tabelle 1).

## 3 Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte

Während bei Großbetrieben der jeweilige Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungszeitraum anschließen soll

(§ 4 Abs. 2 BpO), um eine durchgehende Prüfung sämtlicher Veranlagungszeiträume zu erreichen, wird für die übrigen Betriebe lediglich gefordert, dass ein Prüfungszeitraum nicht mehr als drei zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfasst (§ 4 Abs. 3 BpO). In der Praxis der Außenprüfung spiegeln sich diese Anforderungen im Prüfungsturnus wider, also dem Zeitraum, der durchschnittlich vergeht, bis ein Betrieb wieder einer Außenprüfung unterliegt. Der Prüfungsturnus differiert sehr stark für die einzelnen Größenklassen. Rechnerisch wird ein Großbetrieb alle 4,26 Jahre geprüft, ein Kleinstbetrieb hingegen alle 90,78 Jahre. Im Durchschnitt aller Größenklassen liegen 39,84 Jahre zwischen den Außenprüfungen (vgl. Tabelle 2).

In Großbetrieben mit im Jahr 2008 abgeschlossener Außenprüfung wurden durchschnittlich 3,5 Veranlagungsjahre geprüft, in Kleinstbetrieben lag die Zahl bei 2,9 Veranlagungsjahren (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 1: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen im Berichtszeitraum 1.1.2008 - 31.12.2008**

Größenklasse	gesamt		darunter geprüft	
	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	
Großbetriebe (G)	170 060	39 885	23,5	
Mittelbetriebe (M)	758 051	56 999	7,5	
Kleinbetriebe (K)	1 141 146	44 114	3,9	
Kleinstbetriebe (Kst)	6 321 465	69 638	1,1	
<b>Summe</b>	<b>8 390 722</b>	<b>210 636</b>	<b>2,5</b>	
bE	10 685	1 770	16,6	
BHG + VZG	15 612	1 616	10,4	

**Tabelle 2: Prüfungsturnus im Berichtszeitraum 1.1.2008 - 31.12.2008**

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)	Gesamt (G-Kst)
Prüfungsturnus in Jahren	4,26	13,30	25,87	90,78	39,84

## Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2008

**Tabelle 3: Prüfungszeitraum im Berichtszeitraum 1.1.2008 - 31.12.2008**

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)
Prüfungszeitraum in Jahren	3,5	3,0	2,9	2,9

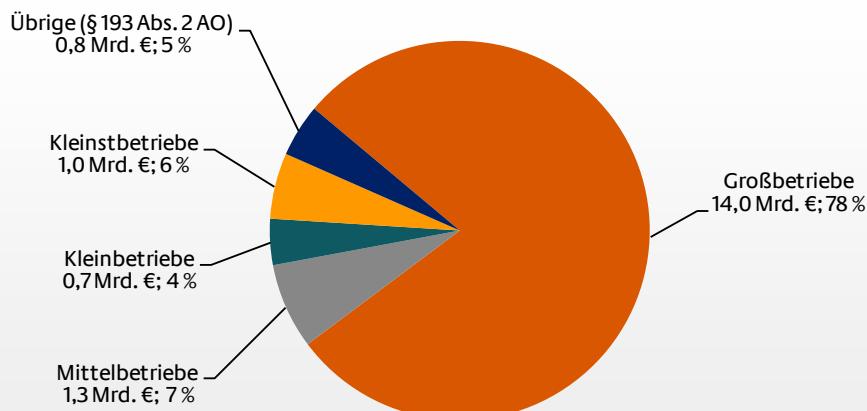
**Tabelle 4: Prüfungsdichte im Berichtszeitraum 1.1.2008 - 31.12.2008**

Größenklasse	geprüft	nicht geprüft
	in Prozent	
Großbetriebe (G)	81,7	18,3
Mittelbetriebe (M)	22,9	77,1
Kleinbetriebe (K)	11,4	88,6
Kleinstbetriebe (Kst)	3,2	96,8

Durch Kombination beider Größen lässt sich die Prüfungsdichte, also die Wahrscheinlichkeit, dass ein Veranlagungsjahr geprüft wird, ermitteln. Während bei Großbetrieben circa 82 % der Veranlagungsjahre geprüft werden, sind es bei Kleinstbetrieben lediglich circa 3 % (vgl. Tabelle 4).

## 4 Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Außenprüfung

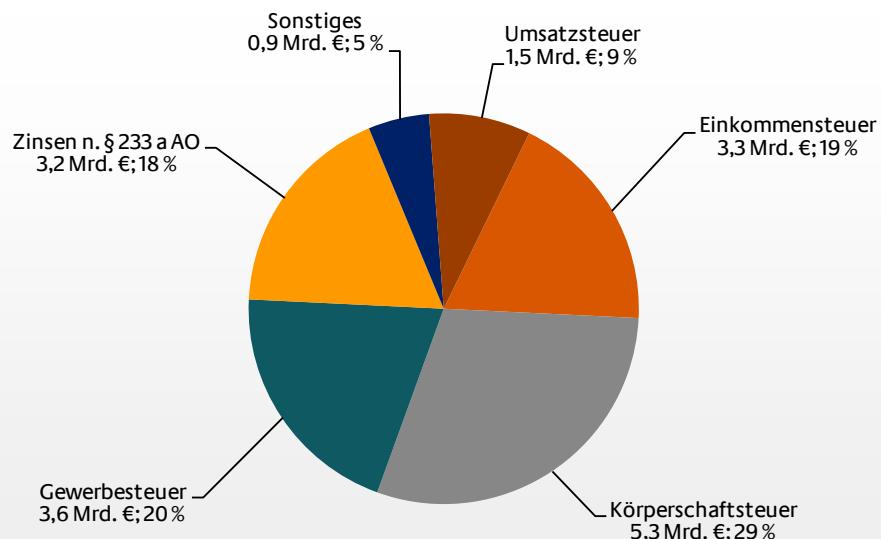
Im Jahr 2008 waren in den Betriebsprüfungen der Länder bundesweit 13 337 Außenprüfer im Einsatz. Sie erzielten ein Mehrergebnis von 17,8 Mrd. €, dies sind durchschnittlich 1,3 Mio. € je Prüfer. Die Prüfung der Großbetriebe ergab ein Mehrergebnis von 14,0 Mrd. €, dies sind im Durchschnitt circa 350 400 € je geprüftem Betrieb. Die Prüfung der Kleinstbetriebe erbrachte ein

**Abbildung 1: Mehrergebnis nach Größenklassen im Berichtszeitraum 1.1.2008 - 31.12.2008**

## Analysen und Berichte

### ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2008

Abbildung 2: Mehrergebnis nach Steuerarten im Berichtszeitraum 1.1.2008 - 31.12.2008



Mehrergebnis von 1,0 Mrd. € insgesamt  
beziehungsweise circa 14 600 € je geprüftem  
Betrieb (vgl. Abbildung 1).

Bei der Aufschlüsselung des Mehrergebnisses nach Steuerarten (vgl. Abbildung 2) tritt die Körperschaftsteuer mit 5,3 Mrd. € deutlich hervor. Einen erheblichen Anteil am Mehrergebnis haben auch die Zinsen nach § 233a AO mit 3,2 Mrd. €. Die Verzinsung nach § 233a AO (Vollverzinsung) schafft einen Ausgleich dafür, dass die Steuern trotz des gleichen gesetzlichen Entstehungszeitpunkts zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgesetzt und erhoben werden. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist, und endet mit Ablauf des Tages, an dem die Steuerfestsetzung wirksam wird.

 Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2008

**Tabelle 5: Einheitliche Abgrenzungsmerkmale für den 19. Prüfungsturnus (1.1.2007)**

<b>Betriebsart<sup>1</sup></b>	<b>Betriebsmerkmale in €</b>	<b>Großbetriebe (G)</b>	<b>Mittelbetriebe (M)</b>	<b>Kleinbetriebe (K)</b>
Handelsbetriebe (H)	Umsatzerlöse	6 500 000	800 000	155 000
	oder steuerlicher Gewinn über	250 000	50 000	32 000
Fertigungsbetriebe (F)	Umsatzerlöse	3 700 000	450 000	155 000
	oder steuerlicher Gewinn über	220 000	50 000	32 000
Freie Berufe (FB)	Umsatzerlöse	3 900 000	735 000	155 000
	oder steuerlicher Gewinn über	500 000	115 000	32 000
Andere Leistungsbetriebe (AL)	Umsatzerlöse	4 900 000	660 000	155 000
	oder steuerlicher Gewinn über	280 000	55 000	32 000
Kreditinstitute (K)	Aktivvermögen	121 000 000	31 000 000	9 500 000
	oder steuerlicher Gewinn über	500 000	170 000	40 000
Versicherungsunternehmen, Pensionskassen (V)	Jahresprämieneinnahmen über	26 500 000	4 300 000	1 600 000
Unterstützungskassen (U)				alle
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (LuF)	Wirtschaftswert der selbst-bewirtschafteten Fläche	185 000	90 000	40 000
	oder steuerlicher Gewinn über	105 000	55 000	32 000
<b>sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst)</b>	<b>Erfassungsmerkmale</b>	<b>Erfassung in der Betriebskartei als Großbetrieb</b>		
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherengemeinschaften (BHG)	Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte i.S.d. Nrn. 1.2 und 1.3 des BMF-Schreibens vom 13.07.1992, IV A 5 - S 0361-19/92 (BStBl I S. 404)			alle
bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften	Summe der Einnahmen	über 6 000 000		
und Fälle mit bedeutenden Einkünften (bE)	Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 Absatz 1 Nrn. 4-7 EstG (keine Saldierung mit negativen Einkünften)	über 500 000		

<sup>1</sup> Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind nur dort zu erfassen.

Quelle: Anlage zum BMF-Schreiben vom 21.9.2006 – IV A 7 – S 1450 – 29/06.

# Handlungsfähigkeit und Nachhaltigkeit: Gestaltende Finanzpolitik in Krisenzeiten

Fachkonferenz anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen am 27. März 2009

1	Einleitung.....	48
2	Begrüßung: Prof. Dr. Clemens Fuest.....	48
3	Bundesfinanzminister Peer Steinbrück .....	49
4	Schwedischer Finanzministers Anders Borg.....	50
5	Prof. Dr. Rolf Pfefferkorn.....	51
6	Dr. Thilo Sarrazin .....	53
7	Fazit.....	53

- Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen feierte am 27. März 2009 sein 60-jähriges Jubiläum im Rahmen einer Fachkonferenz, zu der Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft eingeladen waren.
- Thematisch wurden die Reden von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise bestimmt. Die Redner hoben übergreifend die Notwendigkeit hervor möglichst rasch eine tragfähige Haushalts- und Finanzlage wieder zu erreichen und begrüßten die Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln.
- Deutlich wurde auch, dass ausgeglichene Haushalte erst mit großen Anstrengungen zu realisieren sein werden.

## 1 Einleitung

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen feiert in diesem Jahr sein 60-jähriges Jubiläum. Seine Gründung geht auf den 8. Februar 1949 zurück, als der Finanzbeirat erstmals im Beisein des damaligen Direktors der Verwaltung für Finanzen, Alfred Hartmann, tagte.

Der Beirat berät das Bundesministerium der Finanzen in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen. Mitglieder des Beirats sind 29 Professorinnen und Professoren der Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und der Rechtswissenschaft, die sich ehrenamtlich engagieren. Sie wählen selbst ihre Mitglieder hinzu und bestimmen ihre

Themen und Positionen selbständig und unabhängig. Die fachliche und politische Beratung findet in Gutachten, Stellungnahmen und gelegentlich in Briefen an den Bundesfinanzminister ihren Niederschlag.

## 2 Begrüßung: Prof. Dr. Clemens Fuest<sup>1</sup>

In seinem Grußwort spannte Prof. Dr. Clemens Fuest den Bogen von der Gründung des Beirats bis hin zur aktuellen Jubiläumsfeier. Der Wissenschaftliche Beirat habe stets aktuelle

<sup>1</sup> Prof. Dr. Clemens Fuest ist der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats und lehrt an der Universität von Oxford, UK.

## Analysen und Berichte

### HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT: GESTALTENDE FINANZPOLITIK IN KRISENZEITEN

finanz- und wirtschaftspolitische Themen zum Gegenstand seiner Beratungen gemacht.

Die gegenwärtige Lage sei durch die Finanzkrise gezeichnet und verlange von der Politik einen Beitrag zur ihrer Bewältigung. Dabei stehe kurzfristig die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten im Mittelpunkt; auch das Vertrauen in die Finanzmärkte müsse wieder gestärkt werden. Langfristig sei jedoch der Blick wieder auf die Haushaltssanierung zu lenken, da die Staatsverschuldung die Handlungsfähigkeit des Staates untergrabe. Deutschland gehe aus einer Position der Solidität in die Krise. Es sei daher auch zu begrüßen, dass als Ergebnis der Föderalismuskommission II der Beschluss gefasst wurde, die Schuldenschanke im Grundgesetz zu verankern, die die Möglichkeiten der Neuverschuldung öffentlicher Haushalte stark einschränken werde.

### 3 Bundesfinanzminister Peer Steinbrück

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück dankte dem Wissenschaftlichen Beirat für seine Tätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten, in denen sich dieser zu einer großen Bandbreite finanzpolitischer Themenstellungen geäußert habe: Aufgegriffen wurden u. a. Fragen der Steuerpolitik, der Haushaltspolitik, des Finanzföderalismus in Deutschland wie auch europapolitische und europarechtliche Fragestellungen. Ungeachtet des großen aktuellen Bezugs vieler Themen habe der Beirat nie die langfristige Grundausrichtung der Finanzpolitik aus den Augen verloren und durch seine Arbeit die Politik mit beeinflusst – nicht zuletzt durch das Aufzeigen von Alternativen.

Minister Steinbrück führte weiter aus, dass die derzeitige Finanzmarktkrise von historischem Format sei und man es gleichzeitig mit einer weltweiten Erschütterung der Finanzmarktarchitektur, einer weltweiten Rezession und zusätzlich mit einer

Branchenkrise in der Automobilindustrie zu tun habe. Für eine derartige, so noch nie da gewesene Situation gebe es deshalb auch keine Handlungsanweisung für die Politik.

Angesichts der Schwere und Tiefe der aktuellen Krise habe das Ziel, die Nettoeuverschuldung des Bundes bis 2011 auf Null zu bringen, aufgegeben werden müssen, auch und vor allem, um die Konjunktur im Rahmen einer antizyklischen Wirtschaftspolitik mit zusätzlichen Ausgaben stimulieren zu können. Die dadurch temporär deutlich gestiegene Verschuldung führe zu einer enormen Beanspruchung der Kapitalmärkte. Allein das Konjunkturprogramm der USA belaufe sich auf rund 800 Mrd. US-Dollar, was bei einer sehr geringen Sparquote in den USA zu einer enormen Absorption von internationalem Kapital führen werde. Bereits vor der Krise seien zwei Drittel der weltweiten Sparleistung zur Abdeckung der amerikanischen Defizite nötig gewesen.

Die deutschen Wirtschaftswissenschaften seien in den vergangenen zehn bis 15 Jahren in ihren ordnungspolitischen Vorstellungen stark an den angloamerikanischen Denkrichtungen orientiert gewesen. Das Credo sei die Zurückhaltung des Staats gewesen, die Märkte würden sich selbst regulieren. Gleichzeitig hätten wichtige Notenbanken über eine Politik des billigen Geldes viel Liquidität in die Märkte gebracht, was in Verbindung mit weitgehenden Deregulierungen zu Übertreibungen geführt habe, die die Finanzmärkte an den Abgrund geführt hätten.

Vor diesem Hintergrund werde ein neues Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft benötigt, betonte Minister Steinbrück. Es gelte, die alte Erkenntnis der Sozialen Marktwirtschaft „Soviel Markt wie möglich und soviel Staat wie nötig“ neu zu beleben - nicht zuletzt, um ein Auseinanderdriften der Gesellschaft und Verteilungskämpfe um Arbeit und Vermögen zu verhindern. Die Legitimation der Sozialen Marktwirtschaft sei nicht so selbstverständlich, wie wir sie gemeinhin ansähen. Um einen

## Analysen und Berichte

### HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT: GESTALTENDE FINANZPOLITIK IN KRISENZEITEN

Rückzug aus dem Politischen oder in Parallelgesellschaften zu verhindern, müsse daher vordringlich das Vertrauen zwischen Marktteilnehmern und Bürgern wiederhergestellt und gestärkt werden.

Die aktuelle Krise zeichne die Verteilungswidersprüche noch deutlicher: Einerseits sei eine Bilanzbereinigung bei den Banken dringend nötig, wobei auch die Wissenschaft die Übernahme der Risiken durch den Staat empfehle und damit die privat erzielten Verluste sozialisiert würden. Gleichzeitig müssten stärkere Investitionen in Humankapital und Infrastruktur getätigt, der Nachholbedarf im Bildungsbereich ausgeglichen sowie Forschung und Entwicklung gefördert werden. Hinzu kämen Forderungen nach Steuersenkungen und nach Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Vor diesem Hintergrund ermutigte Minister Steinbrück die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats, hier politisch umsetzbare Antworten zu geben und dabei zu helfen, Widersprüche aufzuheben. Er wünsche sich auch weiterhin ein kooperatives und konstruktives Verhältnis und einen regen Gedankenaustausch zwischen dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Bundesfinanzministerium.

## 4 Schwedischer Finanzministers Anders Borg

Der schwedische Finanzminister Anders Borg zeichnete ein Bild der Wirtschafts- und Finanzkrise: Was als Finanzkrise auf dem amerikanischen Immobiliensektor begann, habe sich zu einer globalen Handelskrise ausgeweitet, unter der handels- und exportorientierte Länder litten, wie Deutschland und Schweden es seien.

Doch solle bei den öffentlichen Haushalten nicht nur eine kurzfristige Orientierung stattfinden, sondern auch die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen berücksichtigt werden.

Viele europäische Länder hätten jetzt schon ein Tragfähigkeitsproblem. Zusätzlich zur Krise belasteten alternde Gesellschaften und hohe Arbeitslosenquoten die öffentlichen Haushalte stark. In einem Überblick zeigte Borg, dass 16 der europäischen Länder bereits oberhalb der Verschuldungsgrenze des jährlichen Haushalts nach den Maastricht-Verträgen (nicht mehr als 3 % Nettoneuverschuldung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)) lägen. Im Jahr 2010 würden voraussichtlich 20 Länder des Euroraums dieses Defizit-Kriterium verletzen. Die Kreditrefinanzierungen zusammen mit der Nettoneuverschuldung erreichten in einigen Ländern eine Höhe von 20 % bis 25 % ihres BIP. Dies könne Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität haben.

In zwölf Ländern des Euroraums betrage der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte über 60 % des BIP, und der schwedische Finanzminister warnte, dass es umso schwieriger sei, einen nachhaltigen Weg einzuschlagen, je höher die Gesamtverschuldung sei.

Auch in einem Szenario unter sehr optimistischen Annahmen sei die Staatsverschuldung 2015 in vielen europäischen Ländern noch sehr hoch. Deshalb seien eine Restrukturierung der öffentlichen Finanzen und ein finanzpolitischer Handlungsrahmen dringend nötig.

In seiner Rede legte Borg Gewicht auf die institutionellen Voraussetzungen bei den Haushaltsverfahren. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt habe die europäische Kooperation gestärkt, jedoch seien die Regeln seiner Meinung nach nicht so stark bindend, als dass sie den Anstieg der Verschuldung in vielen Ländern wirklich hätten verhindern können.

Die Erfahrungen Schwedens aus der Bankenkrise in den 90er Jahren hätten zu einer gestärkten Position des Finanzministeriums gegenüber dem Parlament geführt. Seither sei das Haushaltsverfahren in Schweden

## Analysen und Berichte

### HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT: GESTALTENDE FINANZPOLITIK IN KRISENZEITEN

zweistufig: Bevor der Haushalt im Detail verhandelt werde, werde zuerst im Parlament eine nominale Ausgabenobergrenze für den Gesamthaushalt verabschiedet. Einzelne Ausgabenblöcke könnten nicht „herausgepickt“ werden. Dies spielle eine enorme Rolle in der öffentlichen Debatte: Eine nominale Ausgabenobergrenze habe Signalwirkung, sei leicht zu verstehen und zu vergleichen. Diese Änderung des Haushaltsverfahrens gehe auf den früheren Finanzminister Göran Persson zurück und habe sich in der Vergangenheit sehr gut bewährt.

Schweden habe in den 90er Jahren eine Haushaltsrestrukturierung in einer Größenordnung von circa 12,5% des BIP über einen Zeitraum von fünf Jahren vorgenommen, was besonders schmerzlich für diejenigen gewesen sei, die von staatlichen Sozialleistungen abhingen. Niemand in Schwedens Regierung habe einen solchen Prozess noch einmal wiederholen wollen.

Daher sei das politische Bekenntnis zu soliden öffentlichen Finanzen immens wichtig, und dazu gehöre, dem Finanzminister eine entsprechend starke Rolle zu geben. Schweden sei so in der Lage gewesen, seinen Staatshaushalt zu sanieren und gehe daher aus einer gestärkten Position in die Krise.

Der schwedische Finanzminister begrüßte die Einführung der Schuldenschränke in Deutschland besonders in diesen schwierigen Zeiten und betonte, er sehe dies als wichtiges Signal mit Wirkung auf die anderen Länder der EU.

Abschließend bemerkte Borg, dass man sich auf europäischer Ebene entschlossen habe, der Krise kurzfristig mit einer expansiven Fiskalpolitik entgegen zu treten. Doch die Frage, wie langfristig wieder konsolidiert werden könne, um für die nächste Krise handlungsfähig zu sein, dürfe dabei nicht aus den Augen verloren werden. Er trete daher für eine institutionelle Stärkung der nationalen Haushaltsverfahren ein.

## 5 Prof. Dr. Rolf Peffekoven<sup>2</sup>

Prof. Dr. Rolf Peffekoven ging in seiner Rede auf die wesentlichen Arbeiten des Wissenschaftlichen Beirats zum Thema der Verschuldung der öffentlichen Haushalte ein.

Der Wissenschaftliche Beirat habe das Thema Nachhaltigkeit explizit erstmals 2001 in seinem Gutachten zur „Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik“ aufgegriffen und seine Anforderungen und Vorstellungen von nachhaltiger Finanzpolitik skizziert. Es beziehe sich auf die öffentlichen Haushalte selbst, die von langfristigen Belastungen freizuhalten seien und Handlungsspielräume im Interesse von nachfolgenden Generationen erhalten sollen. Jetzt sei das Thema wieder aktuell, da die Rettungsschirme und Konjunkturpakete der Bundesregierung eine deutlich steigende Staatsverschuldung zur Folge hätten.

Erstmals 1975 habe sich der Wissenschaftliche Beirat mit dem Thema Staatsverschuldung beschäftigt. Die damalige Stellungnahme des Beirats prägte die Unterscheidung zwischen konjunkturell und strukturell bedingter Verschuldung. Erstere sei als unproblematisch angesehen worden, sie gleiche sich im Laufe der Zeit aus und werde den Schuldenstand nicht nachhaltig erhöhen. Dabei sei dem Wissenschaftlichen Beirat stets bewusst gewesen, dass Regierungen, die sich für Konjunkturprogramme entschieden, auch eine steigende Verschuldung in Kauf nehmen müssten.

In dem 2002 erarbeiteten ein Gutachten „Verstärkte Koordinierung der antizyklischen Finanzpolitik in Europa?“. Darin wurde festgestellt, dass bei einem Nachfrageausfall in mehreren Ländern gleichzeitig - also bei einem symmetrischen Nachfrageschock - eine international abgestimmte Fiscal Policy

---

<sup>2</sup> Prof. Dr. Rolf Peffekoven ist seit 1973 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat und lehrte bis zu seiner Emeritierung an der Universität Mainz.

## Analysen und Berichte

### HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT: GESTALTENDE FINANZPOLITIK IN KRISENZEITEN

geboten sein könne. Dieser Auffassung sei der Wissenschaftliche Beirat auch heute noch, wie sein Brief vom 4. Dezember 2008 an den Bundesminister der Finanzen „Fiskalischer Handlungsbedarf zur Konjunkturstärkung“ belege. Die Maßnahmen und Volumina der Konjunkturpakete sollten die Voraussetzungen für eine wirksame Politik erfüllen: Sie sollten schnell umsetzbar und befristet sein und dazu mehr Nachfrage und nicht nur Mitnahmeeffekte auslösen. Darüber hinaus sollten die Konjunkturmaßnahmen mit den Zielen der langfristigen Wachstumspolitik vereinbar sein und den Forderungen nach einer nachhaltigen Finanzpolitik genüge tun. Peffekoven betonte, dass der Wissenschaftliche Beirat immer das Fehlen eines Mechanismus kritisiert habe, damit bei einer verbesserten Konjunkturlage die Mehreinnahmen auch zur Tilgung der Schulden eingesetzt würden. Denn bisher würden im Konjunkturabschwung Kredite aufgenommen, jedoch die Verschuldung im Konjunkturaufschwung nicht entsprechend zurückgeführt. Um das strukturelle Defizit abzubauen, habe sich der Wissenschaftliche Beirat immer für eine Konsolidierungsstrategie über Ausgabenkürzungen - insbesondere im konsumtiven Bereich - ausgesprochen. Nur im Notfall sollten Steuern erhöht werden. Im Gutachten zu den „Perspektiven staatlicher Ausgabenpolitik“ (1993) seien konkrete Maßnahmen zum Abbau der strukturellen Verschuldung aufgezeigt worden.

Das Grundgesetz sah seit der Finanzreform von 1969 eine Begrenzung der Kreditaufnahme auf die Höhe der Ausgaben für öffentliche Investitionen vor. Deshalb habe der Beirat bereits 1980 ein Gutachten zum „Begriff der öffentlichen Investitionen“ vorgelegt. Die verschiedenen Investitionsbegriffe seien durch große Unterschiede geprägt gewesen, weshalb der Beirat zu der Schlussfolgerung gekommen sei, dass die Begrenzung eher als quantitativ unbestimmt anzusehen sei. Wenn es auch 1997 zu einer Eingrenzung des Investitionsbegriffs gekommen sei, sehe der Beirat jedoch mit der Einführung der Schuldenbremse erstmals die

Chance, die Staatsverschuldung wirkungsvoll zu begrenzen. Die Kreditaufnahme werde nicht mehr an die Investitionen, sondern an das Bruttoinlandsprodukt gebunden, was ein ökonomisch sinnvoller und klar definierter Begriff sei. Doch auch enge Definitionen hätten wenig Sinn, wenn weite Ausnahmeregelungen beständen.

Hierzu habe der Beirat 2005 in seinem Gutachten „Haushaltskrisen im Bundesstaat“ Stellung genommen und auf die Ausnahmetatbestände hingewiesen. Zudem gebe es keine wirksamen Sanktionen, so Peffekoven, wenn sich Gebietskörperschaften nicht an die vereinbarten Verschuldungsbegrenzungen hielten. Da Bund und Länder in ihrer Haushaltsführung voneinander unabhängig seien, werde die Durchsetzung von Schuldengrenzen in einem föderalen Staat immer schwierig sein.

Der Maastricht-Vertrag setzte die Höchstgrenze für die gesamtstaatliche Verschuldung auf 3 % in Relation zum BIP. Für einen föderalen Bundesstaat gelte es dann, diese Regelungen in einem Nationalen Stabilitätspakt zu verteilen. Auch hierzu habe der Wissenschaftliche Beirat schon 1994 in seinem Gutachten zur „Bedeutung der Maastricht-Kriterien für die Verschuldungsgrenzen von Bund und Ländern“ konkrete Vorschläge gemacht, wie die EU-Geldstrafen bei Verstößen auf die einzelnen Körperschaften des Bundesstaates aufzuteilen seien. Erst die Föderalismuskommission I habe 2006 Reformmaßnahmen vorgeschlagen, die die Vorstellungen des Wissenschaftlichen Beirats aufgegriffen hätten.

Die enormen wirtschaftspolitischen Probleme, vor denen Deutschland zweifellos stehe, hätten zu der Kritik geführt, dass die Gremien der Politikberatung für solche Situationen wie die aktuelle Krise keine geeigneten Handlungsanweisungen erarbeitet hätten.

Peffekoven zeigte in seinem Diskurs, dass der Wissenschaftliche Beirat in seiner 60-jährigen

## Analysen und Berichte

### HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT: GESTALTENDE FINANZPOLITIK IN KRISENZEITEN

Geschichte aktuelle Fragestellungen immer wieder schnell aufgegriffen und auf Basis wissenschaftlicher Analyse Lösungsvorschläge erarbeitet habe. Jedoch bestehe zwischen dem wissenschaftlichen Erkenntnissen und den politisch Durchsetzbaren häufig ein großes Spannungsfeld.

## 6 Dr. Thilo Sarrazin

Der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin legte in seiner Rede die Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen aus Sicht des Landes Berlin dar.

Die bereinigten Einnahmen entwickelten sich seit 1991 mit einem langfristigen Trend von durchschnittlich + 2,3 % pro Jahr (Steuereinnahmen + 3,1 % nominal). Seit 1976 sei der Trend einer fallenden Steuerquote beobachtbar, die 2009 bei 21,5 % liegen werde. Bei der Umsetzung der Schuldenbremse halte er daher eine politische Einigung über die Steuerquote für unabdingbar. Diese werde sicher nicht wesentlich unter dem Niveau der frühen 90er Jahre definiert werden können.

Bis 2020 könnten die Einnahmen des Berliner Haushalts mit einem Wachstum von durchschnittlich 1,3 % pro Jahr projiziert werden (zu diesem Zeitpunkt läuft der Solidarpakt aus). Diese Projektion berücksichtige ein 2,7 %iges Wachstum der Steuereinnahmen und ein Wirtschaftswachstum von real 1,0 % bis 1,1 %. Der Trend der Einnahmen setze damit die Richtschnur für die künftigen Ausgaben.

Die Ausgaben des Landes Berlin konnten seit 1995 mit einem fallenden Trend von nominal -0,4 % zurückgeführt werden. In Verbindung mit den steigenden konjunkturbereinigten Einnahmen von durchschnittlich + 2,3 % pro Jahr habe das dazu geführt, dass Berlin 2006 und 2007 kein Haushaltsdefizit mehr gehabt habe. 2008 sei dies sogar ohne den Verkauf von Vermögen und ohne Privatisierungen möglich gewesen. Die Ausgaben seien damit real seit 1995

durchschnittlich um 1,9 % gefallen und müssten nach den jetzigen Prognosen weiter um 0,7 % fallen.

Die Frage, welcher Teil der Verschuldung konjunktur- und welcher strukturbedingt sei, sei pragmatisch gelöst worden: Defizite, die unterhalb des langfristigen Einnahmentrends lagen, seien als konjunkturbedingt eingestuft worden, alle Ausgaben, die oberhalb des Einnahmentrends lagen, als strukturbedingt.

Angesichts der aktuellen Krise seien ausgeglichene Haushalte in Berlin in den kommenden Jahren nicht haltbar. Sollte es zu einem schnellen Aufschwung kommen, sei frühestens im Jahr 2013 mit einem Haushaltsausgleich zu rechnen, andernfalls bestimmten Defizite noch über einen längeren Zeitraum den Berliner Haushalt. Bei einem Einbruch der Wirtschaft um - 4,5 % sei mit einem Ausgleich frühestens 2016 oder 2017 zu rechnen.

Finanzsenator Sarrazin zeigte, dass die Einnahmen der Stadt einen langfristig stabilen Trend aufwiesen und kurzfristig kaum zu beeinflussen seien. Aber nur, wenn die konjunkturbereinigte Ausgabenlinie unter der Trendwachstumslien der Einnahmen bleibe, könne im Aufschwung konsolidiert werden.

Die Herausforderung in den kommenden Jahren werde sein, die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Soziales, die in den vergangenen Jahren von den Einsparungen größtenteils ausgenommen wurden, ebenfalls mit den Einnahmentrends in Einklang zu bringen.

## 7 Fazit

Die verschiedenen Redner gingen unterschiedlich auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ein und zeigten Szenarien für künftige Entwicklungen auf. Die Schwere der Krise gibt Grund zu der Annahme, dass ausgeglichene Haushalte erst wieder mittelfristig und auch nur mit großen Anstrengungen wieder zu erreichen sein

## Analysen und Berichte

### HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT: GESTALTENDE FINANZPOLITIK IN KRISENZEITEN

werden. Übergreifend wurde von allen Rednern betont, dass es sehr wichtig sei, wieder zu einer langfristig tragfähigen Haushalts- und Finanzlage zurück zu kehren. Es herrschte

darüber Einigkeit, dass die in der Verfassung zu verankernde Schuldenschanke hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten werde.

## Analysen und Berichte

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

# Bundespolitik und Kommunalfinanzen

## Rückblick auf die 16. Legislaturperiode

1	Zusammenfassung .....	55
2	Kommunale Finanzsituation .....	56
3	Maßnahmen zur Überwindung der Konjunkturkrise .....	62
3.1	Konjunkturpaket I .....	62
3.2	Konjunkturpaket II .....	62
4	Verbesserungen für die Kommunen im steuerlichen Bereich .....	63
5	Maßnahmen zur Förderung von Familien .....	65
6	Entlastungen der Kommunen im sozialen Bereich.....	67
7	Programme zur Investitionsförderung im Klimaschutz und im Verkehr .....	68
8	Weitere Aktivitäten zugunsten der Kommunen .....	69

- Der Bund hat in dieser Legislaturperiode viele Anliegen der kommunalen Ebene im steuerlichen, familienpolitischen und sozialpolitischen Bereich aufgegriffen und umgesetzt und einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise geleistet.
- Nach hohen Finanzierungsüberschüssen in den vergangenen Jahren werden die Kommunen insgesamt im Jahr 2009 mit einem Finanzierungsdefizit rechnen müssen.
- Die Maßnahmenpakete der Bundesregierung zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise kommen auch den Kommunen zugute, vor allem das Zukunftsinvestitionsprogramm, das den Kommunen zusätzliche Investitionen in Höhe von 9,3 Mrd. € ermöglicht.

### 1 Zusammenfassung

Die kommunale Finanzsituation hat sich in der vergangenen Legislaturperiode positiv entwickelt, gipfelnd in einem Rekordüberschuss im Jahr 2007. Im laufenden Jahr werden die Kommunen insgesamt als Folge der konjunkturellen Entwicklung aber wohl erstmals seit 2005 wieder ein Finanzierungsdefizit zu verzeichnen haben.

In dieser Legislaturperiode hat die Bundesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt, die im Interesse der Kommunen liegen und von denen die Kommunen finanziell profitieren.

Die Maßnahmen des Bundes zur Überwindung der Konjunkturkrise kommen auch den Kommunen zugute. So enthält das

Konjunkturpaket I eine Aufstockung der KfW-Infrastrukturprogramme für strukturschwache Kommunen, eine Fortführung und Aufstockung des Investitionspaktes Bundes-Länder-Gemeinden und die Förderung von mit Bundesmitteln zinsverbilligten Programmen zur energetischen Gebäudesanierung. Das Konjunkturpaket II beinhaltet das Zukunftsinvestitionsgebot, das zusätzliche Investitionen der Kommunen in den Bereichen Bildungsinfrastruktur und örtliche Infrastruktur in Höhe von 9,3 Mrd. € ermöglicht. Auch das Bundesprogramm von 4 Mrd. € zur Förderung insbesondere der Erneuerung von Bundesverkehrsweegen nützt den Kommunen.

Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 wurde die Gewerbesteuer in ihrer Struktur gefestigt und ihre

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Bemessungsgrundlage verbreitert. Durch eine dauerhafte Absenkung der Gewerbesteuerumlage können Mindereinnahmen für die Kommunen aus der Reform zu großen Teilen aufgefangen werden. Mit dem Jahressteuergesetz 2008 konnte insbesondere die Besteuerung kommunaler Wohnungsunternehmen verbessert werden. Das Jahressteuergesetz 2009 bestätigt die bisherige Praxis beim steuerlichen Querverbund, regelt erstmalig die Zerlegung des Gewerbesteueraufkommens bei Standort- und Betriebsgemeinden von Windkraftanlagen und enthält eine Anpassung im Grundsteuergesetz zur Entschärfung der Regelungen zur Besteuerung bei strukturellem Leerstand. Im steuerlichen Bereich erfolgten ferner umfangreiche Verbesserungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Zur Finanzierung eines bedarfsgerechten Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren stellt der Bund 4 Mrd. € bereit. Davon fließen 2,15 Mrd. € in Investitionsmaßnahmen und 1,85 Mrd. € in die Betriebskosten. Ab 2014 beteiligt sich der Bund dauerhaft mit 770 Mio. € jährlich an den zusätzlichen Betriebskosten. Der Bund unterstützt die Länder beim Auf- und Ausbau von Ganztagschulen, hat den Kinderzuschlag für Geringverdiener weiterentwickelt, das Wohngeld ausgebaut und nicht zuletzt das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ aufgelegt.

Bei den im Rahmen des Arbeitslosengeldes II anfallenden Kosten der Unterkunft entlastet der Bund die Kommunen um mehr als 2,5 Mrd. € jährlich. Die bundesdurchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes beträgt 26 % im Jahr 2009 und wird jährlich neu berechnet. Der Bund trägt somit im Folgenden über eine Erhöhung seiner Beteiligungsquote das fiskalische Risiko, das von einer Zunahme der Bedarfsgemeinschaften ausgeht. Das finanzielle Risiko, das von einer Erhöhung der pro Bedarfsgemeinschaft entstehenden Kosten

der Unterkunft und Heizung ausgeht, wird gemeinsam von Bund und Kommunen entsprechend den jeweiligen Beteiligungsquoten getragen. Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2009 mit einem Anteil von 13 %, der bis 2012 auf dann endgültig 16 % steigt.

Mit dem Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden und dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm unterstützt der Bund Maßnahmen zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene. Diese Maßnahmen werden über ihren eigentlichen Zeitraum hinaus verlängert. Darüber hinaus überträgt der Bund an die Länder Mittel zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, wovon die Kommunen ebenfalls profitieren.

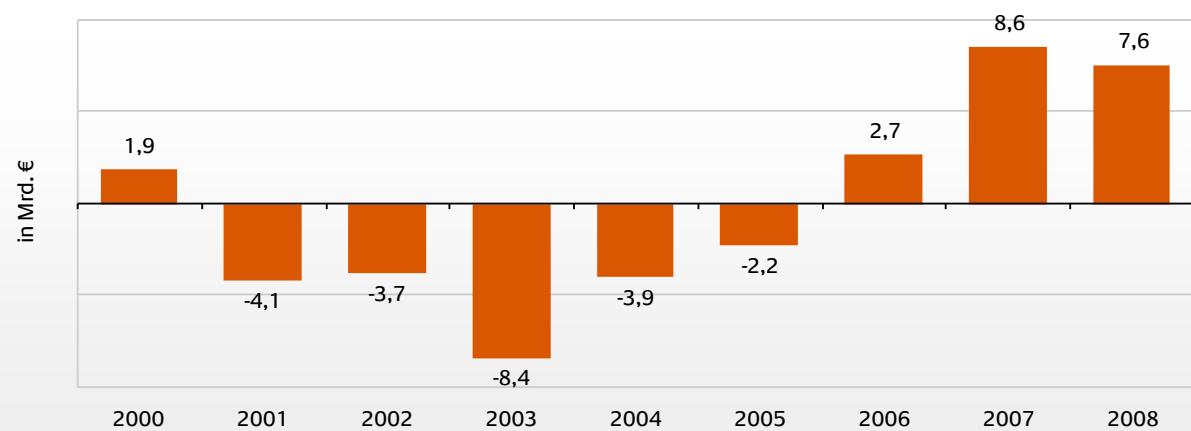
## 2 Kommunale Finanzsituation

In der 16. Legislaturperiode war bis in das Jahr 2008 hinein eine positive Entwicklung der Kommunalfinanzen zu verzeichnen. Die Kommunen insgesamt erzielten nach dem Jahr 2000 in den Jahren seit 2006 erneut Finanzierungüberschüsse, im Jahr 2007 in der Rekordhöhe von rund 8,6 Mrd. € (vgl. Abbildung 1). Für das Jahr 2008 wurde lange erwartet, dass dieses Ergebnis noch übertroffen wird. Aufgrund der Verwerfungen an den Finanzmärkten kam es 2008 - insbesondere im 4. Quartal - zu negativen Wachstumsraten, die sich auch auf die kommunale Finanzsituation auswirkten. Gleichwohl verzeichneten die Kommunen insgesamt auch im Jahr 2008 deutliche Überschüsse in Höhe von 7,6 Mrd. €.

## Analysen und Berichte

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Abbildung 1: Finanzierung der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt, ohne Stadtstaaten)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen 2005 - 2008 insgesamt<sup>1</sup>

Steuerart	2005	2006	2007	2008
	Aufkommen in Mrd. €			
Gewerbesteuer (netto)	23,3	28,2	30,3	31,1
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	18,6	20,2	22,9	25,9
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2,6	2,8	3,1	3,2
Grundsteuern	9,1	9,3	9,5	9,5
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	0,6	0,6	0,6	0,6
<b>Steuern (netto) insgesamt</b>	<b>54,3</b>	<b>61,0</b>	<b>66,3</b>	<b>70,4</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
Gewerbesteuer (netto)	+ 12,4	+ 20,9	+ 7,4	+ 2,8
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+ 0,2	+ 8,4	+ 13,4	+ 13,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	+ 1,5	+ 4,8	+ 11,7	+ 4,0
Grundsteuern	+ 3,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,9
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	- 0,6	- 2,2	+ 4,4	+ 4,9
<b>Steuern (netto) insgesamt</b>	<b>+ 5,7</b>	<b>+ 12,3</b>	<b>+ 8,7</b>	<b>+ 6,1</b>

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Differenzen in den Summen durch Rundungen der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Wesentlich für die positive Entwicklung waren die kommunalen **Steuereinnahmen**, die sich seit dem Jahr 2004 in jedem Jahr deutlich erhöhten, zuletzt 2008 um 6,1% (vgl. Tabelle 1). Gründe waren sowohl die konjunkturelle Entwicklung als auch gesetzgeberische Maßnahmen zur Stabilisierung der kommunalen Steuereinnahmen.

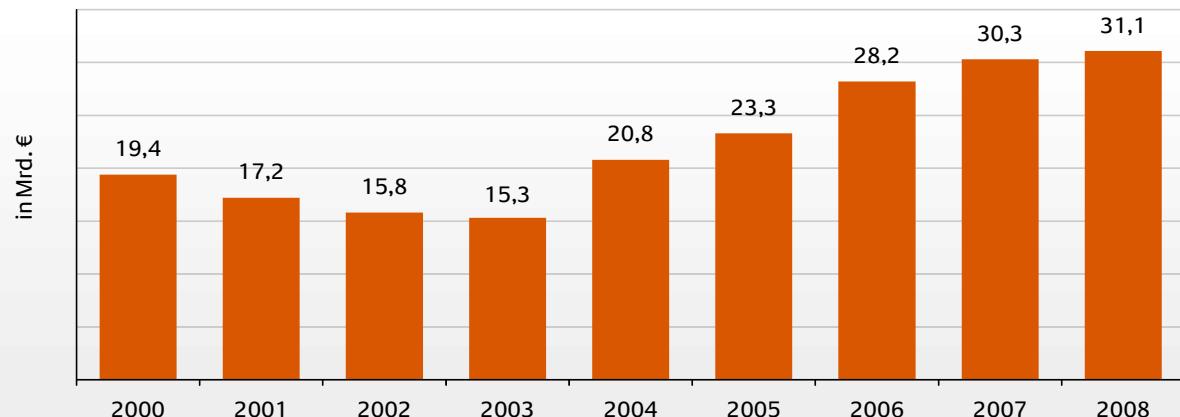
Die Entwicklung der Steuereinnahmen wurde in den vergangenen beiden Jahren vor allem

von den Einnahmen aus dem **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** getragen (2008: + 13,0%). Über die ganze Legislaturperiode gesehen waren jedoch die Einnahmen aus der **Gewerbesteuer (netto)**, d. h. nach Abzug der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlagen, prägend für die kommunalen Steuereinnahmen (vgl. Abbildung 2). Sie erhöhten sich im Jahr 2008 noch um 2,8% (2006: + 20,9%; 2007:

## Analysen und Berichte

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

**Abbildung 2: Einnahmen der Gemeinden / Gemeindeverbände (insgesamt) aus der Gewerbesteuer (netto, ohne Stadtstaaten)**



Quelle: Statistisches Bundesamt.

+ 7,4 %) und erreichten mit 31,1 Mrd. € im fünften Jahr in Folge einen Höchststand.

**Zum Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer** der folgende Hinweis: Seit dem 1. Januar 2009 erfolgt die Verteilung des Gemeindeanteils auf Länder und einzelne Gemeinden nach einem endgültigen wirtschaftsbezogenen, bundeseinheitlichen und fortschreibungsfähigen Schlüssel. Dieser Verteilungsschlüssel löst einen Übergangsschlüssel ab. Wesentliche Neuerungen des endgültigen Schlüssels sind der bundesweite Geltungsbereich, der die bisherige Trennung in alte Länder und Beitragsgebiet ersetzt, und die Fortschreibungsfähigkeit sämtlicher Schlüsselmerkmale, die eine im Gegensatz zum Übergangsschlüssel uneingeschränkte Aktualisierung der für die Umsatzsteuerverteilung erforderlichen Datengrundlagen möglich macht. Um unerwünschte Umverteilungswirkungen durch den sofortigen Übergang auf den neuen Schlüssel zu begrenzen, tritt der endgültige Schlüssel in vollem Umfang erst ab dem Jahr 2018 in Kraft. Die Neuregelung wurde im

Einvernehmen mit allen drei kommunalen Spitzenverbänden beschlossen.

Die im Jahr 2004 erneut positive Entwicklung der gesamten **Einnahmen** der Kommunen setzte sich in der 16. Legislaturperiode fort, zuletzt im Jahr 2008 mit einer Zunahme um 3,3 % auf 174,9 Mrd. € (vgl. Tabelle 2). Der Anstieg der Einnahmen geht wesentlich auf die auch im Jahr 2008 weiterhin positive Entwicklung der Steuereinnahmen zurück. Aber auch die erhöhten Steuereinnahmen der Länder, die mit einer zeitlichen Verzögerung auf die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vom Land gezahlten Schlüsselzuweisungen durchschlugen, trugen zur positiven Entwicklung bei (Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen 2007: +15,9 %, 2008: +10,1 %).

 Analysen und Berichte

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

**Tabelle 2: Entwicklung der Einnahmen 2005 - 2008 in Mrd. € und Veränderung in %<sup>1</sup>**

	2005	2006	2007	2008
	in Mrd. €			
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>150,9</b>	<b>160,1</b>	<b>169,3</b>	<b>174,9</b>
darunter:				
Steuern	54,3	61,0	66,3	70,4
Schlüsselzuweisungen	21,0	21,0	24,3	26,8
Gebühren	16,0	16,1	15,9	15,7
Investitionszuweisungen vom Land	7,3	7,3	7,6	7,7
	in %			
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>+ 6,0</b>	<b>+ 5,8</b>	<b>+ 3,3</b>
darunter:				
Steuern	+ 5,7	+ 12,3	+ 8,7	+ 6,1
Schlüsselzuweisungen	- 5,0	- 0,2	+ 15,9	+ 10,1
Gebühren	- 1,8	+ 0,8	- 1,4	- 1,1
Investitionszuweisungen vom Land	- 4,0	+ 0,4	+ 4,2	+ 0,4

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Differenzen in den Summen durch Rundungen der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

**Tabelle 3: Entwicklung der Ausgaben 2005 bis 2008 in Mrd. € und Veränderung in %<sup>1</sup>**

	2005	2006	2007	2008
	in Mrd. €			
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>153,2</b>	<b>157,4</b>	<b>160,7</b>	<b>167,3</b>
darunter:				
Personal	40,7	40,6	40,5	42,2
Sachaufwand	30,2	32,1	33,0	34,5
Soziale Leistungen	35,2	36,8	37,6	38,5
Zinsen	4,7	4,9	5,1	5,2
Sachinvestitionen	18,7	19,4	20,0	20,8
darunter:				
Baumaßnahmen	14,4	14,9	15,4	15,7
	in %			
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>+ 4,1</b>
darunter:				
Personal	+ 0,6	- 0,3	- 0,2	+ 4,1
Sachaufwand	+ 2,0	+ 6,2	+ 2,6	+ 4,7
Soziale Leistungen	+ 9,2	+ 4,6	+ 2,1	+ 2,5
Zinsen	- 1,6	+ 3,0	+ 4,8	+ 0,8
Sachinvestitionen	- 5,4	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,8
darunter:				
Baumaßnahmen	- 7,1	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,0

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Differenzen in den Summen durch Rundungen der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## Analysen und Berichte

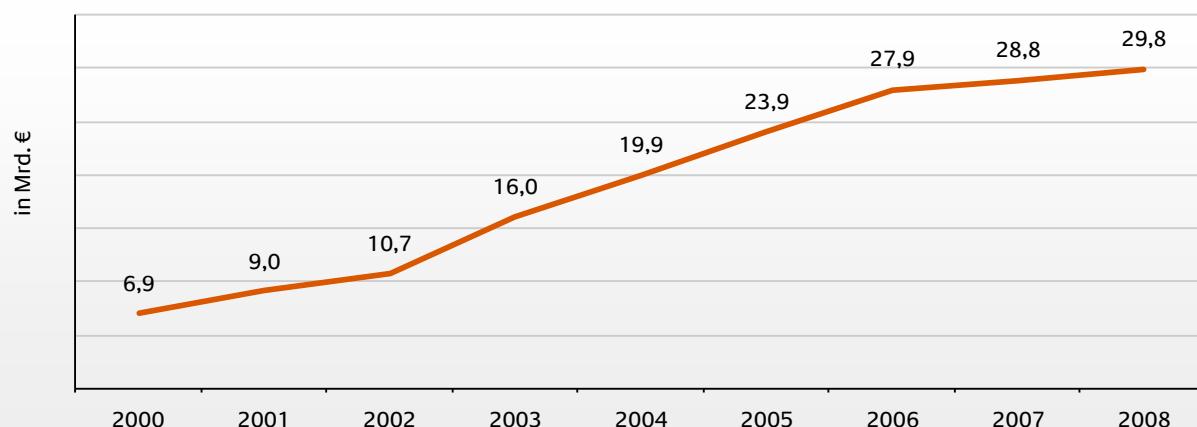
### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Die **Ausgaben** der Kommunen insgesamt waren in den vergangenen Jahren sowohl durch Konsolidierung, ablesbar an der Entwicklung der Personalausgaben bis 2007, als auch durch steigende Investitionen geprägt (vgl. Tabelle 3). Die Ausgaben erreichten 167,3 Mrd. € im Jahr 2008. Die Personalausgaben erhöhten sich erst im Jahr 2008 als Folge tariflicher Entwicklungen um 4,1%. Die Entwicklung der Ausgaben für den Sachaufwand wurde in der 16. Legislaturperiode u. a. durch Aufgabenverlagerungen zwischen Land und Kommune, durch gestiegene Energiekosten und durch Instandhaltungsmaßnahmen beeinflusst, die angesichts der guten Finanzsituation nunmehr möglich wurden. Der Zuwachs im Jahr 2008 dürfte auch auf der bei immer mehr Kommunen abgeschlossenen Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die an die kaufmännische Buchführung angelehnte Doppik beruhen. Danach werden Ausgaben, die bisher den Investitionen zugerechnet wurden, als Sachaufwand verbucht. Die Ausgaben für soziale Leistungen waren zu Beginn der Legislaturperiode durch das Inkrafttreten der

Neuregelungen für Arbeitsuchende nach dem SGB II bestimmt. Die Zuwachsrate von 9,2% im Jahr 2005 belegt dabei nur den Bruttoeffekt. Unter Berücksichtigung der als Folge der Umstellung den Kommunen von Bund und Ländern zufließenden Erstattungen und Zuweisungen werden die Kommunen durch die Neuregelungen dauerhaft entlastet. In den Folgejahren entwickelten sich die Zuwachsrraten moderater, zum Teil überzeichnet durch Aufgabenverlagerungen bei der überörtlichen Sozialhilfe in einzelnen Ländern. Die Ausgaben für Sachinvestitionen nahmen seit 2006 wieder zu, zuletzt im Jahr 2008 um 3,8%.

Die Kommunen insgesamt nutzten die positive Entwicklung in der 16. Legislaturperiode zum Abbau ihrer **Kreditmarktschulden** (ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten). Ende 2008 lagen sie mit 76,6 Mrd. € um knapp 9 Mrd. € unter dem Wert Ende des Jahres 2005. Das wurde zum Teil durch Veräußerungen von Kommunalvermögen erreicht. Der **Bestand an Kassenkrediten** - die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe verwendet werden

**Abbildung 3: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände  
(insgesamt, ohne Stadtstaaten, Stand jeweils zum 31. Dezember)**



Quelle: Statistisches Bundesamt.

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

dürfen - erhöhte sich demgegenüber weiterhin, wenn auch mit rückläufigen Zuwachsralten. Ende 2008 waren sie mit 29,8 Mrd. € um knapp 6 Mrd. € beziehungsweise um 24,7 % höher als Ende 2005 (vgl. Abbildung 3). Gleichwohl fiel der Anstieg im Jahr 2008 mit 3,5 % relativ gering aus; in den Jahren 2000 bis 2006 waren die Zuwachsralten bei den Kassenkrediten immer zweistellig und bewegten sich zwischen + 15 % und + 49,6 %. Der trotz positiver Entwicklung der Finanzierungssalden weiter gestiegene Bestand an Kassenkrediten deutet auf eine verfestigte Spreizung der Finanzsituation von finanzstarken und finanzschwachen Kommunen hin.

Der Bestand an Kassenkrediten nach Ländern (vgl. Tabelle 4, sortiert nach der Pro-Kopf-Verschuldung Ende 2008) ist sehr unterschiedlich verteilt. So entfielen Ende 2008 insgesamt 49 % aller Kassenkredite auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, rund 14 % auf die Kommunen in Niedersachsen und gut 12 % auf die Kommunen in Rheinland-Pfalz.

Den höchsten Bestand an Kassenkrediten je Einwohner verzeichneten Ende 2008 die Kommunen im Saarland (1 199 €), in Rheinland-Pfalz (911 €) und in Nordrhein-Westfalen (811 €). In diesen drei Ländern war auch der Zuwachs der Kassenkreditbestände pro Kopf im Vergleich zu 2005 am höchsten.

### Ausblick

Das laufende Jahr wird auch bei den Kommunen vom konjunkturellen Abschwung geprägt. In der Frühjahrsprojektion 2009 erwartet die Bundesregierung einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real 6 %. Nach der Steuerschätzung vom Mai 2009 werden die kommunalen Steuereinnahmen (einschließlich Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten) um 8,7 % zurückgehen; die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer (netto) werden auf 13,6 % geschätzt. Daher ist für das Jahr 2009 für die kommunale Ebene insgesamt von einem Finanzierungsdefizit auszugehen. Es ist zu erwarten, dass die Kommunen wie in

**Tabelle 4: Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2005 und im Jahr 2008<sup>1</sup>**

<b>Gebietseinheit</b>	<b>2005</b>	<b>2008</b>	<b>2005</b>	<b>2008</b>	<b>Veränderung 2008 gegenüber 2005 (€ je Einwohner)</b>
	<b>Kassenkredite in Mio. €</b>		<b>Kassenkredite in € je Einwohner</b>		
Baden-Württemberg	248	100	23	9	- 14
Sachsen	115	43	27	10	- 17
Bayern	223	268	18	21	+ 3
Thüringen	82	99	35	44	+ 9
Schleswig-Holstein	550	485	194	171	- 23
Brandenburg	661	609	258	241	- 17
Mecklenburg-Vorpommern	197	480	115	287	+ 172
Sachsen-Anhalt	801	969	323	404	+ 81
Hessen	2 662	3 204	437	528	+ 91
Niedersachsen	4 032	4 090	504	513	+ 9
Nordrhein-Westfalen	10 531	14 564	583	811	+ 228
Rheinland-Pfalz	2 756	3 679	679	911	+ 232
Saarland	1 027	1 240	976	1 199	+ 223
<b>Deutschland insgesamt</b>	<b>23 882</b>	<b>29 830</b>	<b>311</b>	<b>392</b>	<b>+ 81</b>

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Stand 31.12.2008; Differenzen in den Summen durch Rundungen der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

früheren Konjunkturzyklen im Abschwung anfallende Defizite mittelfristig zurückführen werden. Die Bundespolitik hat dafür im Rahmen ihrer Zuständigkeiten gute Voraussetzungen geschaffen. Ein besonderes Augenmerk ist in den betroffenen Ländern und Kommunen auf bereits heute hohe kommunale Kassenkreditbestände zu richten. Sie könnten als Folge der Konjunkturentwicklung weiter zunehmen.

## 3 Maßnahmen zur Überwindung der Konjunkturkrise

### 3.1 Konjunkturpaket I

Bereits im Oktober und November 2008 hat die Bundesregierung zwei Maßnahmenpakete („Senkung der steuerlichen Belastung, Stabilisierung der Sozialversicherungsabgaben und Investitionen in Familien“ sowie „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“) verabschiedet, die die konjunkturelle Entwicklung 2009 und 2010 mit rund 31 Mrd. € aus den öffentlichen Haushalten stabilisieren sollen. Es ging dabei vor allem um Impulse für die private und öffentliche Investitionstätigkeit, etwa für die Infrastruktur in strukturschwachen Kommunen durch KfW-Programme, sowie Entlastungen für Privathaushalte und Familien.

Das Konjunkturpaket I bezieht folgende Programme für Kommunen mit ein:

- Aufstockung der KfW-Infrastrukturprogramme für strukturschwache Kommunen um zusätzliche Zinszuschussmittel von insgesamt 300 Mio. € für die Jahre 2009 und 2010 zur Verstärkung der Investitionen bei wichtigen Infrastrukturvorhaben. Hierdurch werden ein zusätzliches Kreditvolumen von bis zu 3 Mrd. € sowie zeitlich befristet besonders günstige Zinskonditionen ermöglicht.

- Fortführung und Aufstockung des als Sonderprogramm gestarteten Investitionspaktes um 300 Mio. € Programmmittel (Bundesanteil) jeweils für die Jahre 2009 bis 2011.
- Fortführung der mit Bundesmitteln zinsverbilligten Programme „Kommunal und sozial investieren – energetische Gebäudesanierung“ bis 2011.

### 3.2 Konjunkturpaket II

Mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ hat die Bundesregierung auf weitere Herausforderungen durch die aktuelle Konjunkturkrise reagiert. Das Konjunkturpaket II umfasst mit seinem Gesamtvolumen von gut 50 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010 ein breites Spektrum an Maßnahmen. Ein Schwerpunkt ist die Stärkung der öffentlichen Investitionen: So investiert der Bund selbst 4 Mrd. € in den Ausbau und die Erneuerung von Bundesverkehrswegen sowie in Bauten, Ausrüstungen und die Ressortforschung. Darüber hinaus wird das Vergaberecht befristet vereinfacht.

Zentraler Bestandteil des Konjunkturpakets II für die Kommunen ist das Zukunftsinvestitionsgesetz. Der Bund stellt den Ländern und Kommunen 10 Mrd. € Finanzhilfen für zusätzliche Investitionen bereit. Die Finanzhilfen werden im laufenden und kommenden Jahr gewährt, für bis Ende 2010 begonnene Vorhaben auch noch im Jahr 2011. Die Länder und Kommunen übernehmen einen Kofinanzierungsanteil von 25 %, sodass insgesamt 13,3 Mrd. € zur Verfügung stehen. Insgesamt 70 % davon und damit rund 9,3 Mrd. € sollen auf die kommunale Ebene entfallen.

Die Finanzhilfen sind zu 65 % für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur zu verwenden. Hierzu gehören Investitionen insbesondere zur energetischen Sanierung von Schulen, Hochschulen sowie kommunalen oder gemeinnützigen Einrichtungen der Weiterbildung. Auch Investitionen in

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur und der Forschung zählen zu diesem Bereich. Die restlichen 35 % der Finanzhilfen stehen für die Verbesserung der sonstigen Infrastruktur zur Verfügung. Hier reicht das Spektrum von Krankenhäusern über Städtebau, ländliche Infrastruktur und Lärmschutzmaßnahmen bis zur Informationstechnologie wie Breitbandnetzen. Über die Verwendung der Fördermittel entscheiden allein die Länder. Dabei soll es keine Rolle spielen, ob die einzelne Kommune selbst investiert oder sich zur Durchführung einer kommunalen Aufgabe eines anderen Trägers bedient. Die für Mitte 2009 vorgesehene Änderung des Artikels 104b Grundgesetz stellt zudem eine wichtige Erweiterung des Anwendungsbereichs des Zukunftsinvestitionsgesetzes dar. Mit Inkrafttreten der Grundgesetzänderung kann der Bund wegen der außergewöhnlichen Notsituation der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise Finanzhilfen über das Zukunftsinvestitionsgesetz auch für Investitionen in Bereichen gewähren, in denen er über keine eigene Gesetzgebungskompetenz verfügt.

Damit die Finanzhilfen des Bundes zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen können, müssen möglichst rasch zusätzlich zu den von Ländern und Kommunen ohnehin vorgesehenen Investitionen weitere Investitionsvorhaben umgesetzt werden. Dieser Zielsetzung entsprechend ist die Möglichkeit zur Inanspruchnahme der Bundesförderung auch an die Zusätzlichkeit dieser Investitionen geknüpft. Aus dem gleichen Grund besteht ein vorhabenbezogenes Doppelförderungsverbot, das verhindern soll, dass die Finanzhilfen andere bereits bestehende Förderprogramme des Bundes verdrängen. Zu der raschen Umsetzung der bei Ländern und Kommunen vorhandenen Investitionspläne trägt das „schlanke“ Durchführungsverfahren mit dem Verzicht auf eine vorlaufende Prüfung durch den Bund ebenso bei wie die unbürokratische Bereitstellung der Bundesmittel.

Ein zentrales Anliegen des Zukunftsinvestitionsgesetzes besteht weiterhin darin, finanzschwachen Kommunen den Zugang zu den Förderprogrammen zu erleichtern. Dies geschieht insbesondere über die Verpflichtung der Länder, den finanzschwächeren Kommunen die gleiche Chance auf Teilnahme an dem Investitionsprogramm einzuräumen wie den finanziäreren Kommunen. Zudem ist eine Ausnahme vom Doppelförderungsverbot vorgesehen, die es Kommunen ermöglicht, ihre Eigenanteile über das KfW-Programm „Investitionsoffensive Infrastruktur“ finanzieren zu können.

## 4 Verbesserungen für die Kommunen im steuerlichen Bereich

Mit der **Unternehmensteuerreform 2008** wird insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Europatauglichkeit der deutschen Unternehmensbesteuerung verbessert und in Bezug auf die Belastungen eine weitgehende Rechtsform- und Finanzierungsneutralität geschaffen. Nicht zuletzt werden Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt, die Planungssicherheit für Unternehmen sowie öffentliche Haushalte verbessert und nachhaltig die deutsche Steuerbasis gesichert. Durch die Verringerung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 % und die Senkung der Gewerbesteuermesszahl von maximal 5 % auf einheitlich 3,5 % liegt die nominale Steuerbelastung der Unternehmensgewinne von Kapitalgesellschaften mit knapp unter 30 % (bei einem Gewerbesteuerhebesatz von 400%) nicht mehr an der Spitze in der EU, sondern etwa im Mittelfeld. Das Gewicht der Gewerbesteuer bezogen auf die gesamte Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften ist gestiegen. Da sich nun Hebesatzänderungen in voller Höhe bei den Unternehmen in Form veränderter Steuerbelastungen bemerkbar machen, wird das Band zwischen lokalen Unternehmen und der Gemeinde insgesamt gestärkt.

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Die Unternehmensteuerreform wird insbesondere auch den Kommunen zugute kommen. Zunächst einmal tragen Bund und Länder – gemessen an der vollen Jahreswirkung – nahezu allein die Steuerausfälle. Die Mindereinnahmen der Kommunen, die in den Jahren 2008 und 2009 deutlich höher als in den Folgejahren ausfallen, werden durch eine dauerhafte Absenkung der Gewerbesteuerumlage zu großen Teilen aufgefangen. Entscheidend ist: Durch die Reform bleibt die Struktur der Gewerbesteuer erhalten. Zukünftig werden 25 % aller Fremdkapitalzinsen zur Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer hinzugezählt, sofern sie nicht bereits wegen der Zinsschranke von vornherein vom Betriebsausgabenabzug ausgeschlossen sind. Zusammen mit den Finanzierungsanteilen bei Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren (unter Berücksichtigung des Freibetrags) führen diese Maßnahmen zwar nicht zu Mehreinnahmen, sehr wohl aber zu einer qualitativen Stärkung der verstetigenden Elemente des Gewerbesteueraufkommens.

An dieser positiven Einschätzung können auch die vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise beschlossenen Maßnahmen zur Korrektur der Unternehmensteuerreform im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes nichts ändern. Zum einen sind die steuerlichen Entlastungen der Wirtschaft zeitlich befristet, zum anderen sind die finanziellen Auswirkungen für die Kommunen begrenzt.

Der Gesetzgeber hat rückwirkend zum 1. Januar 2007 die gesetzliche Grundlage für Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (**Real Estate Investment Trusts**, kurz „REITs“) geschaffen. Damit eröffnen sich neue Refinanzierungsmöglichkeiten für die deutsche Immobilienwirtschaft und zusätzliche Anlagemöglichkeiten für Investoren. Die rund 3,1 Mio. kommunalen und sonstigen öffentlichen Wohnungen dürfen – genauso wie andere Wohnimmobilien, die vor dem 1. Januar 2007 erbaut wurden – jedoch

nicht auf REIT-Aktiengesellschaften übertragen werden. Ziel ist es, Konflikte zwischen den renditemaximierenden Strategien der REIT-Aktiengesellschaften und den langfristigen Zielen von Stadtentwicklung und sozialer Wohnungspolitik zu vermeiden. Der Anteil kommunaler Wohnungen am lokalen Wohnungsmarkt ist insbesondere in Großstädten – wie Hamburg, Berlin und Frankfurt am Main – deutlich überproportional und in einzelnen Stadtquartieren, vor allem in Großsiedlungen, dominierend. Diese Bestände werden zu einem großen Teil von einkommensschwachen und aus sonstigen Gründen sozial benachteiligten Haushalten bewohnt und erfüllen für diese Bevölkerungsgruppen eine soziale Sicherungsfunktion.

Mit dem **Jahressteuergesetz 2008** wird insbesondere kommunale Wohnungsunternehmen eine Wahlmöglichkeit zur Besteuerung ihrer Rücklagen eingeräumt. Grundsätzlich werden zukünftig bei Wohnungsunternehmen bestimmte unversteuerte Rücklagen einmalig pauschal mit 3 % besteuert. Dies ermöglicht Ausschüttungen – die bisher durch eine Besteuerung in Höhe von 30 % praktisch verhindert wurden – an kommunale und sonstige Eigentümer. Wohnungsunternehmen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts und steuerbefreiten Körperschaften wird jedoch die Option eingeräumt, nach der alten Regelung besteuert zu werden. Damit kommt der Bund den kommunalen Wohnungsunternehmen entgegen, die auf Ausschüttungen verzichten.

Zahlreiche für die Kommunen vorteilhafte Regelungen hat die Bundesregierung im **Jahressteuergesetz 2009** getroffen. So ist beim steuerlichen Querverbund die Verrechnung von defizitären und gewinnträchtigen Bereichen in kommunalen Haushalten auch weiter möglich. Dies ist ein wichtiges Anliegen der Kommunen, die so auch weiterhin eine ausgewogene Preisgestaltung bei der örtlichen Daseinsvorsorge gewährleisten können. Die

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Bundesregierung hat hierbei auf ein gegenteiliges Urteil des Bundesfinanzhofs reagiert. Das Jahressteuergesetz 2009 sieht ferner vor, das Gewerbesteueraufkommen bei Windkraftanlagen zwischen Standort- und Betriebssitzgemeinden künftig im Verhältnis 70 : 30 aufzuteilen. Diese Regelung schafft Anreize für die beteiligten Kommunen, auf ihrem Gemeindegebiet Standorte für Windkraftanlagen zu erschließen. Bisher sind die Standortgemeinden bei der Gewerbesteuerzerlegung leer ausgegangen. Dies hat die Bereitschaft von Kommunen zur Errichtung von Windkraftanlagen auf ihrem Gemeindegebiet angesichts vielfältiger potenzieller Belastungen aus deren Betrieb dauerhaft vermindert. Mit dem Jahressteuergesetz 2009 wurde weiterhin eine Initiative des Bundesrates zur Anpassung des § 33 Grundsteuergesetz umgesetzt. Für die Gewährung eines Grundsteuererlasses bei strukturellem Leerstand ist jetzt insbesondere eine Ertragsminderung von mehr als 50 % und nicht wie bisher von mehr als 20 % erforderlich. Bei einer Ertragsminderung von mehr als 50 % wird die Grundsteuer in Höhe von 25 % und bei einer Ertragsminderung von 100 % in Höhe von 50 % für den Steuerschuldner erlassen. Mit diesen Maßnahmen soll eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den Grundstückseigentümern und den betroffenen Kommunen angestrebt werden.

**Bürgerschaftliches Engagement** stellt ein wichtiges Element des Zusammenlebens in Städten und Gemeinden dar. Als Zeichen der Anerkennung und zur Förderung dieses Engagements hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode zahlreiche steuerliche Entlastungsmaßnahmen beschlossen: So erfolgten eine Anhebung des sogenannten Übungsleiterfreibetrags auf 2 100 € seit 2007, die Einführung eines Freibetrags von 500 € für andere Tätigkeiten im gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Bereich, Verbesserungen im Spenden- und Gemeinnützigekeitsrecht und die Erhöhung des steuerfreien Mindestbetrages für ehrenamtliche Tätigkeit im kommunalen

Bereich von 154 € auf 175 € monatlich. Zusätzlich wurden die Voraussetzungen für die Steuerbefreiung von gezahlten Vergütungen für ehrenamtliche Rettungskräfte verbessert. Nunmehr sind sämtliche Vergütungen für ehrenamtliche Rettungskräfte bis zur Höhe von 2 100 € im Jahr steuerfrei, unabhängig davon, ob sie für tatsächlich geleistete Rettungsarbeit oder für Bereitschaftszeit gezahlt werden. Die Einbeziehung der Einnahmen für Bereitschaftsdienstzeiten in die Freibetragsregelung kann in vielen Fällen zur Auszahlung höherer Nettovergütungen an die ehrenamtlichen Helfer führen.

## 5 Maßnahmen zur Förderung von Familien

Bund, Länder und Kommunen haben ein Gesamtpaket zum **bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren** beschlossen. Ziel ist, bis Ende 2013 eine flächendeckende Versorgung für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung zu stellen und den Rechtsanspruch zu sichern. Ab 2014 sollen 750 000 Plätze zur Verfügung stehen, das entspricht einer bundesweiten Versorgungsquote von 35 %. Der Bund stellt für den bedarfsgerechten Ausbau 4 Mrd. € bereit. Davon fließen 2,15 Mrd. € in Investitionsmaßnahmen. 1,85 Mrd. € werden für die Betriebskosten bereitgestellt. Ab 2014 beteiligt sich der Bund auf Dauer jährlich an den zusätzlichen Betriebskosten mit 770 Mio. €. Die Bundesbeteiligung erfolgt über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern zugunsten der Länder.

Mit der Neuregelung sollen spätestens zum 31. Juli 2013 für Kinder im Alter unter drei Jahren Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege nach erweiterten Kriterien bereitstehen. Für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wird zum 1. August 2013 ein Rechtsanspruch auf fröhkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege eingeführt. Das Aktionsprogramm Kindertagespflege wird

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

dazu beitragen, mehr Personal für die Tagespflege zu gewinnen, die Qualität der Betreuung deutlich zu steigern und das Berufsbild insgesamt aufzuwerten.

Die Bundesregierung unterstützt die Länder beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von **Ganztagsschulen** mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB). Seit 2003 stehen 4 Mrd. € zur Verfügung. Sie können bis Ende 2009 in Anspruch genommen werden. Bisher wurden bundesweit 15 790 Maßnahmen an 6 918 Schulen durchgeführt (vgl. Tabelle 5). Damit ist der Ausbau der Ganztagsschulen zu einem gelungenen Gemeinschaftsprojekt von Bund und Ländern geworden.

**Der Kinderzuschlag für Geringverdiener wird weiterentwickelt:** Der Maximalbetrag von 140 € pro Kind bleibt bestehen. Die bisher nur individuell und rechnerisch aufwändig bestimmte Mindesteinkommensgrenze wird auf einen einheitlichen Betrag festgesetzt und deutlich abgesenkt. Bei Paarhaushalten

beträgt dieser 900 € und bei Alleinerziehenden 600 €. Damit wird die Transparenz für die Anspruchsberechtigten erhöht und die Vorrangigkeit des Kinderzuschlags gegenüber dem Arbeitslosengeld II (ALG II) gestärkt. Zugleich werden allzu hohe Grenzbelastungen bei steigendem Einkommen für die Kinderzuschlags-Berechtigten vermieden. Eltern erhalten in Zukunft den Kinderzuschlag, wenn sie dadurch den Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft decken können. Rund 150 000 Kinder werden den Kinderzuschlag zusätzlich erhalten. Im parlamentarischen Verfahren wurde der Gesetzentwurf für die Bezieher von Sonderbedarfzuschlägen um ein Wahlrecht zwischen dem Kinderzuschlag und dem ALG II ergänzt. Die Ausgaben für den Kinderzuschlag erhöhen sich hierdurch um 265 Mio. €.

**Das Wohngeld wurde ausgebaut:** Es wurde eine Heizkostenkomponente eingeführt. Damit wird den erheblich gestiegenen Heiz- und Energiekosten Rechnung getragen.

**Tabelle 5: Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB)**

	Mittel 2003 - 2007 in Mio. €	Geförderte u. zur Förderung vorgesehene Schulen seit 2003
Baden-Württemberg	528	524
Bayern	596	822
Berlin	147	368
Brandenburg	130	335
Bremen	28	35
Hamburg	67	127
Hessen	278	378
Mecklenburg-Vorpommern	94	154
Niedersachsen	395	326
Nordrhein-Westfalen	914	2 713
Rheinland-Pfalz	198	333
Saarland	49	240
Sachsen	200	147
Sachsen-Anhalt	126	64
Schleswig-Holstein	135	202
Thüringen	115	150
<b>Gesamt</b>	<b>4 000</b>	<b>6 918</b>

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Außerdem wurden die Wohngeld-Tabellenwerte und die Miethöchstbeträge erhöht, um die Mietentwicklung seit der letzten Wohngeldanpassung nachzuzeichnen. Damit wird das Wohngeld monatlich von rund 90 € auf etwa 140 € deutlich erhöht. Insbesondere Haushalte mit geringem Erwerbseinkommen und Rentnerhaushalte profitieren von einer Wohngeldanpassung.

Mit der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags und dem Ausbau des Wohngelds strebt die Bundesregierung an, bei rund 70 000 Bedarfsgemeinschaften beziehungsweise Familien mit insgesamt rund 150 000 betroffenen Kindern die Hilfebedürftigkeit zu beenden. Diese können sich künftig besser stellen, weil ihr Einkommen zusammen mit den vorrangigen Leistungen höher ausfällt als mit ergänzendem Bezug von SGB II-Leistungen.

Aufgrund dieser Reformen werden die Kommunen im Jahr 2009 um rund 200 Mio. € von Ausgaben entlastet, die sie bisher als Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II erbringen. In den Folgejahren sinkt die Entlastung der Kommunen. Eine Belastung ist dabei jedoch ausgeschlossen.

#### Im "Aktionsprogramm

**Mehrgenerationenhäuser**“ fördert der Bund seit dem Jahr 2006 in Städten und Landkreisen 500 Mehrgenerationenhäuser mit insgesamt 100 Mio. € über einen Zeitraum von fünf Jahren. Dabei werden 200 der Häuser mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert. Mehrgenerationenhäuser fördern das Miteinander und den Austausch der Generationen und schaffen ein nachbarschaftliches Netzwerk durch familiennahe und generationenübergreifende Dienstleistungen.

## 6 Entlastungen der Kommunen im sozialen Bereich

Die Bundesbeteiligung an den im Rahmen des ALG II anfallenden **Kosten der Unterkunft und Heizung** (vgl. Tabelle 6) entlastet die Kommunen – unter Beachtung aller Be- und Entlastungen bei der Durchführung des SGB II – um mehr als 2,5 Mrd. € jährlich. Die bundesdurchschnittliche Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung beträgt 26 % im Jahr 2009 und wird jährlich anhand einer gesetzlich fixierten Anpassungsformel neu berechnet. Diese Anpassungsformel wurde im Jahr 2006 nach langen Verhandlungen zwischen Bund und

**Tabelle 6: Kosten der Unterkunft 2005-2009**  
Durchschnittliche Beteiligung, Beteiligungsquoten, Gesamtausgaben, davon Bund und Kommunen

	2005	2006	2007	2008	2009
Durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes in %	29,1	29,1	31,8	29,2	26,0
Allgemeine Beteiligungsquote in %	29,1	29,1	31,2	28,6	25,4
Beteiligungsquote Baden-Württemberg in %	wie oben	wie oben	35,2	32,6	29,4
Beteiligungsquote Rheinland-Pfalz in %	wie oben	wie oben	41,2	38,6	35,4
Gesamtausgaben Bund und Kommunen für KdU in Mrd. €	12,140	13,805	13,585	13,318	14,2
davon:					
Kommunen	8,608	9,787	9,291	9,429	10,5
Bund	3,533	4,017	4,332	3,889	3,7

Anmerkung: Ausgaben 2005 bis 2008 Ist; 2009 Soll: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt.

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Ländern vereinbart und im Bundesrat mit breiter Zustimmung beschlossen. Mit dieser zunächst für die Jahre 2008 bis 2010 gültigen, gesetzlich fixierten Anpassungsformel wird die Bundesbeteiligung anhand einer validen, transparenten und eindeutigen Datenbasis angepasst und jährliche Verhandlungen zur Anpassung der Bundesbeteiligung werden vermieden. Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des SGB II ist festgelegt worden, die Anpassungsformel zu entfristen und damit über das Jahr 2010 hinaus unverändert zu erhalten. Mit der Anwendung der gesetzlichen Anpassungsformel ist auch über das Jahr 2010 hinaus eine faire Kostenverteilung zwischen Bund und Kommunen im SGB II sichergestellt.

Um z. B. die Höhe der Bundesbeteiligung 2009 an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach der Anpassungsformel zu ermitteln, wird die jahresdurchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften von Jahresmitte 2007 bis Jahresmitte 2008 in das Verhältnis zu der jahresdurchschnittlichen Zahl der Bedarfsgemeinschaften von Jahresmitte 2006 bis Jahresmitte 2007 gesetzt. Aus der sich ergebenden Veränderung resultiert - multipliziert mit dem Faktor 0,7 - die Veränderung der Bundesbeteiligung in Prozentpunkten.

Die Anpassung der Beteiligungsquote des Bundes vollzieht die Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit zeitlicher Verzögerung nach. Dies liegt daran, dass statistisch valide Angaben über die Zahl der Bedarfsgemeinschaften erst mit zeitlicher Verzögerung vorliegen. Die Beteiligungsquote des Bundes ist 2009 im Vergleich zu 2008 gesunken, weil die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zuvor von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist. Der aktuell zu erwartende Anstieg der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften wird nach 2009 zu einem Anstieg der Beteiligungsquote des Bundes führen. Der Bund trägt über seine Beteiligungsquote das fiskalische Risiko, das von einer Zunahme an Bedarfsgemeinschaften ausgeht. Das finanzielle Risiko, das von einer Erhöhung der

pro Bedarfsgemeinschaft anfallenden Kosten der Unterkunft und Heizung ausgeht, wird gemeinsam von Bund und Kommunen entsprechend den jeweiligen Beteiligungsquoten getragen.

Der Bund beteiligt sich ab dem Jahr 2009 prozentual gestaffelt an den Ausgaben der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**. Im Jahr 2009 trägt er einen Anteil von 13 %. In den folgenden Jahren erhöht sich dieser Anteil um jeweils einen Prozentpunkt, bis 2012 der endgültige Anteil von 16 % erreicht wird. Die bis dahin geltende Festbetragsregelung wurde abgelöst. Den Kommunen wird damit eine erhebliche und dynamisch steigende Entlastung der grundsätzlich von ihnen zu tragenden Sozialhilfeleistungen durch den Bund zu teil. Die jetzige Regelung ist nach langen und schwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zustande gekommen und gibt den Kommunen Planungssicherheit.

## 7 Programme zur Investitionsförderung im Klimaschutz und im Verkehr

Der **Investitions pact Bund-Länder-Gemeinden** verfolgt das Ziel, kommunale Gebäude der sozialen Infrastruktur (wie Schulen, Kindergärten, Turnhallen) energetisch zu modernisieren.

Das Volumen des Pakts für 2008 umfasst 600 Mio. € Programmmittel. Der Bund übernimmt in Form von Finanzhilfen davon 200 Mio. €, Länder und Kommunen je 200 Mio. €. Die Aufteilung der Finanzhilfen des Bundes auf die Länder erfolgt entsprechend dem Anteil der Bevölkerung eines Landes an der Gesamtbevölkerung und dessen Anteil am gesamten Wohnungsbestand. Entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern können Kommunen in besonders schwieriger Haushaltsslage gefördert werden. Das heißt, unterstützt werden insbesondere Kommunen, die notwendige Investitionen

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

aufgrund kommunalaufsichtlicher Beschränkungen nicht mithilfe von Darlehen finanzieren können. Es können jedoch auch Gebiete gefördert werden, die in die Städtebauförderung von Bund und Ländern aufgenommen sind. Ebenfalls unterstützt werden können Untersuchungsgebiete, die die Länder in die Städtebauförderung aufnehmen, um zu untersuchen, ob und welche städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Der Bund übernimmt 33 1/3 % der förderfähigen Kosten. Die Länder können zulassen, dass Mittel, die ein geförderter Eigentümer (z. B. ein kirchlicher Träger) aufbringt, als kommunaler Eigenanteil gewertet werden, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass anderenfalls die Investition unterbleiben würde. Der von der Gemeinde selbst aufgebrachte Eigenanteil muss dabei mindestens 10 % der förderfähigen Kosten betragen. Mit dem Konjunkturpaket I wurde die Fortsetzung des Investitionspaktes über 2008 hinaus beschlossen.

Daneben stellt der Bund bereits seit Januar 2007 weitere finanzielle Mittel zur energetischen Sanierung von kommunalen Einrichtungen, wie Schulen, Schulsporthallen, Kindertagesstätten und Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen des **CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms** über die KfW-Förderbank zu Verfügung. Hierdurch erhalten die Kommunen und privaten Träger von gemeindlichen Einrichtungen die Möglichkeit, zinsverbilligte Darlehen zur energetischen Modernisierung der entsprechenden Gebäudekulisse in Anspruch zu nehmen. Die Förderprogramme werden über 2009 hinaus bis 2011 verstetigt.

Der Bund überträgt an die Länder Mittel zur Finanzierung des **öffentlichen Personennahverkehrs**. Hiervon profitieren auch die Kommunen. Im Jahr 2008 erhalten die Länder rund 6,7 Mrd. €, ab 2009 steigt dieser Betrag um 1,5 % jährlich. Mit diesen sogenannten Regionalisierungsmitteln ist insbesondere der

Schienenpersonennahverkehr zu finanzieren. Für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden erhalten die Länder bis zum Jahr 2013 zudem rund 1,34 Mrd. € jährlich. Zusätzlich werden mit Bundesprogrammen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz jährlich 332,6 Mio. € für den Bau oder Ausbau der ÖPNV-Schienenverkehrswege in Verdichtungsräumen zur Verfügung gestellt.

## 8 Weitere Aktivitäten zugunsten der Kommunen

Die Umsetzung des Verhandlungsergebnisses der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in der **Föderalismusreform I** enthält für die Kommunen wichtige Verbesserungen. Durch Bundesgesetze, die die Länder als eigene Angelegenheit ausführen, dürfen Gemeinden und Gemeindeverbänden unmittelbar keine Aufgaben mehr übertragen werden (Artikel 84 Absatz 1 GG neu). Dasselbe gilt gemäß Artikel 85 Absatz 1 GG (neu) auch für Gesetze im Bereich der Bundesauftragsverwaltung. Diese für die Kommunen wichtige Änderung bewirkt, dass die in den Landesverfassungen verankerten Konnexitätsregelungen zwischen Ländern und Kommunen zukünftig uneingeschränkt greifen. Länder und Kommunen profitieren davon, dass die Reform den Ländern zusätzlichen Gestaltungsspielraum zukommen lässt. Dieser gewährt ihnen bei der Anpassung an landesspezifische Notwendigkeiten weitere Flexibilität, um ihrer gestärkten Erstverantwortung für Städte, Gemeinden und Kreise gerecht zu werden.

Mit der Zielsetzung einer **aktiven Stadtentwicklung** entwickelt die Bundesregierung das Baugesetzbuch weiter zum Zweck der Förderung urbaner Zentren, der Sicherung einer verbrauchernahen Versorgung und der Umsetzung des Prinzips „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Weiterhin erfolgt eine Förderung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen durch

## Analysen und Berichte

### BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

die Vereinfachung von Bebauungsplanvorschriften. Die bestehenden Städtebauförderprogramme des Bundes werden weiter verbessert. Inhaltlich werden die kommunalen Bedürfnisse auch nach Maßgabe des zwischenzeitlich erreichten Fortschritts stärker berücksichtigt und stetig fortentwickelt.

Im Nationalen Integrationsplan zielt die Bundesregierung auf eine bessere **Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund** nach dem Prinzip „Fördern und fordern“ ab. Die Länder und Kommunen waren beim begleitenden Integrationsgipfel einbezogen. Das „Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU“ schöpft das staatliche Steuerungspotenzial weiter aus und

unterstützt die Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit.

Der EU-Vertrag sieht eine Stärkung der kommunalen Ebene vor. Daraus folgt der Abbau von Bürokratie und von Einschränkungen lokaler Handlungsfelder durch die Stärkung des **Subsidiaritätsprinzips auf EU-Ebene**. Hierzu gehört die Einbeziehung der Kommunen in die Subsidiaritätsprüfung. Mit der 2006 eingeführten Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Deutschen Bundestag können auf mitgliedstaatlicher Ebene mögliche Beeinträchtigungen der kommunalen Selbstverwaltung frühzeitig erkannt und die Interessen der Kommunen gewahrt werden.

# Mittelstand in Deutschland

## Eine Auswertung auf Basis amtlicher Daten der Steuerstatistik

1	Einleitung.....	71
2	Abgrenzung des Begriffs „Mittelstand“ .....	71
3	Aufbau der Untersuchung .....	72
4	Ergebnisse .....	73

- Verknüpft man den Begriff des „Mittelstands“ mit der Einkommenssituation anstelle der üblicherweise verwendeten Unternehmereigenschaft, dann können neben den Selbständigen auch Arbeitnehmer sowie Land- und Forstwirte in die Untersuchung einbezogen werden.
- Zieht man eine Einkommenshöhe von mindestens 55 000 € bis 60 000 € zur Definition von Mittelständlern heran, dann findet sich der klassische Mittelständler zwar in den Reihen der „Freien Berufe“. Gleichwohl rechnen aber auch Arbeitnehmer zu dieser Gruppe.

### 1 Einleitung

In den vergangenen Jahren wurden verstärkte Anstrengungen unternommen, die amtlichen Daten aus dem Besteuerungsverfahren einer stärkeren Nutzung sowohl im Bereich der Wissenschaft – hier sei insbesondere auf die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter von Bund und Ländern verwiesen – als auch für Zwecke der Quantifizierung von Steuerrechtsänderungen durch die obersten Finanzbehörden von Bund und Ländern zugänglich zu machen. Grundlage dafür war ein konsequenter Ausbau der amtlichen Steuerstatistiken in Verbindung mit erweiterten Nutzungsmöglichkeiten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen.

Wissenschaft und Verwaltung stehen damit heute für alle wichtigen Steuerarten – beispielsweise für die Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer – jährliche Statistiken zur Verfügung. Amtliche Daten aus dem Besteuerungsverfahren lassen sich auch für Zwecke der wirtschaftspolitischen Analyse nutzen. Dafür spricht neben dem Umfang und der Qualität der zur Verfügung stehenden Daten – allein die amtliche

Einkommensteuerstatistik bietet mit ihren etwa 28 Mio. Einkommensteuerveranlagungen ein äußerst umfangreiches Datenmaterial – insbesondere auch der Umstand, dass hiermit keine zusätzlichen Belastungen für die Auskunftspflichtigen verbunden sind.

In der nachfolgenden Analyse<sup>1</sup> soll auf Basis von Daten der Einkommensteuerstatistik 2004 eine mikroanalytische Betrachtung des Phänomens „Mittelstand“ vorgenommen werden. Steuerstatistische Daten können hier interessante Einblicke bieten, da gerade die Einkommensteuerstatistik auch umfassende Informationen zur Einkommensverteilung enthält.

### 2 Abgrenzung des Begriffs „Mittelstand“

Der Begriff „Mittelstand“ ist durch eine gewisse Unschärfe gekennzeichnet. Wesentlich sind in der Regel zwei Merkmale:

---

<sup>1</sup> Die nachfolgende Analyse stützt sich auf eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes für das Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

### MITTELSTAND IN DEUTSCHLAND

- Einkommenssituation und
- Selbständige unternehmerische Betätigung<sup>2</sup>.

Um ein möglichst umfassendes Bild des „Mittelstands“ in Deutschland zu erhalten, muss man den Begriff „Mittelstand“ von der Unternehmereigenschaft trennen. Nur vor diesem Hintergrund können dann auch Arbeitnehmer oder Land- und Forstwirte in die Betrachtung einbezogen werden.

Die nachfolgende Untersuchung unterscheidet zwischen Selbständigen, Arbeitnehmern sowie Land- und Forstwirten und setzt für die Beantwortung der Frage, ob und inwieweit eine bestimmte sozio-ökonomische Gruppe oder Teile davon zum Mittelstand rechnet, an der Einkommenssituation an.

### 3 Aufbau der Untersuchung

Als Ausgangspunkt wird auf die Lohn- und Einkommensteuerstatistik (EST-Statistik) 2004 zurückgegriffen. Um für die zu untersuchende Fragestellung zu möglichst aussagefähigen Auswertungen zu kommen, ist es notwendig, die Besonderheiten der EST-Statistik zu beachten.

- Die EST-Statistik bezieht sich auf Steuerpflichtige (Einkommensteuerpflichtige). Ein Steuerpflichtiger ist ein steuerlicher Veranlagungsfall mit allen wesentlichen – in anonymisierter Form vorliegenden –

---

<sup>2</sup> Der Begriff „Mittelstand“ wird typischerweise mit Familienunternehmen assoziiert. So definiert beispielsweise das Bonner Institut für Mittelstandsforschung Familienunternehmen als Unternehmen, bei denen Eigentums- und Leitungsrechte in der Person des Unternehmers vereint sind. Alternativ zählen nach der Definition des Bonner Instituts auch solche Unternehmen zum Mittelstand, die weniger als 500 Beschäftigte beziehungsweise weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz aufweisen.

Daten von Steuererklärung und Steuerbescheid. Ein Veranlagungsfall kann ein nach der Grundtabelle besteuerte Alleinverdiener oder auch ein zusammen veranlagtes Ehepaar sein, das in der statistischen Auswertung auch dann als ein Steuerpflichtiger definiert wird, wenn beide Ehegatten Einkommen erzielen.

- Insbesondere diese Doppelverdienerfälle können die statistischen Auswertungen zur Höhe des Einkommens verfälschen. Ein weiteres Problem der Datenbasis im Hinblick auf die Fragestellung „Mittelstand“ besteht darin, dass in der EST-Statistik auch Personen mit geringfügigen Einkünften beziehungsweise Nebeneinkünften erfasst sind, deren Höhe keine Grundlage für eine eigenständige wirtschaftliche Existenz darstellen kann.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden nicht der Begriff des Steuerpflichtigen, sondern der Begriff des Einkommensbeziehers zugrunde gelegt. Inhaltlich wird dabei wie folgt verfahren:

- Soweit es sich um Fälle der Grundtabelle handelt, sind die Einkünfte des Steuerpflichtigen und Einkünfte des Einkommensbeziehers identisch.
- In den Fällen der Splittingtabelle gilt bei Alleinverdienern wieder, dass das Einkommen des Steuerpflichtigen identisch mit dem Einkommen des Einkommensbeziehers ist. Zu den Alleinverdienerfällen rechnen Steuerpflichtige, bei denen der Ehegatte entweder keine oder nur geringfügige Einkünfte erzielt. Geringfügige Einkünfte liegen dann vor, wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte kleiner ist als der Grundfreibetrag (7 664 € nach Tarif 2007) und die Einkünfte weniger als 30 % der gemeinsamen Einkünfte betragen.
- Die übrigen zusammen veranlagten steuerpflichtigen Ehepaare (Beidverdiener)

## Analysen und Berichte

### MITTELSTAND IN DEUTSCHLAND

werden auf zwei Einkommensbezieher aufgeteilt.

Als Grundgesamtheit wird dabei von den veranlagten Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen ausgegangen. Damit wird eine Verzerrung der Auswertungsergebnisse durch zahlreiche wirtschaftlich nicht eigenständige Bezieher von geringfügigen Einkünften vermieden. Für die so erstellte Grundgesamtheit der Einkommensbezieher wird eine Auswertung nach Terzilen – d. h. eine Aufteilung der Steuerpflichtigen in der Form, dass sich in jedem der drei Terzile die gleiche Anzahl Steuerpflichtiger befindet – sowie nach den Durchschnittswerten für alle Einkommensbezieher durchgeführt.

Die Auswertung erfolgt für folgende sozio-ökonomische Gruppen:

- Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer,
- Selbständige sowie
- Land- und Forstwirte.

Die Zuordnung der Einkommensbezieher zu den genannten Gruppen erfolgt nach der überwiegenden Einkunftsart, d. h.:

Bei Arbeitnehmern liegen überwiegend Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit vor;

bei Selbständigen liegen überwiegend Einkünfte entweder aus selbständiger Arbeit oder aus Gewerbebetrieb vor;

bei Land- und Forstwirten liegen überwiegend Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft vor.

Bei der Auswertung wird jeweils der Gesamtbetrag sämtlicher Einkünfte zugrunde gelegt, nicht nur der überwiegende Teil der Einkünfte.

## 4 Ergebnisse

Die folgende Tabelle fasst die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung zusammen. Dabei wurden zunächst für alle in die Untersuchung einbezogenen Gruppen die durchschnittlichen Einkünfte jeder Gruppe nach der oben genannten Definition ermittelt. Anschließend wurden diese nach Terzilen aufgegliedert.

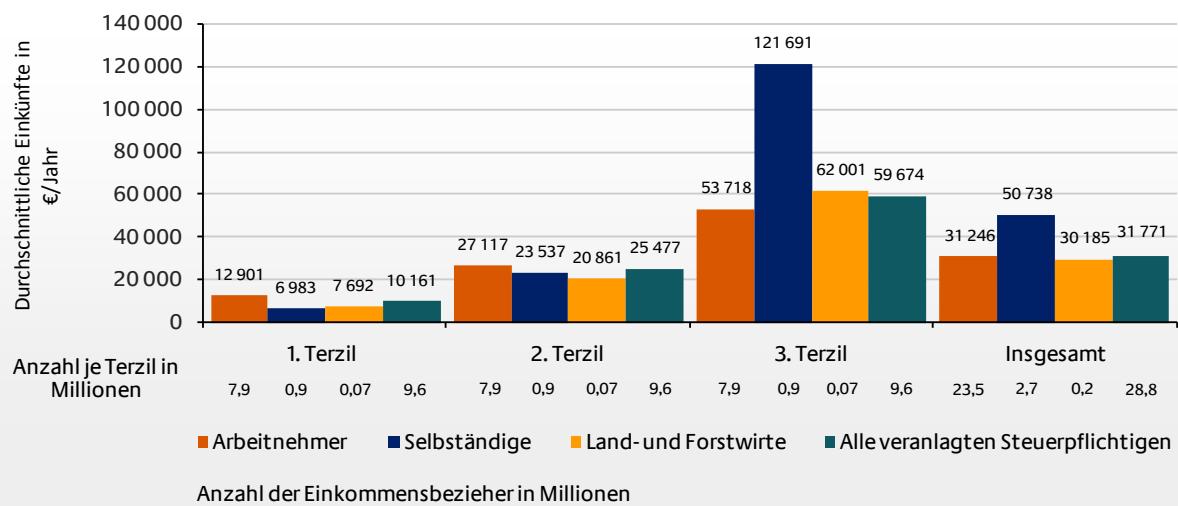
**Tabelle 1: Überblick über die wichtigsten Ergebnisse nach Einkommensbeziehern**  
Basis: Einkommensteuerstatistik 2004

	Alle	Arbeitnehmer	Selbständige	Land- u. Forstwirte
Durchschnittliche Einkünfte in €/Jahr				
<b>1. Alle Einkommensbezieher</b>	31 771	31 246	50 738	30 185
Anzahl in Millionen				
	28,8	23,5	2,7	0,2
Anzahl je Terzil in Millionen				
	9,6	7,9	0,9	0,07
Durchschnittliche Einkünfte in €/Jahr				
<b>2. Auswertung nach Terzilen</b>				
1. Terzil	10 161	12 901	6 983	7 692
2. Terzil	25 477	27 117	23 537	20 861
3. Terzil	59 674	53 718	121 691	62 001

## Analysen und Berichte

MITTELSTAND IN DEUTSCHLAND

**Abbildung 1: Vergleich der sozio-ökonomischen Gruppen nach durchschnittlicher Höhe der Einkünfte  
nur veranlagte Steuerpflichtige**



Die Ergebnisse der vorstehenden Übersicht sind hier noch einmal grafisch dargestellt.

Dabei wird folgendes deutlich:

- Im ersten und im zweiten Terzil erzielen jeweils die Arbeitnehmer das höchste Durchschnittseinkommen.
- Im dritten Terzil dominieren von der Einkommenshöhe her ganz klar die Selbständigen. Land- und Forstwirte sowie Arbeitnehmer liegen ihrerseits relativ nah am Durchschnittseinkommen in diesem Terzil.

Vergleicht man die jeweiligen sozio-ökonomischen Gruppen in den drei Tercilen mit der Auswertung über alle veranlagten Steuerpflichtigen, dann zeigt sich, dass gut zwei Drittel der in die Auswertung einbezogenen Einkommensbezieher Einkünfte unterhalb des Gesamtdurchschnitts haben.

Im 1. und 2. Tercil haben die Arbeitnehmer die höchsten Einkünfte. Es fällt außerdem auf, dass gerade die Selbständigen im 1. Tercil deutlich unterdurchschnittliche Einkünfte aufweisen.

Geht man davon aus, dass ein Mittelständler mit seinem Einkommen oberhalb des Gesamtdurchschnitts aller Einkommensbezieher liegt, dann bieten sich die Durchschnitswerte des 3. Tercils als Maßstab für die Untergrenze für ein mittelständisches Einkommen an. Demnach würde der Mittelständler bei einem Jahreseinkommen von etwa 55 000 € bis 60 000 € beginnen und zum oberen Drittel der Einkommensbezieher gehören.

Der so abgeleitete Maßstab kann anhand konkreter Einkommenserhebungen für bestimmte Berufsgruppen überprüft werden.

## Analysen und Berichte

MITTELSTAND IN DEUTSCHLAND

**Tabelle 2: Bruttojahresverdienste in ausgewählten Berufen**

Basis: Verdienststrukturerhebung 2006

Berufe	Bruttojahresverdienst	
	insgesamt	darunter Sonderzahlungen
	in €	
Maschinenbautechniker	56 779	6 747
Chemietechniker, Physikotechniker	50 197	6 050
Industriemeister, Werkmeister	56 040	6 662
Chemielaboranten	44 475	5 827
Technische Zeichner	40 306	3 728
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	45 588	4 783
Verkäufer	29 387	2 094
Bankfachleute	53 896	9 243
Speditionskaufleute	39 823	3 640
Werbefachleute	46 753	4 142
Schienenfahrzeugführer	33 728	2 883
Kraftfahrzeugführer	28 644	1 365
Luftverkehrsberufe	77 796	6 108
Postverteiler	28 864	2 473
Buchhalter	45 044	4 609
Kassierer	27 736	2 336
Datenverarbeitungsfachleute	57 986	6 615
Bürofachkräfte	41 138	4 254

Die nachstehenden Arbeitnehmer-Einkommen aus der Verdienststrukturerhebung 2006 des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass der abgeleitete Maßstab durchaus zu plausiblen Ergebnissen führt. Eine Reihe von Arbeitnehmern liegt über der Grenze von etwa 55 000 € und rechnet damit zum Mittelstand.

Die klassischen Mittelständler finden sich in den Reihen der Freien Berufe. Hierzu liegen Ergebnisse einer Sonderauswertung der ESt-Statistik 2001 und 2004 vor.

Die Übersicht „Einkünfte in einigen ausgewählten Freien Berufen“ zeigt, dass bei den Freiberuflern – erwartungsgemäß – ein erheblich höherer Anteil über der

Mittelstandsschwelle von 55 000 € bis 60 000 € pro Jahr liegt als bei den Arbeitnehmern.

Aber auch bei den Freiberuflern gibt es einige Gruppen mit niedrigen Einkommen, die von der Einkommenshöhe her nicht mehr zum Mittelstand zu rechnen sind. Bei keiner Gruppe ist der Abstand zwischen den wenig und den hoch Verdienenden allerdings so groß wie bei den Freiberuflern:

Mit einem Durchschnittseinkommen von über 150 000 € liegen 2004 die Notare an der Spitze und mit einem Durchschnittseinkommen von unter 14 000 € die künstlerischen Berufe am unteren Ende der Einkommensskala.

 Analysen und Berichte

MITTELSTAND IN DEUTSCHLAND

**Tabelle 3: Lohn- und Einkommensteuerstatistik**  
**Ausgewählte Freie Berufe<sup>1</sup>**  
Steuerpflichtige mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Freien  
Berufen insgesamt

Berufsgruppe	Steuerfälle		Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit			
			Insgesamt		je Steuerfall	
	2001	2004	2001	2004	2001	2004
Anzahl		1000 €		in €		
<b>Rechtsanwälte, Notare (einschl. Patentanwälte)</b>	<b>56 777</b>	<b>64 039</b>	<b>3 374 660</b>	<b>3 763 601</b>	<b>59 437</b>	<b>58 770</b>
Rechtsanwälte ohne Notariat	45 736	51 877	2 419 771	2 728 180	52 907	52 589
Rechtsanwälte mit Notariat <sup>2</sup>	7 909	8 777	523 800	558 006	66 228	63 576
Notare	1 878	1 923	283 113	291 275	150 752	151 469
Patentanwälte	1 254	1 462	147 976	186 140	118 003	127 319
<b>Freiberufliche Tätigkeit im Bereich sonstiger Rechtsberatung</b>	<b>7 282</b>	<b>9 290</b>	<b>269 517</b>	<b>333 475</b>	<b>37 011</b>	<b>35 896</b>
<b>Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer</b>	<b>2 489</b>	<b>2 640</b>	<b>148 026</b>	<b>155 453</b>	<b>59 472</b>	<b>58 884</b>
Wirtschaftsprüfer	2 020	2 202	125 779	134 436	62 267	61 052
Vereidigte Buchprüfer	469	438	22 246	21 017	47 433	47 984
<b>Steuerberater und Steuerbevollmächtigte</b>	<b>36 118</b>	<b>38 322</b>	<b>2 540 496</b>	<b>2 654 445</b>	<b>70 339</b>	<b>69 267</b>
Steuerberater	24 914	28 181	1 719 576	1 940 227	69 020	68 849
Steuerbevollmächtigte	11 204	10 141	820 918	714 218	73 270	70 429
<b>Sonstige Wirtschaftsberater (ohne Vermögensberater und -verwalter)</b>	<b>36 196</b>	<b>47 170</b>	<b>1 308 462</b>	<b>1 537 688</b>	<b>36 149</b>	<b>32 599</b>
Marktforscher	1 663	1 796	33 290	30 331	20 018	16 888
Meinungsforscher	400	461	6 447	4 747	16 118	10 297
Unternehmens- und Publicrelations-Berater	34 133	44 913	1 268 725	1 502 610	37 170	33 456
<b>Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung zusammen</b>	<b>17 809</b>	<b>23 582</b>	<b>659 509</b>	<b>734 031</b>	<b>37 032</b>	<b>31 127</b>
Hardwareberater	2 646	2 702	103 083	90 239	38 958	33 397
Softwareberater	5 294	7 210	202 895	249 698	38 325	34 632
Softwareentwickler	5 333	7 468	199 696	236 992	37 445	31 734
Sonstige Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung	4 536	6 202	153 835	157 102	33 914	25 331
<b>Forschungs- und Entwicklungstätigkeit</b>	<b>14 947</b>	<b>15 733</b>	<b>396 912</b>	<b>423 040</b>	<b>26 555</b>	<b>26 889</b>
<b>Werbung</b>	<b>12 584</b>	<b>14 773</b>	<b>241 496</b>	<b>212 388</b>	<b>19 191</b>	<b>14 377</b>

 Analysen und Berichte

MITTELSTAND IN DEUTSCHLAND

**noch Tabelle 3: Lohn- und Einkommensteuerstatistik  
Ausgewählte Freie Berufe<sup>1</sup>**  
Steuerpflichtige mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Freien  
Berufen insgesamt

Berufsgruppe	Steuerfälle		Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit				
			insgesamt		je Steuerfall		
	2001	2004	2001	2004	2001	2004	
Anzahl		1000 €		in €			
<b>Lehrtätigkeit</b>	<b>112 808</b>	<b>132 580</b>	<b>1 657 850</b>	<b>1 870 978</b>	<b>14 696</b>	<b>14 112</b>	
Tanzlehrer	2 133	2 327	37 479	34 519	17 571	14 834	
Sportlehrer	8 192	9 441	96 299	106 701	11 755	11 302	
Fahrschullehrer	11 110	10 917	321 866	346 052	28 971	31 698	
Lehrer in Bootsführer-, Segel- und Flugschulen	452	427	5 981	5 399	13 232	12 644	
Freiberuflich tätige Lehrer	90 921	109 468	1 196 227	1 378 307	13 157	12 591	
<b>Ärzte (Ärzte für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte und Fachärzte)</b>	<b>126 318</b>	<b>132 452</b>	<b>12 178 470</b>	<b>13 298 316</b>	<b>96 411</b>	<b>100 401</b>	
<b>Zahnärzte (einschl. Dentisten), ohne Zahntechniker</b>	<b>43 217</b>	<b>44 759</b>	<b>4 734 873</b>	<b>5 225 572</b>	<b>109 560</b>	<b>116 749</b>	
<b>Tierärzte</b>	<b>9 197</b>	<b>9 445</b>	<b>363 540</b>	<b>392 640</b>	<b>39 528</b>	<b>41 571</b>	
<b>Heilpraktiker</b>	<b>13 990</b>	<b>17 502</b>	<b>234 886</b>	<b>275 871</b>	<b>16 790</b>	<b>15 762</b>	
<b>Sonstige Heilberufe</b>	<b>81 756</b>	<b>97 094</b>	<b>2 542 770</b>	<b>3 097 034</b>	<b>31 102</b>	<b>31 897</b>	
Psychologische Psychotherapeuten	17 157	22 402	542 584	739 203	31 625	32 997	
Masseure, medizinische Bademeister, Krankengymnasten, Hebammen und verwandte Berufe	31 148	36 744	870 820	1 062 500	27 957	28 916	
Sonstige selbständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	33 451	37 948	1 129 366	1 295 331	33 762	34 134	
<b>Architekten, Innenarchitekten, Vermessungs- und Bauingenieure (ohne Film- und Bühnenarchitekten)</b>	<b>92 308</b>	<b>97 008</b>	<b>3 134 150</b>	<b>2 853 812</b>	<b>33 953</b>	<b>29 418</b>	
Tätigkeiten im Bereich Hochbau und Innenarchitektur	45 641	48 106	1 488 167	1 310 164	32 606	27 235	
Tätigkeiten im Bereich Orts-, Regional- und Landesplanung	3 273	3 775	80 168	87 728	24 494	23 239	
Tätigkeiten im Bereich Garten- und Landschaftsgestaltung	2 322	2 825	54 296	59 554	23 383	21 081	
Bautechnische Gesamtplanung	31 288	33 543	1 131 685	1 090 328	36 170	32 505	
Baufachliche Gutachter	7 172	6 129	239 526	164 571	33 397	26 851	
Vermessungsingenieure	2 612	2 630	140 313	141 467	53 719	53 790	
<b>Sonstige Ingenieure und Techniker</b>	<b>48 331</b>	<b>51 859</b>	<b>1 733 076</b>	<b>1 692 251</b>	<b>35 858</b>	<b>32 632</b>	
Ingenieure für technische Fachplanung	36 158	37 996	1 359 955	1 286 429	37 611	33 857	
Industrie-Designer	2 960	3 871	68 226	77 872	23 049	20 117	
Technisch-wirtschaftliche Beratungstätigkeit	9 213	9 992	304 893	327 950	33 094	32 821	

 Analysen und Berichte

MITTELSTAND IN DEUTSCHLAND

**noch Tabelle 3: Lohn- und Einkommensteuerstatistik  
Ausgewählte Freie Berufe<sup>1</sup>  
Steuerpflichtige mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Freien  
Berufen insgesamt**

<b>Berufsgruppe</b>	<b>Steuerfälle</b>		<b>Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit</b>			
			<b>insgesamt</b>		<b>je Steuerfall</b>	
	<b>2001</b>	<b>2004</b>	<b>2001</b>	<b>2004</b>	<b>2001</b>	<b>2004</b>
<b>Anzahl</b>		<b>1000 €</b>		<b>in €</b>		
<b>Chemiker, Chemotechniker, Physiker</b>	<b>3 857</b>	<b>4 573</b>	<b>110 259</b>	<b>123 518</b>	<b>28 587</b>	<b>27 010</b>
Technische Untersuchung und Beratung	2 595	3 199	78 223	85 663	30 144	26 778
Physikalische Untersuchung und Beratung	598	670	15 318	16 576	25 615	24 740
Chemische Untersuchung und Beratung	664	704	16 716	21 279	25 175	30 226
<b>Künstlerische Berufe</b>	<b>110 334</b>	<b>120 432</b>	<b>1 684 590</b>	<b>1 661 292</b>	<b>15 268</b>	<b>13 794</b>
Bildende Künstler	25 704	28 005	333 125	326 504	12 960	11 659
Restauratoren	1 313	1 483	22 135	22 577	16 858	15 224
Komponisten und Musikbearbeiter	7 926	8 340	146 875	153 864	18 531	18 449
Schriftsteller	24 436	28 188	422 887	456 614	17 306	16 199
Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler	37 434	44 295	470 078	549 370	12 558	12 403
Filmhersteller, Kameramann	4 728	4 917	99 952	95 722	21 140	19 468
Sonstige kulturelle und unterhaltende Tätigkeit	8 793	5 204	189 538	56 641	21 556	10 884
<b>Freiberufliche Tätigkeit im Bereich Journalismus</b>	<b>37 779</b>	<b>44 633</b>	<b>643 335</b>	<b>733 534</b>	<b>17 029</b>	<b>16 435</b>
Tätigkeit in Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	661	640	12 396	11 192	18 753	17 488
Journalisten und Pressefotografen	37 118	43 993	630 943	722 342	16 998	16 419
<b>Freiberuflich tätige Fotografen</b>	<b>6 503</b>	<b>6 868</b>	<b>132 282</b>	<b>125 432</b>	<b>20 342</b>	<b>18 263</b>
<b>Übersetzer und Dolmetscher</b>	<b>14 039</b>	<b>15 927</b>	<b>249 280</b>	<b>261 838</b>	<b>17 756</b>	<b>16 440</b>
<b>Textil-, Schmuck- und Möbeldesigner</b>	<b>16 190</b>	<b>18 487</b>	<b>356 310</b>	<b>306 459</b>	<b>22 008</b>	<b>16 577</b>
<b>Freiberuflich tätige Sachverständige</b>	<b>6 944</b>	<b>6 223</b>	<b>199 967</b>	<b>222 064</b>	<b>28 797</b>	<b>35 684</b>
<b>Lotsen</b>	<b>758</b>	<b>867</b>	<b>68 859</b>	<b>90 534</b>	<b>90 843</b>	<b>104 422</b>
<b>Freie Berufe insgesamt</b>	<b>908 531</b>	<b>1 016 258</b>	<b>38 963 582</b>	<b>42 045 268</b>	<b>42 886</b>	<b>41 373</b>

<sup>1</sup> Die Daten sind zum Teil mit den vorherigen Erhebungen nicht vergleichbar.

<sup>2</sup> Diese Kombination ist nicht in allen Bundesländern vertreten.

## Analysen und Berichte

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

# Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen

## Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen

1	Einleitung.....	79
2	Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote .....	79
3	Struktur des Steueraufkommens.....	81
4	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften .....	83
5	Internationaler Kontext .....	84
6	Ausblick .....	86

- Mit dem Einbruch der Steuereinnahmen in diesem und im nächsten Jahr sinkt die Steuerquote auf 21,4 % im Jahr 2010. Sie wird bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2013 nicht über 21,8 % steigen.
- Mittelfristig überwiegt der Anteil der indirekten Steuern wieder leicht.
- Die Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden ist relativ stabil.
- Deutschland hat im internationalen Vergleich weiterhin eine der niedrigsten Steuerquoten.

## 1 Einleitung

In der Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 12. bis 14. Mai 2009 wurden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden für die Jahre 2009 bis 2013 prognostiziert. Dabei wurden sowohl die gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Umstände als Folge der gravierenden Krise am Finanzmarkt als auch die gegensteuernden Maßnahmen der Bundesregierung berücksichtigt. Nachfolgend soll insbesondere untersucht werden, wie sich die Steuerstruktur und die Verteilung der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren voraussichtlich ändern werden und wie sich diese Veränderungen in die langfristige Entwicklung einfügen. Schließlich erfolgt eine internationale Einordnung der Steuer- und Sozialabgabenstruktur in Deutschland.

## 2 Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote

Aufgrund der verheerenden Finanzkrise und deren immer spürbarer werdenden negativen Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft werden die Steuereinnahmen nach Einschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ in bisher nicht da gewesemem Umfang zurückgehen. Gegenüber dem Ansatz der letzten November-Schätzung rechnet der Arbeitskreis für das Jahr 2009 mit einem Rückgang der Steuereinnahmen um 45 Mrd. € auf 527 Mrd. €. Ging der Arbeitskreis in seiner November-Schätzung 2008 noch von einem Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von + 2,0 % aus, basieren die Annahmen der jüngsten Mai-Steuerschätzung auf einem Rückgang des nominalem BIP um - 5,3 %. Im Vergleich zur jeweils letzten Schätzung (für 2009: November 2008; für 2010-2012: Mai 2008)

## Analysen und Berichte

### STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

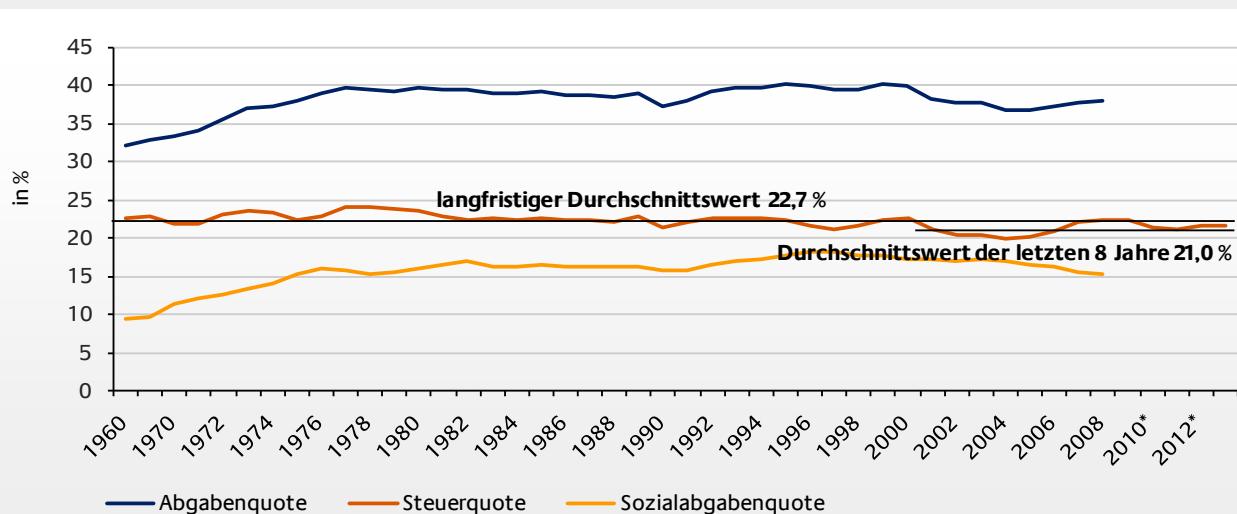
werden in der aktuellen Schätzung für den Zeitraum 2009 bis 2012 insgesamt 316 Mrd. € weniger an Steuereinnahmen prognostiziert. Damit wurde die seit 2003 im Umfeld einer günstigen Konjunktur zu verzeichnende Phase steigender Steuereinnahmen drastisch beendet. Einen Anteil von rund einem Drittel an der Minderung des zu erwartenden Steueraufkommens haben die massiven Entlastungen im Einkommensteuerrecht, die mit den beiden Konjunkturpaketen, der Wiedereinführung der Entfernungspauschale und dem Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung verbunden sind. Die eigentliche, konjunkturbedingte Schätzabweichung beträgt somit nur zwei Drittel beziehungsweise 213 Mrd. €. Bund, Länder und Gemeinden werden insgesamt im Jahr 2009 Steuereinnahmen unter dem Niveau des Jahres 2007 erzielen und dies bei zwischenzeitlich gestiegenen staatlichen Ausgaben zu verkraften haben.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote als Verhältnis von Steuereinnahmen zum nominalen BIP in der Abgrenzung der Finanzstatistik wird sich von 22,5 % im Jahr 2008 auf voraussichtlich 22,3 % im Jahr 2009 nur leicht verringern und damit noch zwei

Prozentpunkte über dem niedrigsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik aus dem Jahre 2004 (20,1 %) liegen. Im Jahr 2010 wird die Steuerquote dann deutlich um fast einen Prozentpunkt auf 21,4 % zurückgehen. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2013 wird sie trotz konjunktureller Erholungsphase voraussichtlich nicht über 21,8 % steigen (vgl. Abbildung 1). Der langfristige Durchschnittswert beträgt 22,7 %.

Die Aufkommenselastizität als Verhältnis von relativer Veränderung der Steuereinnahmen zur relativen Veränderung des nominalen BIP lag noch im Jahr 2007 - bedingt vor allem durch die Anhebung des Umsatzsteuernormalsatzes - deutlich über 2, d. h. die Steuereinnahmen sind stärker als die Wirtschaft gewachsen. Umgekehrt führen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die hohen Steuerentlastungen insbesondere durch das Bürgerentlastungsgesetz dazu, dass die Aufkommenselastizität im Jahr 2010 bei - 2,7 liegen wird. Ungeachtet unterstellter wirtschaftlicher Erholung (nominal +1,2 %) sinken die Steuereinnahmen im Jahr 2010 weiter auf dann 510 Mrd. €.

Abbildung 1: Steuer- und Abgabenquote in Deutschland



\*Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009.

## Analysen und Berichte

### STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

Die Einbeziehung der Beiträge zur Sozialversicherung führt zur Abgabenquote als Verhältnis von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zum nominalen BIP. Die Abgabenquote in der Abgrenzung der Finanzstatistik fiel von 40 % im Jahr 2000 auf 37,9 % im Jahr 2008, wobei sie sich in den vergangenen Jahren wegen gestiegener Steuereinnahmen leicht erhöhte (vgl. Abbildung 1). Dabei wirken sich der erhöhte Bundeszuschuss zur Stabilisierung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung und die mehrmalige Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung bei der Sozialabgabenquote niveumindernd aus.

### 3 Struktur des Steueraufkommens

Die Analyse von Steuer- und Abgabenquoten liefert noch keine Aufschlüsse über die Struktur des deutschen Steuersystems. Dazu sind Betrachtungen des Aufkommens und der Entwicklung einzelner Steuerarten nötig. So machen im Jahr 2008 allein die Steuern vom Einkommen (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) und die Steuern vom Umsatz bereits 73 % der gesamten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus. Zusammen mit der Energiesteuer (frühere Mineralölsteuer) und der Gewerbesteuer steigt dieser Anteil auf über 87 %. Werden noch die Tabaksteuer und die Grundsteuer hinzugezählt, dann entfallen fast 92 % der gesamten Steuereinnahmen auf die acht größten Steuern (vgl. Abbildung 2)<sup>1</sup>.

Hervorzuheben sind die Rückgänge bei der Körperschaftsteuer, die zunächst nach deren Reform im Jahr 2008 und nun auch im Jahr 2009 jeweils um fast ein Drittel zurückging.

Das Niveau aus dem Jahre 2008 wird erst wieder 2011 erreicht werden. Auch die Einkommensteuer wird sich im Jahr 2009 um gut 9 % reduzieren und erst im Jahr 2011 wieder leicht zulegen. Bei der für die Gemeinden wichtigen Gewerbesteuer wird ebenfalls im Jahr 2009 der größte Rückgang erwartet: knapp - 15 %. Dagegen werden bei der Umsatzsteuer - trotz Rezession - keine Rückgänge prognostiziert.

Mit der Konjunkturbelebung werden die Einkommensteuer (2011) und Körperschaftsteuer (2010) wieder an Gewicht gewinnen, während die Steuern vom Umsatz im Steuermix leicht an Bedeutung verlieren, aber noch rund ein Drittel ausmachen. Bis zum Jahr 2013 werden sich - gemessen am Steueraufkommen - die Anteile der Tabaksteuer und Energiesteuer nach der Prognose verringern.

Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen lag im Jahr 2008 mit 51,7 % über dem Anteil der indirekten Steuern. Der bereits für den Zeitraum 2001 bis 2005 festzustellende größere Anteil der indirekten Steuern wird auch für die Jahre 2009 bis 2011 prognostiziert (vgl. Abbildung 3. Hierin spiegelt sich der durch die Wirtschaftskrise und steuerliche Entlastungen bedingte Einbruch bei den Ertragsteuern wider.

Die Aufkommenselastizität der direkten Steuern bezüglich des nominalen BIP ist im Zeitraum bis 2013 deutlich größer als die der indirekten Steuern. Dies ist auf den progressiven Einkommensteuertarif und die mittelfristig erwartete starke Entwicklung der Bemessungsgrundlagen der gewinnabhängigen Steuern zurückzuführen. Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen wird sich daher auf Basis des unterstellten Konjunkturverlaufs auf 50,7 % im Jahr 2013 erhöhen.

<sup>1</sup> Der Begriff „Einkommensteuer“ umfasst dabei die Erhebungsformen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sowie nicht veranlagte Steuern vom Ertrag.

 Analysen und Berichte

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

Abbildung 2: Anteil einzelner Steuerarten am Steueraufkommen 2008

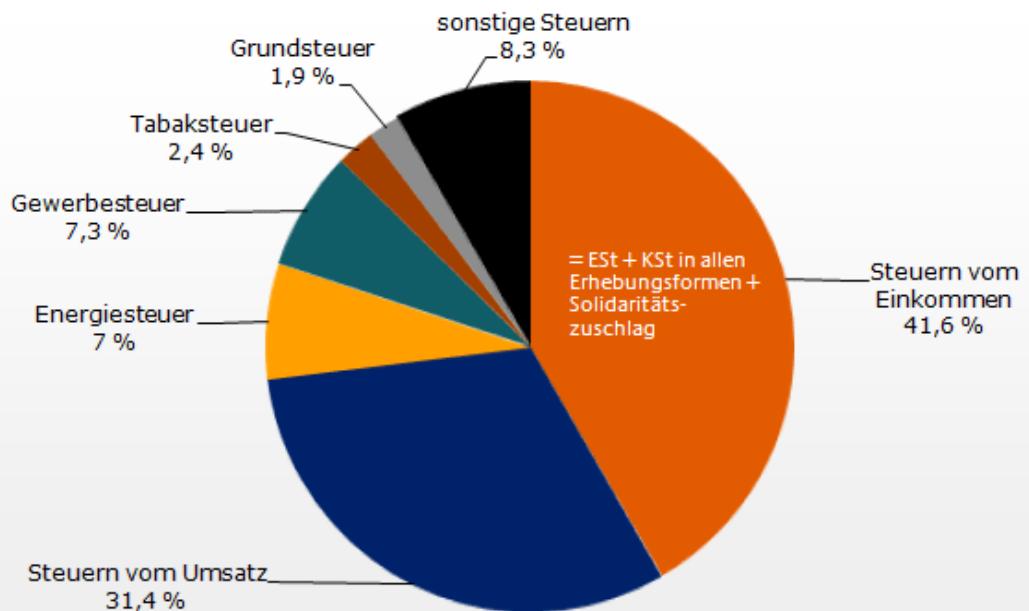
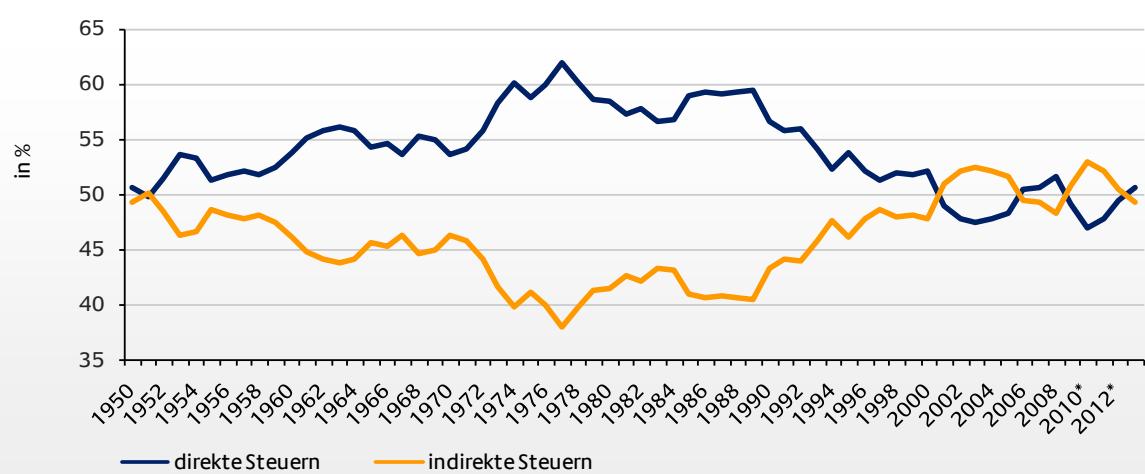


Abbildung 3: Anteil der direkten und indirekten Steuern am Steueraufkommen



\*Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009.

## Analysen und Berichte

### STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

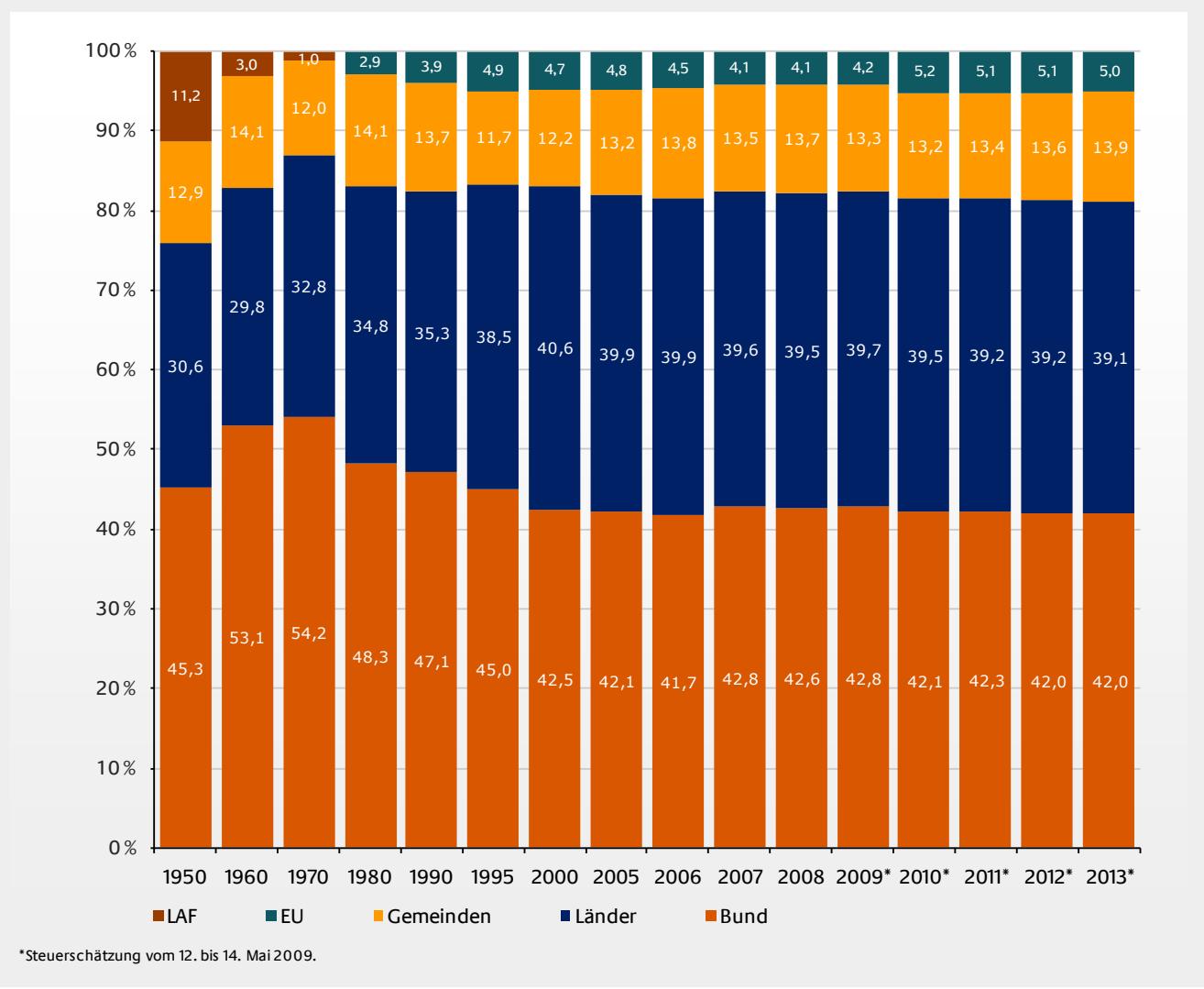
## 4 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Verglichen mit der Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften im Jahre 2007 sind die Verhältnisse im Jahr 2008 nahezu konstant geblieben. Der Anteil des Bundes am Steueraufkommen beträgt 42,6 % (vgl. Abbildung 4). Die Länder partizipieren in Höhe von 39,5 % am Steueraufkommen. Der Bundesanteil hat sich im Vergleich zum Länderanteil in der Vergangenheit verringert

und mindert sich zudem spiegelbildlich zur Erhöhung des der EU zufließenden Anteils. Der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen hat sich auf 13,7 % leicht erhöht. Die EU erhielt erneut 4,1 % des Steueraufkommens.

Die Struktur der Steueranteile bei Bund und Ländern hat sich im Laufe der Jahrzehnte erheblich verändert (vgl. Abbildung 5). Beim Bund sank der Anteil der indirekten Steuern von rund 75 % in den 50er und 60er Jahren auf rund 55 % in den 70er und 80er Jahren. Im Jahr 2008 erreichte er knapp 59 %. Bei den Ländern ist dagegen der Anteil der indirekten Steuern, der in den 50er und 60er Jahren bei rund 16 %

**Abbildung 4: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften in % des Steueraufkommens**

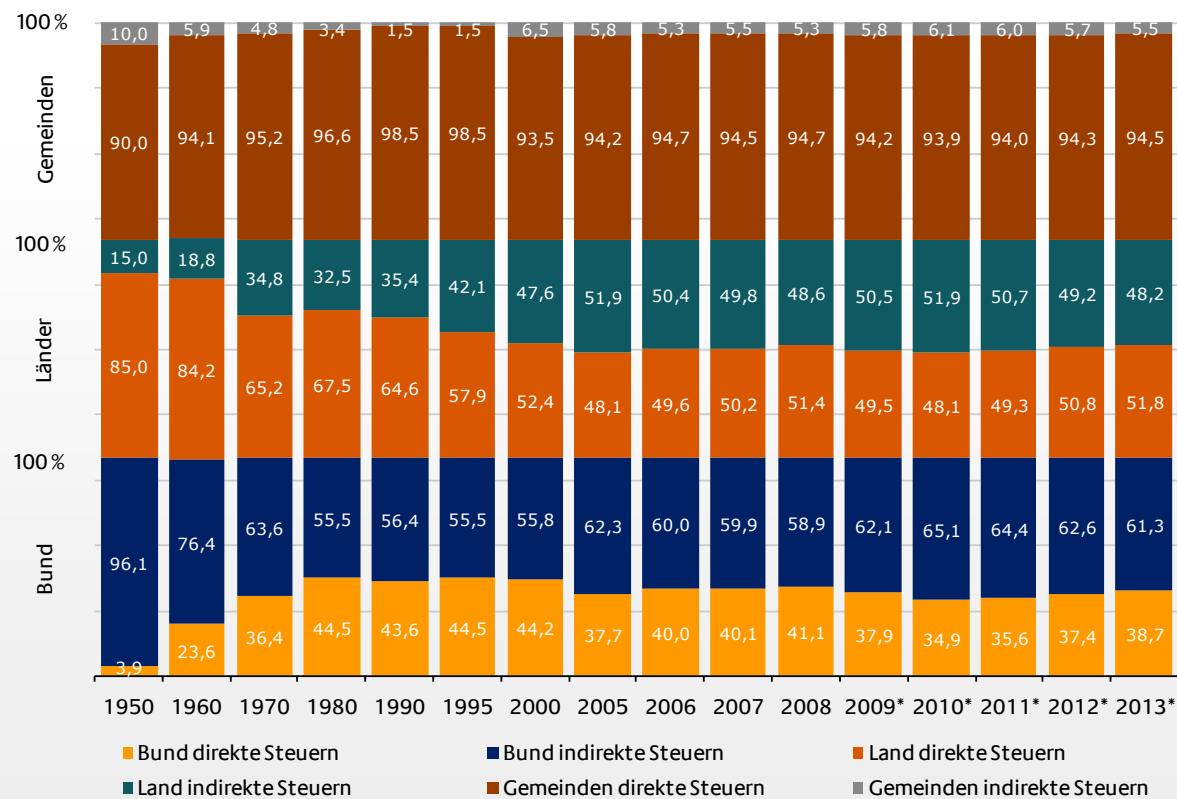


\* Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009.

## Analysen und Berichte

### STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

Abbildung 5: Struktur der Steueranteile der Gebietskörperschaften



\*Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009.

lag, im Laufe der Zeit deutlich gestiegen und erreichte im Jahr 2008 ein Niveau von über 51%. Damit haben die Länder ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis von direkten und indirekten Steuern. Die Gemeinden erhalten ihren Anteil am Steueraufkommen zum weit überwiegenden Teil aus direkten Steuern; im Jahr 2008 waren es knapp 95%.

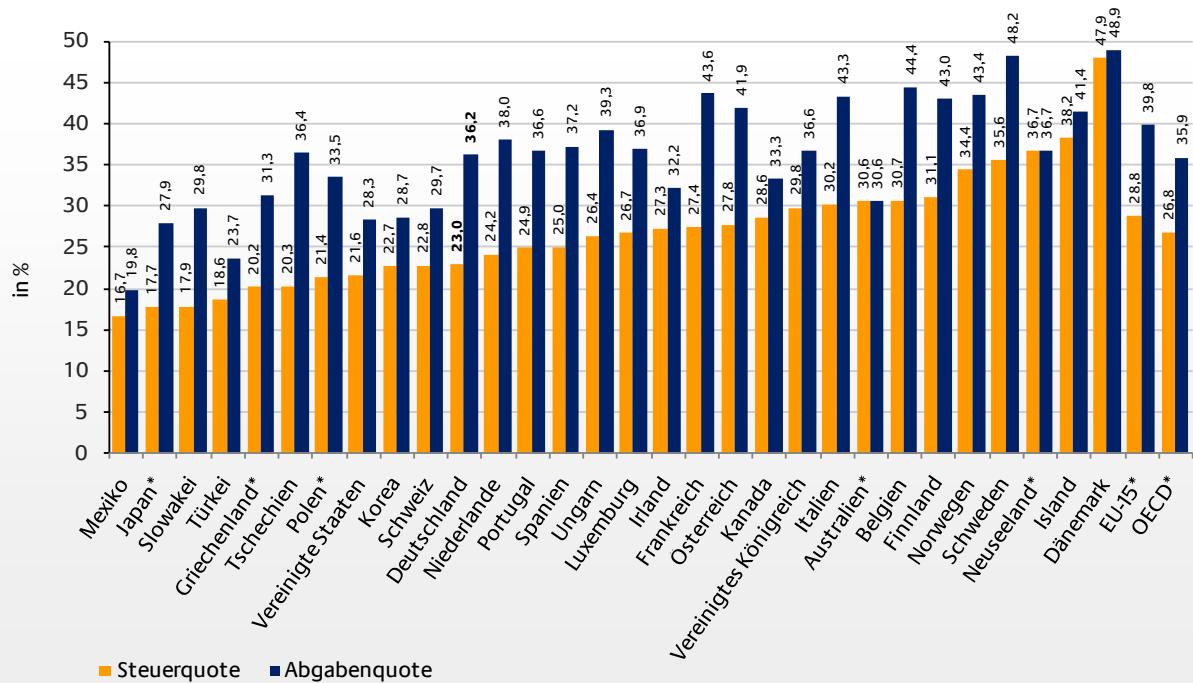
## 5 Internationaler Kontext

Im internationalen Vergleich für 2007 (nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD) hat Deutschland mit 23,0 % eine niedrige Steuerquote. Von den EU-Staaten in der OECD belegt Deutschland Platz 5; nur die Slowakei mit 17,9 %, Griechenland mit 20,2 %, Tschechien mit 20,3 % und Polen mit 21,4 % weisen niedrigere Werte auf (vgl. Abbildung 6). Mit einer Abgabenquote von 36,2 % liegt Deutschland auch 2007 auf einem international mittleren Niveau: noch unter dem Durchschnittswert der OECD-Staaten und innerhalb der EU-Staaten wiederum auf Platz 5.

## Analysen und Berichte

### STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

Abbildung 6: Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich (OECD, 2007)



\*Werte für 2006.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2007, Paris 2008.

Dabei wird die hohe Bedeutung der Sozialbeiträge innerhalb der Abgabenbelastung in Deutschland sichtbar:  
Mit 13,2% liegt die Sozialabgabenquote deutlich über dem Durchschnittswert der OECD-Staaten von 9,1%.

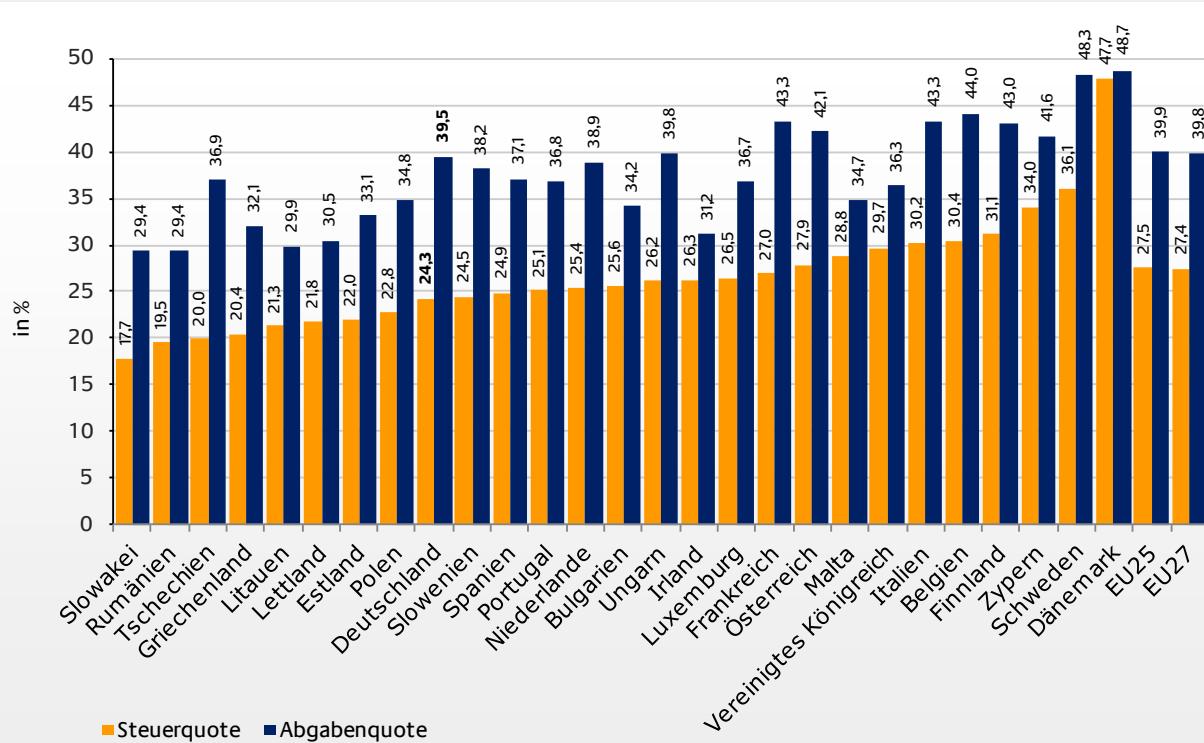
Auch nach den Abgrenzungsmerkmalen von EUROSTAT hat Deutschland mit 24,3% (Platz 9) im europäischen Vergleich im Jahr 2007 eine der niedrigsten Steuerquoten (vgl.

Abbildung 7). Bei der Abgabenquote liegt Deutschland mit einem Wert von 39,5% auch hiernach im Mittelfeld und noch unterhalb der Durchschnittswerte der EU-25 und EU-27.

## Analysen und Berichte

### STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

Abbildung 7: Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich (EU, 2007)



Quelle: EUROSTAT / EU-KOM, Taxation trends in the EU, 2009.

## 6 Ausblick

Aufgrund der weltweiten und anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise musste zur Vermeidung noch größeren Schadens der Konsolidierungspfad kurzfristig verlassen werden, um Rettungsmaßnahmen für den Finanzsektor und konjunkturstimulierende Maßnahmen umzusetzen. In den kommenden Jahren werden die EU-Staaten vor großen Herausforderungen stehen, denn insgesamt wird nach Einschätzung der EU-Kommission in diesem Jahr voraussichtlich in 20 der 27 EU-Staaten das sogenannte Maastricht-Kriterium nicht eingehalten werden, wonach das gesamtstaatliche Defizit nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandprodukts betragen darf.

Wegen des konjunkturbedingten dramatischen Rückgangs auf der Einnahmenseite, aber auch wegen der bereits auf den Weg gebrachten umfassenden

Maßnahmen zur Senkung der Einkommensteuerlast (Tarifsenkung, Verschiebung der Tarifeckpunkte und Erhöhung des Grundfreibetrages für 2009 und 2010, Wiedereinführung der Entfernungspauschale sowie verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Beiträgen zur Krankenversicherung ab 2010) ist in den kommenden Jahren kein finanzieller Spielraum für eine umfassende Steuerreform vorhanden.

Sowohl die internationalen Vergleiche als auch die zeitliche Entwicklung von Steuer- und Abgabenquoten machen deutlich, dass in Deutschland eine generelle Senkung der Abgabenbelastung nicht erforderlich ist. Ein gut ausgebautes staatliches Fürsorgesystem und ein breites Angebot an öffentlichen Gütern sind nicht zum Nulltarif zu haben; erst eine solide Einnahmenbasis ermöglicht dem Staat die nachhaltige Erfüllung seiner Aufgaben.

# Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>88</b>
1 Kreditmarktmittel .....	88
2 Gewährleistungen .....	89
3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 .....	90
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009 .....	91
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008 .....	93
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 .....	98
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008 .....	100
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	102
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	104
10 Entwicklung der Staatsquote .....	106
11 Schulden der öffentlichen Haushalte .....	108
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	110
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	112
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	113
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	114
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	115
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	116
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009 .....	117
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>118</b>
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008 .....	118
Abb. 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2008 .....	118
2 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2008 .....	119
3 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2008 .....	121
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>125</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	125
2 Preisentwicklung .....	126
3 Außenwirtschaft .....	127
4 Einkommensverteilung .....	128
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich .....	129
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	130
7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich .....	131
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	132
Abb. 1 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	133
9 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	134
10 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF .....	135
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF .....	140

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel  
I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. März 2009	in Mio. €		30. April 2009
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	22 000	0	0	22 000
Anleihen <sup>1</sup>	603 218	0	0	603 218
Bundesobligationen	178 000	0	18 000	160 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	9 436	69	14	9 491
Bundesschatzanweisungen	108 000	7 000	0	115 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	63 676	21 873	5 933	79 616
Finanzierungsschätz <sup>3</sup>	2 025	49	148	1 925
Tagesanleihe	3 413	144	143	3 414
Schuldscheindarlehen	13 140	0	205	12 935
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditmarktmittel	100			100
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>1 003 060</b>			<b>1 007 751</b>

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel  
II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:	in Mio. €		Stand:
	31. März 2009			30. April 2009
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	214 171			229 180
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	306 352			322 200
langfristig (mehr als 4 Jahre)	482 537			456 371
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>1 003 060</b>			<b>1 007 751</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

<sup>2</sup>Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätz.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2009	Belegung am 31. März 2009	Belegung am 31. März 2008
	in Mrd. €		
Ausfuhren	117,0	103,3	98,5
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	26,0	25,7
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,3	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	136,0	51,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	-

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 3: Bundeshaushalt 2004 - 2009**  
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>
in Mrd. €						
<b>1. Ausgaben</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,4</b>	<b>282,3</b>	<b>303,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	-2,0	+3,3	+0,5	+3,6	+4,4	+7,4
<b>2. Einnahmen<sup>2</sup></b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>255,7</b>	<b>270,5</b>	<b>255,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	-2,6	+7,8	+1,9	+9,8	+5,8	-5,6
darunter:						
Steuereinnahmen	287,0	190,1	203,9	230,0	239,2	225,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	-2,5	+1,7	+7,2	+12,8	+4,0	-5,8
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 14,7</b>	<b>- 11,8</b>	<b>- 48,0</b>
in % der Ausgaben	15,8	12,1	10,8	5,4	4,2	15,8
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>3</sup> (-)</b>	<b>199,6</b>	<b>229,4</b>	<b>240,5</b>	<b>222,1</b>	<b>229,6</b>	<b>301,7</b>
<b>5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	-	<b>0,2</b>	<b>1,6</b>	<b>-8,4</b>	<b>0,5</b>	-
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>160,0</b>	<b>193,0</b>	<b>195,9</b>	<b>216,2</b>	<b>218,1</b>	<b>254,1</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 14,3</b>	<b>- 11,5</b>	<b>- 47,6</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,4</b>
Nachrichtlich :						
Investive Ausgaben	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	32,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	-13,0	+6,2	-4,4	+15,4	-7,2	+34,9
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,3	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup>Stand: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup> Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>3</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juni 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009**

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>
in Mio. €						
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 758</b>	<b>26 372</b>	<b>26 110</b>	<b>26 038</b>	<b>27 012</b>	<b>27 791</b>
Aktivitätsbezüge	20 332	19 891	19 730	19 662	20 298	20 959
Ziviler Bereich	8 748	8 537	8 547	8 498	8 870	9 367
Militärischer Bereich	11 584	11 353	11 182	11 164	11 428	11 592
Versorgung	6 426	6 481	6 380	6 376	6 714	6 832
Ziviler Bereich	2 463	2 434	2 372	2 334	2 416	2 392
Militärischer Bereich	3 963	4 047	4 008	4 041	4 298	4 441
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>16 878</b>	<b>17 712</b>	<b>18 349</b>	<b>18 757</b>	<b>19 742</b>	<b>21 129</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 522	1 596	1 450	1 365	1 421	1 451
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 992	8 517	8 908	9 622	10 360
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 371	8 124	8 382	8 484	8 699	9 318
<b>Zinsausgaben</b>	<b>36 274</b>	<b>37 371</b>	<b>37 469</b>	<b>38 721</b>	<b>40 171</b>	<b>41 431</b>
an andere Bereiche	36 274	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431
Sonstige	36 274	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	36 230	37 326	37 425	38 677	40 127	41 388
an Ausland	3	3	3	3	3	2
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>148 950</b>	<b>154 274</b>	<b>156 016</b>	<b>160 352</b>	<b>168 424</b>	<b>179 765</b>
an Verwaltungen	14 797	13 921	13 937	14 003	12 930	15 055
Länder	6 735	8 381	8 538	8 698	8 341	8 845
Gemeinden	238	66	38	38	21	21
Sondervermögen	7 823	5 473	5 361	5 267	4 568	6 188
Zweckverbände	1	2	1	1	0	1
an andere Bereiche	134 153	140 353	142 079	146 349	155 494	164 710
Unternehmen	15 062	13 474	14 275	15 399	22 440	23 890
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	25 396	32 747	32 256	29 123	29 120	30 815
an Sozialversicherung	90 079	90 219	91 707	97 712	99 123	104 653
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	783	767	812	869	1 099	1 437
an Ausland	2 828	3 140	3 024	3 240	3 708	3 909
an Sonstige	5	5	5	5	4	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>228 860</b>	<b>235 728</b>	<b>237 944</b>	<b>243 868</b>	<b>255 350</b>	<b>270 116</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>2</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 891</b>	<b>7 246</b>	<b>7 112</b>	<b>6 903</b>	<b>7 199</b>	<b>8 649</b>
Baumaßnahmen	5 466	5 779	5 634	5 478	5 777	7 061
Erwerb von beweglichen Sachen	922	961	943	909	918	1 055
Grunderwerb	503	506	536	516	504	533

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009**

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>
in Mio. €						
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>12 912</b>	<b>12 977</b>	<b>13 302</b>	<b>16 947</b>	<b>16 660</b>	<b>15 373</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 556	12 617	12 916	16 580	14 018	14 957
an Verwaltungen	5 607	5 587	5 755	8 234	5 713	5 154
Länder	5 516	5 527	5 700	6 030	5 654	5 089
Gemeinden und Gemeindeverbände	91	60	55	54	59	60
Sondervermögen	0	0	0	2 150	0	5
an andere Bereiche	6 949	7 030	7 161	8 345	8 305	9 803
Sonstige - Inland	4 931	4 933	4 999	6 099	5 836	6 754
Ausland	2 018	2 096	2 162	2 247	2 469	3 049
Sonstige Vermögensübertragungen	356	360	387	367	2 642	417
an andere Bereiche	356	360	387	367	2 642	417
Unternehmen - Inland	1	0	0	0	2 267	0
Sonstige - Inland	153	160	172	162	149	176
Ausland	202	201	215	205	225	241
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>2 932</b>	<b>3 899</b>	<b>2 687</b>	<b>2 732</b>	<b>3 099</b>	<b>9 192</b>
Darlehensgewährung	2 383	3 340	2 109	2 100	2 395	8 257
an Verwaltungen	68	53	32	1	1	1
Länder	68	53	32	1	1	1
an andere Bereiche	2 315	3 287	2 078	2 100	2 395	8 256
Sozialversicherung	0	900	0	0	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 384	1 505	1 020	900	922	6 750
Ausland	931	882	1 058	1 199	1 473	1 507
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	548	559	578	632	704	935
Inland	1	0	0	28	26	13
Ausland	547	558	578	604	678	921
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>2</sup></b>	<b>22 734</b>	<b>24 121</b>	<b>23 102</b>	<b>26 582</b>	<b>26 958</b>	<b>33 214</b>
<sup>2</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 378	23 761	22 715	26 215	24 316	32 798
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>- 114</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>251 594</b>	<b>259 849</b>	<b>261 046</b>	<b>270 450</b>	<b>282 308</b>	<b>303 217</b>

<sup>1</sup>Stand: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008**

		Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion			in Mio. €					
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>		<b>50 394</b>	<b>45 245</b>	<b>24 386</b>	<b>15 777</b>	-	<b>5 083</b>
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung		6 103	5 764	3 773	1 175	-	816
2	Auswärtige Angelegenheiten		7 411	3 442	476	125	-	2 841
3	Verteidigung		29 999	29 728	15 726	13 071	-	931
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		3 216	2 907	1 914	861	-	132
5	Rechtsschutz		359	340	232	94	-	14
6	Finanzverwaltung		3 307	3 063	2 263	452	-	348
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>		<b>13 437</b>	<b>9 932</b>	<b>500</b>	<b>725</b>	-	<b>8 707</b>
13	Hochschulen		2 413	1 462	10	5	-	1 447
14	Förderung von Schülern, Studenten		1 638	1 638	-	-	-	1 638
15	Sonstiges Bildungswesen		461	400	9	69	-	322
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen		7 709	5 977	480	646	-	4 851
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1		1 215	454	1	5	-	448
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>		<b>140 439</b>	<b>139 618</b>	<b>220</b>	<b>284</b>	-	<b>139 114</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		94 447	94 447	55	-	-	94 393
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.		6 129	6 129	-	-	-	6 129
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen		3 101	2 872	-	56	-	2 816
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz		35 301	35 177	44	168	-	34 965
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		191	191	-	-	-	191
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2		1 269	801	120	60	-	620
<b>3</b>	<b>Gesundheit und Sport</b>		<b>1 058</b>	<b>744</b>	<b>251</b>	<b>251</b>	-	<b>242</b>
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen		352	326	140	140	-	46
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31		352	326	140	140	-	46
32	Sport		127	105	-	5	-	100
33	Umwelt- und Naturschutz		311	175	76	53	-	47
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		268	138	36	53	-	49
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>		<b>1 607</b>	<b>537</b>	<b>2</b>	<b>6</b>	-	<b>529</b>
41	Wohnungswesen		1 062	533	-	4	-	529
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		3	2	2	-	-	0
44	Städtebauförderung		541	1	-	1	-	-
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>		<b>1 050</b>	<b>508</b>	<b>29</b>	<b>131</b>	-	<b>349</b>
52	Verbesserung der Agrarstruktur		692	232	-	1	-	230
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		116	116	-	58	-	58
533	Gasölverbilligung		0	0	-	-	-	0
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		116	116	-	58	-	58
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5		242	160	29	71	-	61

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008**

Ausgabengruppe		Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehs- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>1</sup>	1Darunter: Investive Ausgaben
					in Mio. €	
Funktion						
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>934</b>	<b>1 913</b>	<b>2 301</b>	<b>5 149</b>	<b>5 122</b>
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	338	1	-	338	338
2	Auswärtige Angelegenheiten	60	1 759	2 151	3 969	3 968
3	Verteidigung	196	62	13	271	245
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	216	92	-	309	309
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	106	0	138	244	244
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>141</b>	<b>3 364</b>	<b>0</b>	<b>3 505</b>	<b>3 505</b>
13	Hochschulen	1	951	-	951	951
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	60	-	61	61
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	124	1 608	0	1 732	1 732
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	16	745	-	761	761
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>7</b>	<b>814</b>	<b>1</b>	<b>821</b>	<b>474</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	227	1	229	2
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	121	-	124	3
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	465	-	468	468
<b>3</b>	<b>Gesundheit und Sport</b>	<b>152</b>	<b>162</b>	<b>0</b>	<b>314</b>	<b>314</b>
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	15	11	-	26	26
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	15	11	-	26	26
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	7	130	-	136	136
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	129	0	0	130	130
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	-	<b>1 068</b>	<b>2</b>	<b>1 070</b>	<b>1 070</b>
41	Wohnungswesen	-	528	2	529	529
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1	-	1	1
44	Städtebauförderung	-	539	-	539	539
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>52</b>	<b>489</b>	<b>1</b>	<b>542</b>	<b>542</b>
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	460	1	460	460
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	52	29	-	82	82

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008**

Funktion	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
		in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 727</b>	<b>3 078</b>	<b>51</b>	<b>430</b>	-	<b>2 596</b>
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	531	508	-	274	-	234
621	Kernenergie	229	229	-	-	-	229
622	Erneuerbare Energieformen	9	4	-	1	-	3
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	293	275	-	273	-	2
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 043	2 026	-	4	-	2 022
64	Handel	91	91	-	49	-	42
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	945	22	-	15	-	7
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 117	430	51	87	-	292
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>11 231</b>	<b>3 552</b>	<b>994</b>	<b>1 862</b>	-	<b>696</b>
72	Straßen	7 380	944	-	834	-	110
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 666	856	493	299	-	64
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	355	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	182	182	41	17	-	123
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 647	1 567	460	711	-	396
<b>8</b>	<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>16 991</b>	<b>10 801</b>	-	<b>16</b>	-	<b>10 785</b>
81	Wirtschaftsunternehmen	12 652	6 471	-	16	-	6 455
832	Eisenbahnen	3 864	78	-	1	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	8 787	6 393	-	15	-	6 378
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4 340	4 330	-	-	-	4 330
873	Sondervermögen	4 326	4 326	-	-	-	4 326
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	14	5	-	-	-	5
<b>9</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>41 374</b>	<b>41 336</b>	<b>580</b>	<b>260</b>	<b>40 171</b>	<b>324</b>
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	362	324	-	-	-	324
92	Schulden	40 185	40 185	-	14	40 171	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	827	827	580	246	-	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>282 308</b>	<b>255 350</b>	<b>27 012</b>	<b>19 742</b>	<b>40 171</b>	<b>168 424</b>

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008**

		Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensberatungen	Darlehngewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>1</sup>	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion		in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>45</b>	<b>920</b>	<b>684</b>	<b>1 650</b>	<b>1 650</b>	
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	-	23	-	23	23	
621	Kernenergie	-	-	-	-	-	
622	Erneuerbare Energieformen	-	5	-	5	5	
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	18	-	18	18	
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	17	-	17	17	
64	Handel	-	-	-	-	-	
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	43	879	-	922	922	
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	1	684	687	687	
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 849</b>	<b>1 829</b>	<b>-</b>	<b>7 679</b>	<b>7 679</b>	
72	Straßen	4 973	1 463	-	6 436	6 436	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	811	-	-	811	811	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	352	-	352	352	
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1	
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	66	14	-	79	79	
<b>8</b>	<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>19</b>	<b>6 061</b>	<b>110</b>	<b>6 190</b>	<b>3 923</b>	
81	Wirtschaftsunternehmen	10	6 061	110	6 181	3 914	
832	Eisenbahnen	-	3 692	95	3 787	3 787	
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	10	2 370	15	2 394	127	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9	-	-	9	9	
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-	
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	9	-	-	9	9	
<b>9</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>-</b>	<b>38</b>	<b>-</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38	
92	Schulden	-	-	-	-	-	
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-	
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>7 199</b>	<b>16 660</b>	<b>3 099</b>	<b>26 958</b>	<b>24 316</b>	

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
		Ist-Ergebnisse						
<b>I. Gesamtübersicht</b>								
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>								
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	0,0	10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	0,0	75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	0,0	51,2	0,1
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2009  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Ist-Ergebnisse								Soll <sup>4</sup>
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	<b>Mrd.€</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,4</b>	<b>282,3</b>	<b>303,2</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	7,4
<b>Einnahmen</b>	<b>Mrd.€</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>255,7</b>	<b>270,5</b>	<b>255,2</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-5,6
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>Mrd.€</b>	<b>-22,9</b>	<b>-32,7</b>	<b>-39,2</b>	<b>-39,8</b>	<b>-31,4</b>	<b>-28,2</b>	<b>-14,7</b>	<b>-11,8</b>	<b>-48,0</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-47,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	<b>Mrd.€</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,1</b>	<b>26,0</b>	<b>27,0</b>	<b>27,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,2
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,9	16,0	16,2	15,9	15,7	15,5	15,5	15,1	41,5
<b>Zinsausgaben</b>	<b>Mrd.€</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>37,5</b>	<b>38,7</b>	<b>40,2</b>	<b>41,4</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	55,6	54,8	54,5	53,6	55,2	55,4	57,2	59,9	60,7
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>Mrd.€</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>22,7</b>	<b>26,2</b>	<b>24,3</b>	<b>32,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	34,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	10,8
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	33,9	29,9	32,0	27,8	29,5	28,2	32,6	31,2	29,6
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	<b>Mrd.€</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>203,9</b>	<b>230,0</b>	<b>239,2</b>	<b>225,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-5,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	74,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,3
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	41,4	41,1	41,0	40,0	40,7	43,6	49,2	42,5	41,6
<b>Nettokreditaufnahme<sup>1</sup></b>	<b>Mrd.€</b>	<b>-22,8</b>	<b>-31,9</b>	<b>-38,6</b>	<b>-39,5</b>	<b>-31,2</b>	<b>-27,9</b>	<b>-14,3</b>	<b>-11,5</b>	<b>-47,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	15,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	145,1
Anteil a. d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	X	X
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 223,5	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 578,5	X
darunter: Bund	Mrd.€	760,2	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	X

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2008; 2008 vorläufig; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

<sup>4</sup> Stand: Regierungsentwurf 2. Nachtragshaushalt 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 <sup>2</sup>	2007	2008
	in Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	612,9	620,7	615,3	627,7	639,6	647,2	676,3
Einnahmen	556,2	552,9	549,9	575,1	599,1	652,5	667,5
Finanzierungssaldo	-57,0	-67,9	-65,5	-52,5	-40,0	9,2	-8,1
darunter:							
Bund							
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5
Finanzierungssaldo	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8
Länder							
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	260,0	260,0	264,9	273,8
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	237,2	250,1	272,1	274,4
Finanzierungssaldo	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	9,5	0,6
Gemeinden							
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7	167,3
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3	174,9
Finanzierungssaldo	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6	7,6
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	1,4	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,2	4,5
Einnahmen	-0,3	-0,6	-0,5	4,6	4,2	8,9	2,3
darunter:							
Bund							
Ausgaben	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4
Einnahmen	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8
Länder							
Ausgaben	0,9	0,7	-1,0	1,1	0,0	1,9	3,4
Einnahmen	-1,0	0,3	1,9	1,6	5,4	8,8	0,9
Gemeinden							
Ausgaben	1,1	0,0	0,1	2,1	2,8	2,1	4,1
Einnahmen	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8	3,3

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 <sup>2</sup>	2007	2008							
	Anteile in %													
<b>Finanzierungssaldo</b>														
(1) in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,4	-0,3							
darunter:														
Bund	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5							
Länder	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,4	0,0							
Gemeinden	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4	0,3							
(2) in % der Ausgaben														
Öffentlicher Gesamthaushalt	-9,3	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	1,4	-1,2							
darunter:														
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2							
Länder	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	3,6	0,2							
Gemeinden	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4	4,6							
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>														
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,1							
darunter:														
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2	11,3							
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0							
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7							
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2	22,5							

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentiligungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

<sup>2</sup> bis 2006 Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juni 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>**

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen				
		davon				
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	
in Mrd. €		in %				
<b>Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990</b>						
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4	
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7	
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2	
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7	
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4	
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2	
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5	
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7	
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2	
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3	
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1	
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0	
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7	
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9	
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6	
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5	
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3	

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>**

Jahr	Steueraufkommen insgesamt in Mrd. €	davon			
				Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	in %	
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3
2009 <sup>2</sup>	527,0	259,3	267,8	49,2	50,8
2010 <sup>2</sup>	510,4	239,7	270,8	47,0	53,0
2011 <sup>2</sup>	526,7	252,1	274,5	47,9	52,1
2012 <sup>2</sup>	552,0	273,1	278,9	49,5	50,5
2013 <sup>2</sup>	575,1	291,5	283,6	50,7	49,3

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungssteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009.

Stand: Mai 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabekototen<sup>1</sup>**  
**(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)**

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1961	24,1	34,5	23,7	33,3
1962	24,4	34,9	24,0	33,8
1963	24,4	35,2	24,0	33,9
1964	24,3	34,7	23,8	33,5
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1966	23,5	34,6	23,1	33,3
1967	23,7	35,2	23,3	33,8
1968	24,3	36,0	22,9	33,6
1969	25,5	37,5	24,4	35,4
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabekoten<sup>1</sup>**  
**(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)**

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	Anteile am BIP in %			
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 <sup>3</sup>	22,0	39,7	20,1	36,7
2006 <sup>3</sup>	22,9	40,1	21,0	37,2
2007 <sup>3</sup>	23,8	40,3	22,2	37,7
2008 <sup>3</sup>	23,8	40,2	22 1/2	38,0

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>	
Anteile am BIP in %				
1960	32,9	21,7		11,2
1961	34,2	22,8		11,4
1962	35,9	24,4		11,5
1963	36,7	24,8		11,9
1964	36,5	25,0		11,5
1965	37,1	25,4		11,6
1966	37,2	24,9		12,3
1967	39,2	25,4		13,8
1968	39,6	25,9		13,7
1969	39,1	25,7		13,4
1970	38,5	26,1		12,4
1971	39,9	27,1		12,8
1972	41,0	27,5		13,6
1973	41,6	27,5		14,2
1974	44,8	29,2		15,6
1975	48,8	31,2		17,7
1976	48,3	30,5		17,8
1977	47,9	30,1		17,8
1978	47,0	29,4		17,6
1979	46,5	29,3		17,2
1980	46,9	29,6		17,3
1981	47,5	29,7		17,9
1982	47,5	29,4		18,1
1983	46,5	28,8		17,7
1984	45,8	28,2		17,6
1985	45,2	27,8		17,4
1986	44,5	27,4		17,1
1987	45,0	27,6		17,4
1988	44,6	27,0		17,6
1989	43,1	26,4		16,7
1990	43,6	27,3		16,4
1991	46,3	28,2		18,0
1992	47,2	28,0		19,2
1993	48,2	28,3		19,9
1994	47,9	27,8		20,0
1995	48,1	27,6		20,6

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>	
<b>Anteile am BIP in %</b>				
1996	49,3	27,9		21,4
1997	48,4	27,1		21,2
1998	48,0	27,0		21,1
1999	48,1	26,9		21,1
2000	47,6	26,5		21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0		21,1
2001	47,6	26,3		21,3
2002	48,1	26,4		21,7
2003	48,5	26,5		22,0
2004	47,1	25,9		21,2
2005 <sup>5</sup>	46,8	26,0		20,8
2006 <sup>5</sup>	45,3	26,4		20,0
2007 <sup>5</sup>	44,2	25,0		19,2
2008 <sup>5</sup>	43,9	24,9		19,0

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 <sup>2</sup>
	Schulden (in Mio. €) <sup>1</sup>						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>1 277 272</b>	<b>1 357 723</b>	<b>1 429 750</b>	<b>1 489 852</b>	<b>1 545 399</b>	<b>1 553 058</b>	<b>1 578 454</b>
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 745
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 914
Kreditmarktmittel iws	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 165
Kassenkredite	6 008	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
Kreditmarktmittel iws	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	485 034
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 685
Kreditmarktmittel iws	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 391
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 294
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124	1 349
Kreditmarktmittel iws	-	-	-	-	986	1 124	1 325
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	24
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	107 675
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	105 063
Kreditmarktmittel iws	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	75 950
Kassenkredite	10 670	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 113
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 612
Kreditmarktmittel iws	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 560
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	52
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	592 709
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 000	1 522 000	1 569 000	1 577 000	1 628 000
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	-
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 <sup>2</sup>
Anteil an den Schulden (in %)							
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,5
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,8
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,5
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>59,6</b>	<b>62,7</b>	<b>64,7</b>	<b>66,4</b>	<b>66,6</b>	<b>64,1</b>	<b>63,3</b>
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,5	39,6
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,6	38,8	38,5
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,5
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,3
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,1	25,6	24,6	23,8
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,1	65,3
Schulden insgesamt (in €)							
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 220
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 243,2	2 321,5	2 422,9	2 491,4
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
Jahr	in Mrd. €			Anteile am BIP in %			in Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1961	4,7	2,3	2,4	2,8	1,4	1,4	.	.
1962	2,6	1,1	1,6	1,4	0,6	0,9	-0,9	-0,5
1963	1,7	0,3	1,5	0,9	0,1	0,8	-2,7	-1,4
1964	1,5	-0,3	1,8	0,7	-0,1	0,9	-2,8	-1,3
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1966	-0,4	-2,1	1,6	-0,2	-0,8	0,7	-3,9	-1,6
1967	-3,6	-2,9	-0,6	-1,4	-1,2	-0,3	-6,2	-2,4
1968	-2,2	-1,9	-0,3	-0,8	-0,7	-0,1	-3,8	-1,4
1969	3,3	2,8	0,5	1,1	0,9	0,2	1,3	0,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1971	0,6	-2,7	3,3	0,1	-0,7	0,8	-8,0	-2,0
1972	-1,6	-5,5	3,9	-0,4	-1,3	0,9	-6,7	-1,5
1973	5,4	-0,4	5,8	1,1	-0,1	1,2	-4,5	-0,9
1974	-8,6	-9,8	1,1	-1,6	-1,9	0,2	-13,9	-2,6
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
Jahr	in Mrd. €			Anteile am BIP in %			in Mrd. €	Anteile am BIP in %
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005 <sup>5</sup>	-74,3	-70,2	-4,1	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006 <sup>5</sup>	-35,9	-40,9	5,0	-1,5	-1,8	0,2	-40,0	-1,7
2007 <sup>5</sup>	-4,2	-14,6	10,4	-0,2	-0,6	0,4	9,2	0,4
2008 <sup>5</sup>	-3,2	-11,5	8,3	-0,1	-0,5	0,3	-8,1	-0,3

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>**

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 <sup>2</sup>	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>-2,9</b>	<b>-1,1</b>	<b>-1,9</b>	<b>-3,2</b>	<b>-1,2</b>	<b>-3,8</b>	<b>-3,3</b>	<b>-1,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>-3,9</b>	<b>-5,9</b>
Belgien	-9,4	-10,0	-6,7	-4,5	0,0	-0,3	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1
Griechenland	—	—	-14,3	-9,3	-3,7	-7,5	-5,1	-2,8	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7
Spanien	—	—	—	-6,5	-1,1	-0,3	1,0	2,0	2,2	-3,8	-8,6	-9,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-3,6	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0
Irland	—	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,4	1,7	3,0	0,2	-7,1	-12,0	-15,6
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-3,5	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8
Zypern	—	—	—	—	-2,3	-4,1	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-1,9	-2,6
Luxemburg	—	—	4,3	2,4	6,0	-1,1	0,0	1,4	3,6	2,6	-1,5	-2,8
Malta	—	—	—	-4,2	-6,2	-4,7	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-1,7	-0,3	0,6	0,3	1,0	-3,4	-6,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-4,4	-1,6	-1,6	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3
Portugal	-7,2	-8,6	-6,3	-5,0	-3,2	-3,4	-6,1	-3,9	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7
Slowakei	—	—	—	-3,4	-12,3	-2,4	-2,8	-3,5	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4
Slowenien	—	—	—	-8,4	-3,8	-2,2	-1,4	-1,3	0,5	-0,9	-5,5	-6,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,4	2,8	4,0	5,2	4,2	-0,8	-2,9
Euroraum	—	—	—	-5,0	-1,1	-2,9	-2,5	-1,2	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5
Bulgarien	—	—	—	-3,4	-0,3	1,6	1,9	3,0	0,1	1,5	-0,5	-0,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	2,0	5,2	5,2	4,5	3,6	-1,5	-3,9
Estland	—	—	—	1,1	-0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	-3,0	-3,0	-3,9
Lettland	—	—	6,8	-1,6	-2,8	-1,0	-0,4	-0,5	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6
Litauen	—	—	—	-1,6	-3,2	-1,5	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0
Polen	—	—	—	-4,4	-3,0	-5,7	-4,3	-3,9	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3
Rumänien	—	—	—	-15,6	-4,7	-1,2	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6
Schweden	—	—	—	-7,4	3,7	0,8	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,6	-3,9
Tschechien	—	—	—	-13,4	-3,7	-3,0	-3,6	-2,6	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9
Ungarn	—	—	—	—	-2,9	-6,4	-7,8	-9,2	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-3,4	-2,7	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8
EU	—	—	—	-5,1	-0,6	-2,9	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3
Japan	-4,5	-1,4	2,1	-4,7	-7,6	-6,2	-6,7	-1,6	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7
USA	-2,3	-4,9	-4,0	-3,1	1,7	-4,3	-3,1	-2,1	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedsstaaten ab 1995 nach ESVG 95.<sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009.

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>30,3</b>	<b>39,5</b>	<b>41,3</b>	<b>55,6</b>	<b>59,7</b>	<b>65,6</b>	<b>67,8</b>	<b>67,6</b>	<b>65,1</b>	<b>65,9</b>	<b>73,4</b>	<b>78,7</b>
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,2	87,9	84,0	89,6	95,7	100,9
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	97,6	103,4	108,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	39,5	50,8	62,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	64,9	66,4	63,7	63,8	68,0	79,7	86,0
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,5	24,9	25,0	43,2	61,2	79,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,8	109,2	103,8	105,8	106,5	103,5	105,8	113,0	116,1
Zypern	—	—	—	—	58,8	70,2	69,1	64,6	59,4	49,1	47,5	47,9
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,7	6,9	14,7	16,0	16,4
Malta	—	—	—	—	55,9	72,2	69,8	63,7	62,1	64,1	67,0	68,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,6	58,2	57,0	63,1
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,4	62,5	70,4	75,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,5	66,4	75,4	81,5
Slowakei	—	—	—	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	27,6	32,2	36,3
Slowenien	—	—	—	—	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	22,8	29,3	34,9
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,2	41,4	39,2	35,1	33,4	39,7	45,7
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,4	69,5	70,0	68,3	66,0	69,3	77,7	83,8
Bulgarien	—	—	—	—	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	16,0	17,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	44,5	37,1	31,3	26,8	33,3	32,5	33,7
Estland	—	—	—	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,8	6,8	7,8
Lettland	—	—	—	—	12,3	14,9	12,4	10,7	9,0	19,5	34,1	50,1
Litauen	—	—	—	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	15,6	22,6	31,9
Polen	—	—	—	—	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	47,1	53,6	59,7
Rumänien	—	—	—	—	24,6	18,7	15,8	12,4	12,7	13,6	18,2	22,7
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,2	51,0	45,9	40,5	38,0	44,0	47,2
Tschechien	—	—	—	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	29,8	33,7	37,9
Ungarn	—	—	—	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	73,0	80,8	82,3
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,2	52,0	68,4	81,7
EU	—	—	—	69,6	63,1	62,2	62,7	61,3	58,7	61,5	72,6	79,4
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	167,1	177,3	180,3	167,1	172,1	185,3	194,0
USA	42,0	55,7	63,5	71,3	55,5	62,3	62,7	62,1	63,1	65,0	78,0	91,6

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009; für USA und Japan alle Jahre.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,0</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>20,9</b>	<b>21,9</b>	<b>23,0</b>
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7	.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8
Polen	-	-	-	25,2	22,4	20,7	21,4	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8
Slowakei	-	-	-	-	19,7	19,0	17,9	17,9
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>**

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,5</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>34,8</b>	<b>35,6</b>	<b>36,2</b>
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9
Polen	-	-	-	36,2	31,6	32,9	33,5	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7
Slowakei	-	-	-	-	33,8	31,8	29,8	29,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>46,9</b>	<b>45,2</b>	<b>43,6</b>	<b>48,3</b>	<b>45,1</b>	<b>46,8</b>	<b>45,3</b>	<b>44,2</b>	<b>43,9</b>	<b>48,2</b>	<b>49,0</b>
Belgien	54,8	58,4	52,2	52,1	49,1	52,1	48,4	48,3	49,8	52,9	54,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,3	52,8	54,3
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,6	56,4
Griechenland	-	-	45,8	46,6	46,6	43,1	42,0	43,7	44,9	45,3	45,2
Irland	-	53,2	42,8	41,1	31,5	33,7	34,0	35,7	41,0	45,8	49,1
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,2	51,1
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,6	38,6	37,2	40,7	44,2	45,7
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,7	43,7	42,6	45,3	44,4	44,8
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,6	45,3	45,4	48,3	50,2
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	49,8	49,3	48,5	48,6	51,6	52,1
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	48,9	48,7
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,3	44,6	42,4	43,6	47,7	48,6
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	40,5	45,2	47,1
Zypern	-	-	-	-	37,0	43,6	43,4	42,9	44,0	44,4	45,0
Euroraum	-	-	-	-	46,3	47,3	46,6	46,1	46,6	50,1	51,0
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,4	39,5	39,3
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,8	55,0	57,0
Estland	-	-	-	41,4	36,5	34,0	34,2	35,5	40,9	45,0	47,3
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,2	35,9	39,5	46,8	49,8
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,3	33,6	34,9	37,2	39,5	42,7
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,8	42,1	43,1	46,1	46,8
Rumänien	-	-	-	49,8	38,5	33,5	35,3	36,6	38,5	38,5	38,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	56,6	57,3
Slowakei	-	-	-	48,6	50,9	38,2	36,9	34,4	34,9	38,3	39,4
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	45,0	43,9	42,6	42,4	45,9	47,6
Ungarn	-	-	-	-	46,5	50,1	51,9	49,7	49,9	50,8	52,0
Vereinigtes Königreich	47,6	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	44,0	47,7	50,5	52,4
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,1	51,1
USA	34,1	36,8	37,1	37,0	34,2	36,6	36,4	37,3	39,1	44,4	45,9
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,3	36,2	37,5	42,1	44,4

<sup>1</sup>1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: Mai 2009.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Eu-Haushalt 2008 <sup>1</sup>				EU-Haushalt 2009 <sup>2</sup>			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Rubrik</b>								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7 311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>131 079,6</b>	<b>100,0</b>	<b>115 771,3</b>	<b>100,0</b>	<b>133 846,0</b>	<b>100,0</b>	<b>116 096,1</b>	<b>100,0</b>

<sup>1</sup> EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

<sup>2</sup> EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

<b>Rubrik</b>	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	SP. 6/2 10	Sp. 8/4 11	Sp. 6-2 12	Sp. 8-4 13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,3	-1,2	-193,3	-651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-6,8	-12,9	-111,0	-192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>2,1</b>	<b>0,3</b>	<b>2 766,3</b>	<b>324,8</b>

 Statistiken und Dokumentationen

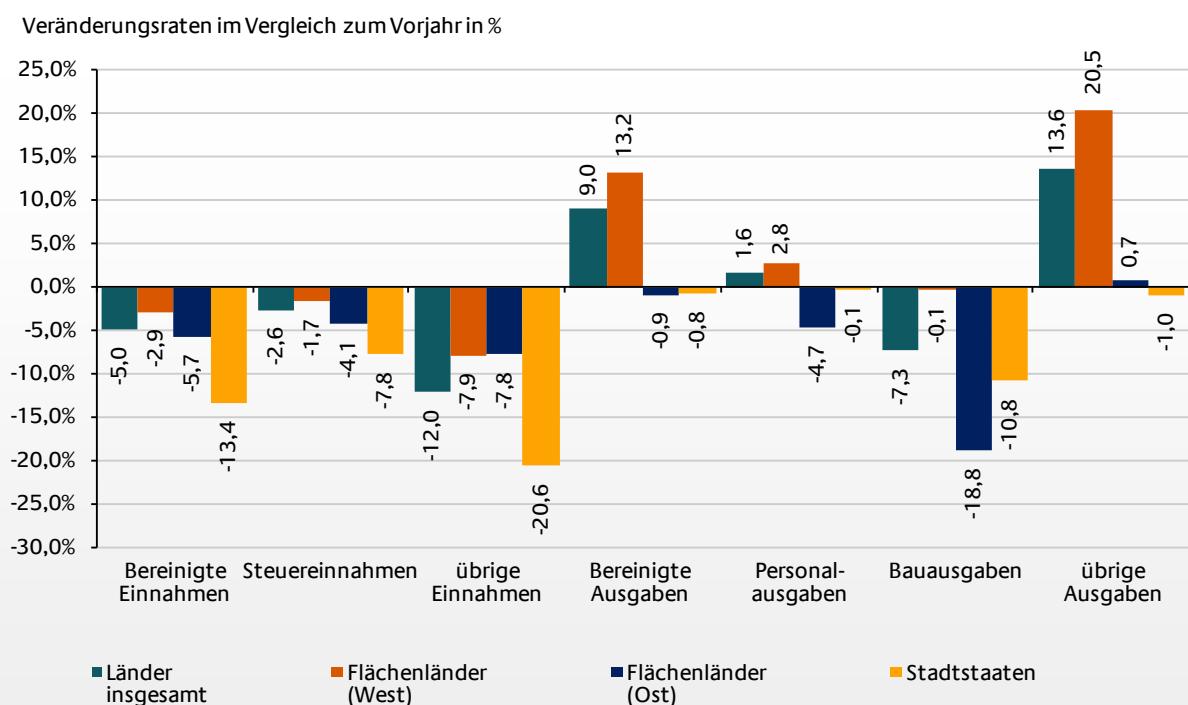
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>189 457</b>	<b>58 541</b>	<b>52 664</b>	<b>15 574</b>	<b>33 644</b>	<b>9 904</b>	<b>269 110</b>	<b>81 589</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	150 687	47 948	28 165	8 842	21 550	5 932	200 402	62 722
übrige Einnahmen	38 771	10 593	24 499	6 732	12 094	3 972	68 708	18 867
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>204 410</b>	<b>72 648</b>	<b>52 593</b>	<b>16 778</b>	<b>36 268</b>	<b>12 044</b>	<b>286 614</b>	<b>99 041</b>
darunter:								
Personalausgaben	77 560	26 513	12 290	3 790	11 075	3 786	100 925	34 089
Bauausgaben	3 484	468	1 491	208	905	110	5 880	785
übrige Ausgaben	123 365	45 668	38 812	12 781	24 288	8 149	179 810	64 167
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-14 950</b>	<b>-14 107</b>	<b>75</b>	<b>-1 205</b>	<b>-2 617</b>	<b>-2 140</b>	<b>-17 492</b>	<b>-17 452</b>

Abbildung 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2009



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2009**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		April 2008			März 2009			April 2009		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>16 652</b>	<b>20 808</b>	<b>35 778</b>	<b>270 477</b>	<b>274 590</b>	<b>528 056</b>	<b>17 472</b>	<b>21 947</b>	<b>37 798</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	14 534	16 593	31 126	239 231	206 772	446 003	15 620	17 633	33 253
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	10 785 <sup>3</sup>	7 869	18 654	228 795 <sup>3</sup>	68 204	296 999	18 741 <sup>3</sup>	10 777	29 518
12	<b>Bereinigte Ausgabe<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>99 457</b>	<b>90 885</b>	<b>184 670</b>	<b>78 026</b>	<b>77 777</b>	<b>151 717</b>	<b>101 674</b>	<b>99 041</b>	<b>195 143</b>
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	9 035	33 566	42 602	7 626	26 097	33 723	9 858	34 089	43 947
122	Bauausgaben	1 072	847	1 919	608	526	1 134	935	785	1 719
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-88	-88	-	-105	-105	-	-43	-43
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	83 208	35 260	118 468	53 296	28 703	81 999	78 470	33 948	112 419
13	<b>Mehr. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-20 157</b>	<b>-5 018</b>	<b>-25 174</b>	<b>-17 359</b>	<b>-12 915</b>	<b>-30 273</b>	<b>-22 400</b>	<b>-17 452</b>	<b>-39 852</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	541	541	-	777	777	-	79	79
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	121	121	-	185	185	-	-3	-3
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	420	420	-	592	592	-	81	81
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-10 990	-14 329	-25 319	-914	-7 161	-8 075	-4 750	-2 401	-7 151
2	Mehr. (+), Mehrausg. (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres									
21	(ohne Auslaufperiode)	-	-382	-382	-	-1 111	-1 111	-	1 832	1 832
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	1 220	1 220	-	2 343	2 343	-	-650	-650
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	4 428	14 101	18 529	12 368	23 538	35 906	7 068	34 935	42 003
32	Vorschüsse	-	18 942	18 942	-	24 537	24 537	-	33 503	33 503
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 223	13 223	-	14 780	14 780	-	17 348	17 348
34	Saldo (31-32+33)	4 428	8 382	12 810	12 368	13 780	26 148	7 068	18 780	25 848

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2009**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		April 2008			März 2009			April 2009			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-26 719	-9 708	-36 426	-5 905	-4 471	-10 376	-20 083	191	-19 892	
5	Schwebende Schulden										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	26 719	6 414	33 132	5 905	5 918	11 823	20 083	2 478	22 561	
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	310	310	-	861	861	-	812	812	
56	Zusammen	26 719	6 724	33 442	5 905	6 779	12 684	20 083	3 290	23 373	
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-2 984	-2 984	0	2 308	2 308	0	3 481	3 481	
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)										
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	2 181	2 181	-	1 981	1 981	-	1 849	1 849	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes-hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	3 827	3 827	-	3 403	3 403	-	4 145	4 145	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

<sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2009

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>10 251,5</b>	<b>13 163,4</b>	<b>2 873,9</b>	<b>5 573,2</b>	<b>2 087,7</b>	<b>7 291,3</b>	<b>15 450,4</b>	<b>3 704,6</b>	<b>743,1</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	8 050,6	10 915,8	1 675,0	4 738,3	1 073,9	5 710,9	13 140,9	2 627,5	634,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	149,0	-	176,4	92,2	17,0	106,9	14,1
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	3 911,0	4 680,3 <sup>a</sup>	813,1	1 058,9	160,2	2 765,1	6 429,0	3 788,4	848,8
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>11 522,3</b>	<b>19 993,7 <sup>b</sup></b>	<b>3 162,5</b>	<b>6 800,0</b>	<b>2 191,4</b>	<b>7 770,0</b>	<b>17 576,3</b>	<b>4 787,5</b>	<b>1 409,0</b>
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	5 238,2	6 006,4	750,8	2 422,3	492,2	2 926,4 <sup>3</sup>	6 270,5 <sup>3</sup>	1 930,8	491,4
122	Bauausgaben	100,9	202,4	5,0	85,8	37,7	20,5	21,4	5,2	0,3
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	798,7	1 092,2	-	753,3	-	-	-	-	-
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 345,8	1 820,5 <sup>c</sup>	2 048,3	1 734,4	652,9	2 491,3	7 290,2	3 731,1	341,3
13	<b>Mehr. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-1 270,8</b>	<b>-6 830,4 <sup>d</sup></b>	<b>-288,6</b>	<b>-1 226,8</b>	<b>-103,7</b>	<b>-478,7</b>	<b>-2 125,9</b>	<b>-1 083,0</b>	<b>-665,9</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-476,8	2 843,3	-1 008,7	-681,7	-493,0	303,7	-895,8	65,7	504,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	744,1	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	796,6	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	4 205,2	1 034,1	1 401,6	649,6	240,7	188,0	1 301,7	1 761,7	547,6
32	Vorschüsse	4 947,4	2 491,7	594,0	270,3	0,7	631,0	26,4	1 127,5	-23,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	806,1	7 574,1	-	710,0	565,6	2 294,4	676,6	1,6	17,1
34	Saldo (31+32+33)	63,9	6 116,5	807,6	1 089,2	805,6	1 851,4	1 952,0	635,9	588,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-143,0	0,0	-489,7	-819,3	208,9	1 676,4	-1 069,7	-381,3	427,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2009**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	in Mio. €							
			Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	137,2	650,0	-	-	866,0	382,0	-107,6
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	812,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	137,2	1 462,0	-	-	866,0	382,0	-107,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-143,0	0,0	-352,5	642,7	208,9	1 676,4	-203,7	0,7	319,8
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	1 849,0	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	2 294,4	655,8	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne Mai-Bezüge.

<sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>5</sup> SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>7</sup> BY - Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 3.860,3 Mio. €, b) 7.024,6 Mio. €, c) 250,0 Mio. €, d) Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt +194,3 Mio. €.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2009**

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>4 869,1</b>	<b>2 814,8</b>	<b>2 619,9</b>	<b>2 928,3</b>	<b>6 139,8</b>	<b>1 071,7</b>	<b>2 719,9</b>	<b>81 588,6</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	2 824,5	1 650,4	2 129,7	1 618,2	3 014,2	697,6	2 220,5	62 722,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	360,3	197,4	26,1	199,0	1 223,3	152,3	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 186,2	2 318,2	1 883,9	437,0	4 985,8	1 305,8	- 717,8	32 481,5
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>4 700,5</b>	<b>3 377,1</b>	<b>3 045,8</b>	<b>3 346,9</b>	<b>7 006,2</b>	<b>1 479,8</b>	<b>3 585,6</b>	<b>99 040,6</b>
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	1 129,9	708,2	1 227,0	709,1	2 311,5	439,5	1 034,8	34 089,0
122	Bauausgaben	110,7	24,2	31,1	30,1	33,4	0,0	76,1	784,8
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	27,2	- 42,6
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	616,5	1 616,7	1 582,5	519,8	3 788,7	1 368,3	-	33 948,3
13	<b>Mehrrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>168,6</b>	<b>- 562,2</b>	<b>- 425,9</b>	<b>- 418,6</b>	<b>- 866,4</b>	<b>- 408,1</b>	<b>- 865,7</b>	<b>-17 452,1</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	78,6	-	-	-	-	-	-	78,6
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	- 2,6	-	-	-	-	-	-	- 2,6
16	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	81,2	-	-	-	-	-	-	81,2
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-2 853,4	744,7	324,5	- 84,2	67,7	- 46,0	- 715,5	- 2 400,8
2	<b>Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)</b>								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	656,2	-	-	122,1	-	-	309,3	1 831,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	-	-	-	-	-	-	- 649,6
3	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>								
31	Verwahrungen	614,0	1 218,4	0,0	9,8	184,8	53,5	21 524,7	34 935,4
32	Vorschüsse	2 275,0	1 491,6	0,0	49,0	-	85,7	19 536,9	33 503,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 819,4	70,2	0,0	324,9	423,5	309,7	754,6	17 347,8
34	Saldo (31+32+33)	1 158,4	- 203,0	0,0 <sup>5</sup>	285,7	608,3	277,5	2 742,4	18 780,0
4	Kassenbestand ohne schwiebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 105,8	- 20,5	- 101,4	- 95,0	- 190,4	- 176,5	1 470,5	190,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2009

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €							
		Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
5	Schwebende Schulden	-	-	-	-	-	-	-	-
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	94,0	200,8	152,0	104,0	2 478,4
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	812,0
56	Zusammen	-	-	-	94,0	200,8	152,0	104,0	3 290,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 105,8	- 20,5	- 101,4	- 1,0	10,4	- 24,5	1 574,5	3 481,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)	-	-	-	-	-	-	-	-
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	-	-	1 849,0
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	423,5	25,7	745,6	4 145,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne Mai-Bezüge.

<sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>5</sup> SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>7</sup> BY - Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 3.860,3 Mio. €, b) 7.024,6 Mio. €, c) 250,0 Mio. €, d) Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt +194,3 Mio. €.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	in Mio.	Veränderung in % p.a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
		in %	in Mio.	in %		Veränderung in % p.a.			
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,9	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,0	2,3	2,5	18,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	18,7
2008	40,3	1,4	52,9	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,2
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	0,8	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,4	3,9	9,1	1,7	0,9	1,0	18,2

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 2: Preisentwicklung**

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p.a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,5	0,7	-1,4	1,2	1,6	1,6	-0,8
2006	3,5	0,5	-1,3	1,0	1,3	1,6	-1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,0
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,9	1,1	-0,6	1,4	1,6	1,9	0,0

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>**

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p.a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,4	8,8	119,6	119,1	41,1	35,7	5,3	5,3
2006	14,3	14,9	131,5	145,6	45,3	39,7	5,7	6,3
2007	8,0	4,9	171,0	184,5	46,9	39,9	7,1	7,6
2008	3,5	5,8	154,5	166,3	47,2	41,0	6,2	6,7
2003/98	6,5	5,0	46,3	4,3	32,9	30,7	2,2	0,2
2008/03	8,8	8,3	129,2	127,8	42,4	36,9	5,6	5,5

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Veränderung in % p.a.				in %		Veränderung in % p.a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,5	5,9	-0,6	66,6	68,2	0,3	-1,1
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	-1,5
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	-0,5
2008	3,1	2,6	3,5	65,0	66,4	2,2	-0,9
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,6
2008/03	3,3	7,1	1,6	66,7	68,2	1,1	-0,6

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich**

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>3,0</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>- 5,4</b>	<b>0,3</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,2	- 3,5	- 0,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	2,9	- 0,9	0,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,2	- 3,2	- 1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,7	- 3,0	- 0,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	4,7	6,4	5,7	6,0	- 2,3	- 9,0	- 2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,4	0,1
Zypern	-	-	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,7	0,3	0,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	- 0,9	- 3,0	0,1
Malta	-	-	6,2	6,4	1,3	3,7	3,2	3,6	1,6	- 0,9	0,2
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	2,1	- 3,5	- 0,4
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,8	- 4,0	- 0,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,0	- 3,7	- 0,8
Slowakei	-	-	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	6,4	- 2,6	0,7
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,3	4,3	5,9	6,8	3,5	- 3,4	0,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	3,7	2,8	4,9	4,2	0,9	- 4,7	0,2
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	0,8	- 4,0	- 0,1
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,0	- 1,6	- 0,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,4	3,3	1,6	- 1,1	- 3,3	0,3
Estland	-	-	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	- 3,6	- 10,3	- 0,8
Lettland	-	-	-0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 13,1	- 3,2
Litauen	-	-	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,0	- 11,0	- 4,7
Polen	-	-	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,6	4,8	- 1,4	0,8
Rumänien	-	-	7,1	2,1	8,5	4,2	7,9	6,2	7,1	- 4,0	0,0
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,2	2,6	- 0,2	- 4,0	0,8
Tschechien	-	-	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	3,2	- 2,7	0,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	0,5	- 6,3	- 0,3
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,7	- 3,8	0,1
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	0,9	- 4,0	- 0,1
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,0	2,4	- 0,7	- 5,3	0,1
USA	4,1	1,9	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,1	- 2,9	0,9

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2008.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %							
	1997	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,3</b>	<b>2,8</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>
Belgien	1,5	2,7	2,5	2,3	1,8	4,5	0,3	1,2
Griechenland	5,4	2,9	3,5	3,3	3,0	4,2	1,8	2,3
Spanien	1,9	3,5	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,1	1,4
Frankreich	1,3	1,8	1,9	1,9	1,6	3,2	0,2	0,9
Irland	1,3	5,3	2,2	2,7	2,9	3,1	-1,3	0,4
Italien	1,9	2,6	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8
Zypern	3,3	4,9	2,0	2,2	2,2	4,4	1,1	2,0
Luxemburg	1,4	3,8	3,8	3,0	2,7	4,1	-0,6	2,0
Malta	3,9	3,0	2,5	2,6	0,7	4,7	1,0	1,8
Niederlande	1,9	2,3	1,5	1,7	1,6	2,2	1,4	0,9
Österreich	1,2	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,1
Portugal	1,9	2,8	2,1	3,0	2,4	2,7	-0,3	1,7
Slowakei	6,0	12,2	2,8	4,3	1,9	3,9	2,0	2,4
Slowenien	8,3	8,9	2,5	2,5	3,8	5,5	0,7	2,0
Finnland	1,2	2,9	0,8	1,3	1,6	3,9	1,3	1,1
Euroraum	1,7	2,1	2,2	2,2	2,1	3,3	0,4	1,2
Bulgarien	—	10,3	6,0	7,4	7,6	12,0	3,9	3,6
Dänemark	2,0	2,7	1,7	1,9	1,7	3,6	0,9	1,4
Estland	9,3	3,9	4,1	4,4	6,7	10,6	0,6	0,5
Lettland	8,1	2,6	6,9	6,6	10,1	15,3	4,6	-0,7
Litauen	10,3	1,1	2,7	3,8	5,8	11,1	3,6	-0,4
Polen	15,0	10,1	2,2	1,3	2,6	4,2	2,6	1,9
Rumänien	154,8	45,7	9,1	6,6	4,9	7,9	5,8	3,5
Schweden	1,8	1,3	0,8	1,5	1,7	3,3	1,6	0,7
Tschechien	8,0	3,9	1,6	2,1	3,0	6,3	1,1	1,6
Ungarn	18,5	10,0	3,5	4,0	7,9	6,0	4,4	4,1
Vereinigtes Königreich	1,8	0,8	2,1	2,3	2,3	3,6	1,0	1,3
EU	1,7	1,9	2,2	2,2	2,4	3,7	0,9	1,3
Japan	—	—	—	—	0,0	1,4	-1,0	-0,5
USA	—	—	—	—	2,8	3,8	-0,7	0,3

Quellen:

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Für die Jahre 1997 bis 2006: Eurostat Data Explorer.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich**

Land	In % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,5</b>	<b>9,8</b>	<b>10,7</b>	<b>9,8</b>	<b>8,4</b>	<b>7,3</b>	<b>8,6</b>	<b>10,4</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	7,0	8,5	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	7,7	9,1	9,7
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	11,3	17,3	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	7,8	9,6	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,3	13,3	16,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,8	8,8	9,4
Zypern	—	—	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,8	4,7	6,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,2	4,9	5,9	7,0
Malta	—	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,6
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	2,8	3,9	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	6,0	7,1
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,7	9,1	9,8
Slowakei	—	—	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	12,1
Slowenien	—	—	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,4	6,6	7,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,9	9,3
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	9,0	8,3	7,5	7,5	9,9	11,5
Bulgarien	—	—	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	5,6	7,3	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,3	5,2	6,6
Estland	—	—	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,5	11,3	14,1
Lettland	—	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	7,5	15,7	16,0
Litauen	—	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,8	15,9
Polen	—	—	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,1	9,9	12,1
Rumänien	—	—	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	5,8	8,0	7,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	8,4	10,4
Tschechien	—	—	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	4,4	6,1	7,4
Ungarn	—	—	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	7,8	9,5	11,2
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,6	8,2	9,4
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	9,4	10,9
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,9	6,4
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,8	8,9	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern**

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b>	<b>8,6</b>	<b>5,5</b>	<b>-5,1</b>	<b>1,2</b>	<b>9,7</b>	<b>15,6</b>	<b>12,6</b>	<b>9,5</b>	<b>4,2</b>	<b>5,0</b>	<b>0,0</b>	<b>1,5</b>
darunter												
Russische Föderation	8,1	5,6	-6,0	0,5	9,0	14,1	12,9	9,9	5,9	6,1	0,5	1,4
Ukraine	7,9	2,1	-8,0	1,0	12,8	25,2	16,8	10,0	-3,7	-7,2	0,6	1,4
<b>Asien</b>	<b>10,6</b>	<b>7,7</b>	<b>4,8</b>	<b>6,1</b>	<b>5,4</b>	<b>7,4</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	<b>6,9</b>	<b>5,8</b>	<b>6,4</b>	<b>5,7</b>
darunter												
China	13,0	9,0	6,5	7,5	4,8	5,9	0,1	0,7	11,0	10,0	10,3	9,3
Indien	9,3	7,3	4,5	5,6	6,4	8,3	6,3	4,0	-1,0	-2,8	-2,5	-2,6
Indonesien	6,3	6,1	2,5	3,5	6,0	9,8	6,1	5,9	2,4	0,1	-0,4	-0,7
Korea	5,1	2,2	-4,0	1,5	2,5	4,7	1,7	3,0	0,6	-0,7	2,9	3,0
Thailand	4,9	2,6	-3,0	1,0	2,2	5,5	0,5	3,4	5,7	-0,1	0,6	0,2
<b>Lateinamerika</b>	<b>5,7</b>	<b>4,2</b>	<b>-1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>5,4</b>	<b>7,9</b>	<b>6,6</b>	<b>6,2</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,7</b>	<b>-2,2</b>	<b>-1,6</b>
darunter												
Argentinien	8,7	7,0	-1,5	0,7	8,8	8,6	6,7	7,3	1,6	1,4	1,0	1,8
Brasilien	5,7	5,1	-1,3	2,2	3,6	5,7	4,8	4,0	0,1	-1,8	-1,8	-1,8
Chile	4,7	3,2	0,1	3,0	4,4	8,7	2,9	3,5	4,4	-2,0	-4,8	-5,0
Mexiko	3,3	1,3	-3,7	1,0	4,0	5,1	4,8	3,4	-0,8	-1,4	-2,5	-2,2
<b>Sonstige</b>												
Türkei	4,7	1,1	-5,1	1,5	8,8	10,4	6,9	6,8	-5,8	-5,7	-1,2	-1,6
Südafrika	5,4	3,1	-0,3	1,9	7,1	11,5	6,1	5,6	-7,3	-7,4	-5,8	-6,0

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2009 in veröffentlichter Form.

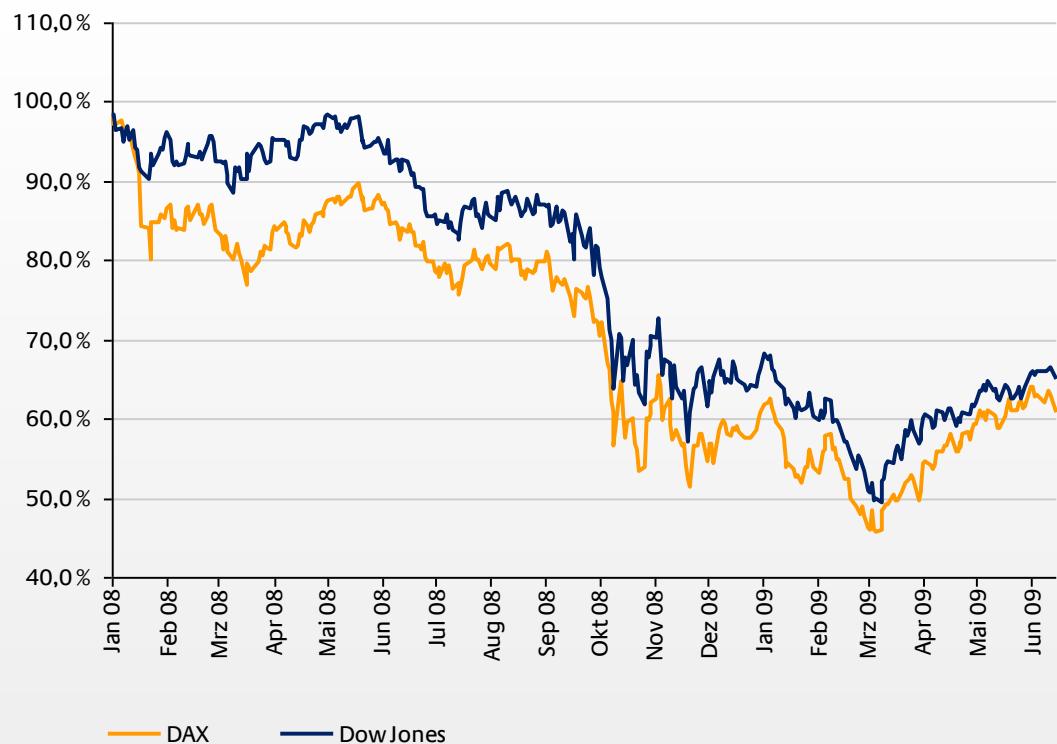
**Statistiken und Dokumentationen**

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Abbildung 1: Entwicklung von DAX und Dow Jones**

Eröffnungskurs 2.Januar 2008 =100 %

(2.Januar 2008 - 14. Juni 2009)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

<b>Aktienindices</b>	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	12.06.2009	2008	zu Ende 2008	2008 / 2009	2008 / 2009
Dow Jones	8 799	8 776	0,26	6 547	13 058
Eurostoxx 50	2 192	2 065	6,13	1 615	3 635
Dax	5 069	4 810	5,39	3 666	7 949
CAC 40	3 326	3 218	3,36	2 519	5 550
Nikkei	10 136	8 860	14,41	7 055	14 691
<b>Renditen staatlicher Benchmarkanleihen</b>	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
	12.06.2009	2008	US-Bond	2008 / 2009	2008 / 2009
10 Jahre					
USA	3,79	2,22	-	2,06	4,26
Bund	3,64	2,94	-0,15	2,91	4,67
Japan	1,51	1,17	-2,28	1,17	1,88
Brasilien	12,59	12,56	8,80	11,71	17,91
<b>Währungen</b>	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	12.06.2009	2008	zu Ende 2008	2008 / 2009	2008 / 2009
Dollar/Euro	1,40	1,40	0,32	1,25	1,60
Yen/Dollar	98,41	90,62	8,60	87,36	111,62
Yen/Euro	138,04	126,73	8,92	114,91	169,56
Pfund/Euro	0,85	0,96	-10,76	0,73	0,98

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	BIP (real)				Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	2,5	1,3	-5,4	0,3	2,3	2,8	0,3	0,7	8,4	7,3	8,6	10,4
OECD	2,6	1	-5,3	0,2	2,3	2,8	0,6	0,5	8,3	7,3	8,9	11,6
IWF	2,5	1,3	-5,6	-1	2,3	2,8	0,1	-0,4	8,4	7,3	9,0	10,8
<b>USA</b>												
EU-KOM	2,0	1,1	-2,9	0,9	2,8	3,8	-0,7	0,3	4,6	5,8	8,9	10,2
OECD	2,0	1,1	-4	0	2,9	3,8	-0,4	0,5	4,6	5,8	9,1	10,3
IWF	2,0	1,1	-2,8	0	2,9	3,8	-0,9	-0,1	4,6	5,8	8,9	10,1
<b>Japan</b>												
EU-KOM	2,4	-0,7	-5,3	0,1	0	1,4	-1	-0,5	3,9	3,9	5,8	6,3
OECD	2,4	-0,6	-6,6	-0,5	0,1	1,4	-1,2	-1,3	3,9	4	4,9	5,6
IWF	2,4	-0,6	-6,2	0,5	0	1,4	-1	-0,6	3,8	4	4,6	5,6
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	2,2	0,7	-3	-0,2	1,6	3,2	0,2	0,9	8,3	7,8	9,6	10,7
OECD	2,1	0,7	-3,3	-0,1	1,6	3,2	0,4	0,6	8,0	7,4	9,9	10,9
IWF	2,1	0,7	-3	0,4	1,6	3,2	0,5	1	8,3	7,8	9,6	10,3
<b>Italien</b>												
EU-KOM	1,6	-1	-4,4	0,1	2,0	3,5	0,8	1,8	6,1	6,8	8,8	9,4
OECD	1,5	-1	-4,3	-0,4	2,0	3,5	0,7	0,7	6,2	6,8	9,2	10,7
IWF	1,6	-1	-4,4	-0,4	2,0	3,5	0,7	0,6	6,1	6,8	8,9	10,5
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	3,0	0,7	-3,8	0,1	2,3	3,6	1	1,3	5,3	5,6	8,2	9,4
OECD	3,0	0,7	-3,7	-0,2	2,3	3,6	2	1,7	5,4	5,7	7,7	9,5
IWF	3,0	0,7	-4,1	-0,4	2,3	3,6	1,5	0,8	5,4	5,5	7,4	9,2
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,7	0,5	-3	0,3	2,1	2,4	-0,6	0,5	6,0	6,1	8,8	10,5
IWF	2,7	0,5	-2,5	1,2	2,1	2,4	0	0,5	6,0	6,2	8,4	8,8
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	2,7	0,8	-4	-0,1	2,1	3,3	0,4	1,2	7,5	7,5	9,9	11,5
OECD	2,6	0,7	-4,1	-0,3	2,1	3,3	0,6	0,7	7,4	7,5	10,1	11,7
IWF	2,7	0,9	-4,2	-0,4	2,1	3,3	0,4	0,6	7,5	7,6	10,1	11,5
EZB	-	0,8	-2,7	0,0	-	3,3	0,4	1	-	-	-	-
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	2,9	0,9	-4	-0,1	2,4	3,7	0,9	1,3	7,1	7,0	9,4	10,9
IWF	3,1	1,1	-4	-0,3	2,4	3,7	0,8	0,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Zwischenausgabe März 2009 (hier nur die G7-Staaten und Euroraum).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2009 (nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	2,8	1,2	-3,5	-0,2	1,8	4,5	0,3	1,2	7,5	7,0	8,5	10,3
OECD	2,6	1,5	-0,1	1,3	1,8	4,6	1,9	1,6	7,4	6,8	7,4	7,8
IWF	2,6	1,1	-3,8	0,3	1,8	4,5	0,5	1,0	7,5	6,8	9,5	10,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	4,2	0,9	-4,7	0,2	1,6	3,9	1,3	1,1	6,9	6,4	8,9	9,3
OECD	4,4	2,1	0,6	1,8	1,6	4,0	1,9	1,6	6,9	6,2	6,5	6,8
IWF	4,2	0,9	-5,2	-1,2	1,6	3,9	1,0	1,1	6,8	6,4	8,5	9,3
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	4,0	2,9	-0,9	0,1	3,0	4,2	1,8	2,3	8,3	7,7	9,1	9,7
OECD	4,0	3,2	1,9	2,5	3,0	4,5	2,7	2,4	8,1	7,6	8,0	8,2
IWF	4,0	2,9	-0,2	-0,6	3,0	4,2	1,6	2,1	8,3	7,6	9,0	10,5
<b>Irland</b>												
EU-KOM	6,0	-2,3	-9,0	-2,6	2,9	3,1	-1,3	0,4	4,6	6,3	13,3	16,0
OECD	6,0	-1,8	-1,7	2,6	2,9	3,1	0,9	0,9	4,6	5,9	7,7	7,8
IWF	6,0	-2,3	-8,0	-3,0	2,9	3,1	-0,6	1,0	4,5	6,1	12,0	13,0
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	5,2	-0,9	-3,0	0,1	2,7	4,1	-0,6	2,0	4,2	4,9	5,9	7,0
OECD	5,2	2,4	-0,5	1,9	2,7	4,5	1,9	1,7	4,4	4,5	6,5	7,0
IWF	5,2	0,7	-4,8	-0,2	2,3	3,4	0,2	1,8	4,4	4,4	6,8	6,0
<b>Malta</b>												
EU-KOM	3,6	1,6	-0,9	0,2	0,7	4,7	1,0	1,8	6,4	5,9	7,1	7,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	1,6	-1,5	1,1	0,7	4,7	1,8	1,7	6,4	5,8	6,9	7,6
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	3,5	2,1	-3,5	-0,4	1,6	2,2	1,4	0,9	3,2	2,8	3,9	6,2
OECD	3,5	2,2	-0,2	0,8	1,6	2,3	1,8	1,6	3,3	3,1	3,7	4,1
IWF	3,5	2,0	-4,8	-0,7	1,6	2,2	0,3	1,1	3,2	2,8	4,1	5,0
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	3,1	1,8	-4,0	-0,1	2,2	3,2	0,5	1,1	4,4	3,8	6,0	7,1
OECD	3,0	1,9	-0,1	1,2	2,2	3,3	1,1	0,8	5,1	4,9	5,7	6,0
IWF	3,1	1,8	-3,0	0,2	2,2	3,2	0,5	1,3	4,4	3,8	5,4	6,2
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	1,9	0,0	-3,7	-0,8	2,4	2,7	-0,3	1,7	8,1	7,7	9,1	9,8
OECD	1,9	0,5	-0,2	0,6	2,4	2,8	1,3	1,6	8,0	7,6	8,5	8,8
IWF	1,9	0,0	-4,1	-0,5	2,4	2,6	0,3	1,0	8,0	7,8	9,6	11,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	10,4	6,4	-2,6	0,7	1,9	3,9	2,0	2,4	11,1	9,5	12,0	12,1
OECD	10,4	7,3	4,0	5,6	2,8	4,4	2,8	2,8	11,0	9,7	9,4	9,0
IWF	10,4	6,4	-2,1	1,9	1,9	3,9	1,7	2,3	11,0	9,6	11,5	11,7
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	6,8	3,5	-3,4	0,7	3,8	5,5	0,7	2,0	4,9	4,4	6,6	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,8	3,5	-2,7	1,4	3,6	5,7	0,5	1,5	4,9	4,5	6,2	6,1
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	3,7	1,2	-3,2	-1,0	2,8	4,1	-0,1	1,4	8,3	11,3	17,3	20,5
OECD	3,7	1,3	-0,9	0,8	2,8	4,4	1,8	1,5	8,3	10,9	14,2	14,8
IWF	3,7	1,2	-3,0	-0,7	2,8	4,1	0,0	0,9	8,3	11,3	17,7	19,3
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	4,4	3,7	0,3	0,7	2,2	4,4	1,1	2,0	4,0	3,8	4,7	6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,4	3,7	0,3	2,1	2,2	4,4	0,9	2,4	3,9	3,7	4,6	4,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	6,2	6,0	-1,6	-0,1	7,6	12,0	3,9	3,6	6,9	5,6	7,3	7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	6,0	-2,0	-1,0	7,6	12,0	3,7	1,3	-	-	-	-
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	1,6	-1,1	-3,3	0,3	1,7	3,6	0,9	1,4	3,8	3,3	5,2	6,6
OECD	1,7	0,2	-0,5	0,9	1,7	3,5	1,6	1,6	3,7	3,1	4,0	4,5
IWF	1,6	-1,1	-4,0	0,4	1,7	3,4	-0,3	0,0	2,7	1,7	3,2	4,5
<b>Estland</b>												
EU-KOM	6,3	-3,6	-10,3	-0,8	6,7	10,6	0,6	0,5	4,7	5,5	11,3	14,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,3	-3,6	-10,0	-1,0	6,6	10,4	0,8	-1,3	-	-	-	-
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	10,0	-4,6	-13,1	-3,2	10,1	15,3	4,6	-0,7	6,0	7,5	15,7	16,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	10,0	-4,6	-12,0	-2,0	10,1	15,3	3,3	-3,5	-	-	-	-
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	8,9	3,0	-11,0	-4,7	5,8	11,1	3,6	-0,4	4,3	5,8	13,8	15,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	8,9	3,0	-10,0	-3,0	5,8	11,1	5,1	0,6	-	-	-	-
<b>Polen</b>												
EU-KOM	6,6	4,8	-1,4	0,8	2,6	4,2	2,6	1,9	9,6	7,1	9,9	12,1
OECD	6,7	5,4	3,0	3,5	2,5	4,2	3,2	3,6	9,6	7,2	7,1	7,6
IWF	6,7	4,8	-0,7	1,3	2,5	4,2	2,1	2,6	-	-	-	-
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	6,2	7,1	-4,0	0,0	4,9	7,9	5,8	3,5	6,4	5,8	8,0	7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	7,1	-4,1	0,0	4,8	7,8	5,9	3,9	-	-	-	-
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	2,6	-0,2	-4,0	0,8	1,7	3,3	1,6	0,7	6,1	6,2	8,4	10,4
OECD	2,9	0,8	0,0	2,2	2,2	3,5	1,5	1,1	6,1	6,1	7,0	7,7
IWF	2,6	-0,2	-4,3	0,2	1,7	3,3	-0,2	0,0	6,1	6,2	8,4	9,6
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	6,0	3,2	-2,7	0,3	3,0	6,3	1,1	1,6	5,3	4,4	6,1	6,6
OECD	6,6	4,4	2,5	4,4	3,0	6,6	2,0	2,6	5,3	4,5	5,2	5,5
IWF	6,0	3,2	-3,5	0,1	2,9	6,3	1,0	1,6	5,3	4,2	5,5	5,7

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	1,1	0,5	-6,3	-0,3	7,9	6,0	4,4	4,1	7,4	7,8	9,5	11,2
OECD	1,1	1,4	-0,5	1,0	8,0	6,4	3,6	3,2	7,4	7,9	8,9	9,2
IWF	1,1	0,6	-3,3	-0,4	7,9	6,1	3,8	2,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	-0,2	-0,1	-3,9	-5,9	65,1	65,9	73,4	78,7	7,6	6,6	3,6	3,4
OECD	-0,2	-0,1	-4,5	-6,8	65,0	64,4	65,8	65,9	7,7	6,4	6,2	6,1
IWF	-0,5	-0,1	-4,7	-6,1	63,6	67,2	79,4	86,6	7,5	6,4	2,3	2,4
<b>USA</b>												
EU-KOM	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2	63,1	65,0	78,0	91,6	-5,2	-4,6	-3,5	-3,7
OECD	-2,9	-5,8	-10,2	-11,9	62,9	73,2	78,1	82,5	-5,3	-4,9	-3,9	-3,6
IWF	-2,9	-6,1	-13,6	-9,7	63,1	70,5	87,0	97,5	-5,3	-4,7	-2,8	-2,8
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7	167,1	172,1	185,3	194,0	4,8	3,2	3,7	3,8
OECD	-2,5	-2,6	-6,8	-8,4	170,6	173,0	174,1	177,0	4,8	3,8	4,3	3,9
IWF	-2,5	-5,6	-9,9	-9,8	187,7	196,3	217,2	227,4	4,8	3,2	1,5	1,2
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0	63,8	68,0	79,7	86,0	-2,8	-3,8	-4,3	-4,6
OECD	-2,7	-3,4	-6,6	-8,3	63,9	66,4	69,7	72,8	-1,2	-1,6	-1,5	-1,6
IWF	-2,7	-3,4	-6,2	-6,5	63,9	67,3	74,9	80,3	-1,0	-1,6	-0,4	-0,9
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8	103,5	105,8	113,0	116,1	-1,8	-3,0	-2,6	-2,7
OECD	-1,5	-2,5	-4,7	-5,9	104,1	103,8	105,8	106,7	-2,5	-2,6	-2,1	-2,6
IWF	-1,5	-2,7	-5,4	-5,9	103,5	105,8	115,3	121,1	-2,4	-3,2	-3,0	-3,1
<b>Großbritannien</b>												
EU-KOM	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8	44,2	52,0	68,4	81,7	-2,9	-1,5	-2,8	-2,8
OECD	-2,8	-4,4	-9,3	-10,5	44,2	56,0	60,9	66,6	-3,8	-1,9	-1,5	-2,1
IWF	-2,6	-5,4	-9,8	-10,9	44,1	51,9	62,7	72,7	-2,9	-1,7	-2,0	-1,5
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,3	-4,4	-6,2	64,1	63,0	65,6	66,9	0,9	0,4	-1,7	-1,4
IWF	1,4	0,4	-3,4	-3,6	64,2	63,6	75,4	77,2	0,9	0,6	-0,9	-0,7
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5	66,0	69,3	77,7	83,8	0,2	-0,8	-1,4	-1,5
OECD	-0,7	-1,8	-5,4	-7,0	66,5	67,4	69,4	71,1	0,3	-0,4	-0,1	0,0
IWF	-0,7	-1,8	-5,4	-6,1	65,8	69,1	78,9	85,0	0,2	-0,7	-1,1	-1,2
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3	58,7	61,5	72,6	79,4	-0,6	-1,1	-1,5	-1,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008 (nur für Haushaltsalden G7-Staaten & Euroraum: OECD Wirtschaftsausblick, Zwischenausgabe März 2009).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1	84,0	89,6	95,7	100,9	2,4	-1,7	-2,0	-2,2
OECD	-0,3	-0,7	-1,3	-1,6	83,9	88,5	88,6	88,4	1,7	-3,3	-2,4	-2,7
IWF	-0,3	-1,2	-4,7	-5,6	-	-	-	-	1,7	-2,5	-2,4	-3,0
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	5,2	4,2	-0,8	-2,9	35,1	33,4	39,7	45,7	4,0	2,2	1,4	1,0
OECD	5,3	4,6	3,3	2,7	35,2	33,3	32,6	32,9	4,3	2,9	2,4	2,5
IWF	5,2	4,1	-1,6	-3,4	-	-	-	-	4,1	2,5	1,0	0,6
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7	94,8	97,6	103,4	108,0	-14,0	-12,7	-11,5	-11,9
OECD	-3,7	-2,8	-2,7	-3,1	94,4	93,0	91,9	91,3	-14,1	-14,5	-13,9	-13,2
IWF	-3,5	-3,7	-4,5	-5,2	-	-	-	-	-14,1	-14,4	-13,5	-12,6
<b>Irland</b>												
EU-KOM	0,2	-7,1	-12,0	-15,6	25,0	43,2	61,2	79,7	-5,4	-4,6	-1,8	-0,4
OECD	0,2	-5,6	-7,1	-7,0	24,8	29,7	37,6	45,1	-5,4	-6,2	-6,3	-5,2
IWF	0,2	-6,4	-14,2	-17,2	-	-	-	-	-5,4	-4,5	-2,7	-1,8
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	3,6	2,6	-1,5	-2,8	6,9	14,7	16,0	16,4	9,8	6,4	6,1	5,6
OECD	3,2	1,6	-0,6	-1,5	7,0	15,2	14,4	17,3	9,9	6,6	5,1	6,1
IWF	3,2	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	9,8	9,1	7,6	7,0
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2	62,1	64,1	67,0	68,9	-6,1	-7,4	-7,6	-7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-4,1	-3,6	-2,5	-	-	-	-	-6,1	-6,3	-5,1	-5,2
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	0,3	1,0	-3,4	-6,1	45,6	58,2	57,0	63,1	9,8	6,8	5,7	5,0
OECD	0,3	1,0	0,0	-0,9	45,7	48,6	48,3	48,7	7,6	7,2	6,8	6,5
IWF	0,3	0,8	-3,2	-4,0	-	-	-	-	6,1	4,4	2,4	2,1
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3	59,4	62,5	70,4	75,2	3,3	3,3	2,7	2,4
OECD	-0,5	-1,0	-2,7	-3,5	59,5	60,2	62,4	65,3	3,1	3,6	3,7	4,0
IWF	-0,5	-0,4	-3,5	-4,2	-	-	-	-	3,2	2,9	1,3	1,3
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7	63,5	66,4	75,4	81,5	-9,7	-11,9	-9,8	-9,5
OECD	-2,7	-2,2	-2,9	-3,1	63,6	64,5	66,4	68,6	-9,8	-10,9	-10,2	-10,1
IWF	-2,6	-2,6	-5,9	-6,1	-	-	-	-	-9,5	-12,0	-9,1	-8,8

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4	29,4	27,6	32,2	36,3	-5,1	-6,8	-7,5	-7,1
OECD	-2,0	-2,1	-2,0	-1,5	29,4	30,9	32,0	33,0	-5,3	-5,0	-4,1	-2,2
IWF	-1,9	-2,2	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-5,4	-6,3	-5,7	-5,0
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	0,5	-0,9	-5,5	-6,5	23,4	22,8	29,3	34,9	-4,0	-6,1	-4,6	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,3	-0,3	-4,2	-3,7	-	-	-	-	-4,2	-5,9	-4,0	-5,0
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	2,2	-3,8	-8,6	-9,8	36,2	39,5	50,8	62,3	-10,1	-9,5	-6,9	-6,3
OECD	2,2	-1,5	-2,9	-3,8	36,2	37,8	41,3	45,3	-10,1	-9,7	-7,4	-6,4
IWF	2,2	-3,8	-7,5	-7,5	-	-	-	-	-10,1	-9,6	-5,4	-4,4
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	3,4	0,9	-1,9	-2,6	59,4	49,1	47,5	47,9	-11,7	-18,2	-13,9	-13,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,4	1,0	-1,0	-1,8	-	-	-	-	-11,6	-18,3	-10,3	-10,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	0,1	1,5	-0,5	-0,3	18,2	14,1	16,0	17,3	-22,5	-24,8	-18,8	-17,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-25,1	-24,4	-12,3	-3,6
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	4,5	3,6	-1,5	-3,9	26,8	33,3	32,5	33,7	0,7	2,0	0,4	-0,6
OECD	4,4	2,4	0,1	-0,6	26,2	23,6	23,7	24,7	1,1	0,8	0,9	2,0
IWF	4,5	3,0	-2,0	-4,8	-	-	-	-	0,7	0,5	-1,2	-1,1
<b>Estland</b>												
EU-KOM	2,7	-3,0	-3,0	-3,9	3,5	4,8	6,8	7,8	-18,3	-9,1	-1,1	-3,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-18,1	-9,2	-6,5	-5,4
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6	9,0	19,5	34,1	50,1	-22,5	-13,6	-1,5	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-22,6	-13,2	-6,7	-5,5
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0	17,0	15,6	22,6	31,9	-15,1	-12,2	-1,9	0,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-14,6	-11,6	-4,0	-5,3
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3	44,9	47,1	53,6	59,7	-5,1	-5,3	-4,7	-3,7
OECD	-2,0	-2,3	-2,7	-2,9	44,9	43,6	44,1	45,3	-4,7	-5,3	-6,3	-6,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-4,7	-5,5	-4,5	-3,9
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6	12,7	13,6	18,2	22,7	-13,5	-12,3	-7,4	-6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-13,9	-12,6	-7,5	-6,5
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	3,8	2,5	-2,6	-3,9	40,5	38,0	44,0	47,2	9,0	6,2	7,0	7,4
OECD	3,5	2,8	0,5	0,4	40,4	38,1	34,9	34,0	8,4	6,5	6,5	6,9
IWF	3,8	2,5	-3,0	-3,8	-	-	-	-	8,6	8,3	6,9	7,4
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9	28,9	29,8	33,7	37,9	-1,5	-3,1	-3,2	-3,3
OECD	-1,0	-1,6	-1,9	-1,7	28,7	26,5	25,6	25,2	-1,7	-2,3	-2,9	-3,3
IWF	-1,0	-1,5	-4,1	-4,2	-	-	-	-	-3,2	-3,1	-2,7	-3,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9	65,8	73,0	80,8	82,3	-6,2	-8,4	-5,0	-4,8
OECD	-5,0	-3,4	-3,6	-3,5	65,8	65,6	67,5	69,2	-6,4	-6,1	-6,1	-5,4
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-3,9	-3,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>  
oder  
<http://www.bmf.bund.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)  
Berlin, Juni 2009

**Lektorat und Satz:**

heimbüchel pr,  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Berlin/Köln

**Gestaltung:**

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des  
Bundesministeriums der Finanzen:  
telefonisch 0 18 05 / 77 80 901  
per Telefax 0 18 05 / 77 80 941

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com,  
abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.